

tiefe einblicke

Dokumentation und Hintergründe
zu den Hausdurchsuchungen (18.12.87)
und zu den Verhaftungen

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des/der Absender(s)In, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

'Zur-Habe-Nahme' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.

Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem/der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Postadresse:

Ulla Penselin oder
Ingrid Strob!
c/o Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstr. 45 a
7500 Karlsruhe

Wenn Ihr schreibt, bitte eine – und nur eine – Briefmarke beilegen.

Spendenkonten:

für Bochum
C. Lueg
– Sonderkonto –
4630 Bochum 1
PSA: Dortmund
Kto: 248 790 - 466

für Essen
E. Feyerabend
– Sonderkonto –
4300 Essen 1
PSA: Essen
Kto: 451 526 - 437

Bestellungen und Vertrieb:

Frauenbuchladen
Schmidtstr. 12
4630 Bochum 1

Preis: 5, DM
Druck: Montania, Dortmund
V.i.S.d.P.: M. Gugel, c/o Frauenbuchladen,
Schmidtstr. 12, 4630 Bochum 1
Februar 1988

Inhalt

VORWORT	1
REDEBEITRÄGE auf der FRAUEN-SOLIDARITÄTS-VERANSTALTUNG in BOCHUM am 9.1.88	3
— Überblick über die Ereignisse	3
— Unsere Erkenntnisse und Schlüsse	3
— Einschätzung der BKA-Razzia vom 18.12. 1987 von betroffenen Frauen aus dem Ruhrgebiet	4
— Frauen zwischen Zwangssterilisation und Selbstbestimmung	7
— Wir lassen uns das Leben nicht verbieten!	10
— Zum § 129 a StGB	13
PRESSEERKLÄRUNGEN UND PRESSEBERICHTE	15
VERANSTALTUNGSAUFRUFE AUS VERSCHIEDENEN STÄDTEN UND WEITERE BEITRÄGE ZUR INFORMATION, DISKUSSION, ZUM WEITERDENKEN...	24
— Zum Gen-Archiv (Selbstdarstellung)	36
— Selbstbestimmung: Traum oder Trauma?	38
— Aufruf zur Vorbereitung des 2. bundesweiten Kongresses "Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik"	40
— Literatur zu Bevölkerungspolitik, Gentechnologie, Fortpflanzungstechnologien	41
SOLIDARITÄTSBEKUNDUNGEN AUS DEM IN- UND AUSLAND	43

Vorwort

Am 18.12.87 wurde von der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt eine bundesweite Durchsuchungsaktion durchgeführt: Mit der Begründung eines Verdachts auf Unterstützung oder Mitgliedschaft in der "terroristischen Vereinigung" (§ 129 a) "Rote Zora" bzw. "Revolutionäre Zellen" wurden 33 Privatwohnungen, Arbeitsstätten und das Essener Genarchiv durchsucht, 12 Personen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, 2 Frauen – Ulla Penselin und Ingrid Strobl – am 19. und 20.12. 87 verhaftet. 'Tatorte' der Durchsuchung waren Hamburg, Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg und Köln.

Der Angriff des BKA richtete sich hauptsächlich gegen Frauen/-gruppen, die sich inhaltlich mit Gen- und Reproduktionstechnologien und Bevölkerungspolitik oder mit Flüchtlingspolitik beschäftigen.

Wie Zeitungsmeldungen zu entnehmen war, erhoffte sich das BKA einen 'tieferen Einblick' in die Organisation und Arbeitsweise der "Roten Zora" / "Revolutionären Zellen". Beschlagnahmt wurden Adreßbücher, Kalender, Fotos, private Unterlagen und besonders im Essener Genarchiv umfangreiche Sammlungen (wissenschaftliche Aufsätze, Zeitungsartikel, Forschungsberichte etc.) zur Humangenetik, Gen-/Reproduktionstechnologie, Bevölkerungspolitik und insgesamt Artikel über Gegenöffentlichkeit und Widerstandsformen zu diesen Themen.

Die BKA-Aktion behindert nicht nur die inhaltliche Arbeit konkret, indem sie große Teile der Unterlagen behält, sondern stellt auch einen massiven Versuch dar, Frauen, die zu diesen Themen arbeiten, einzuschüchtern, zu kriminalisieren und auseinanderzudividieren.

Doch sie bewirkte eher das Gegenteil: Aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, vorwiegend von Frauen/-gruppen trafen Solidaritätserklärungen ein, die in dieser Broschüre zum Teil dokumentiert sind. Auch die beiden Frauen im Knast wurden mit zahlreichen Grüßen bedacht. Es gab eine Reihe von Veröffentlichungen und Veranstaltungen im In- und Ausland. Und – ganz besonders wichtig – es entstand ein starkes Interesse, mehr über Gen- und Reproduktionstechnologien zu erfahren.

So thematisiert diese Broschüre in ihren inhaltlichen Beiträgen – bei denen es sich um die Wiedergabe von Redebeiträgen handelt, die auf Frauenveranstaltungen gehalten worden sind – die Brisanz, Kritik und Ablehnung von Bevölkerungspolitik, Gen- u. Fortpflanzungstechnologien und patriarchaler Natur-Wissenschaft.

Um einen Eindruck von der Breite der Solidarität zu vermitteln, wurden zusätzlich zu den schriftlich eingegangenen Solidaritätserklärungen auch einige Zeitungsartikel und Aufrufe zu Solidaritätsveranstaltungen in Hamburg, Köln und Dortmund dokumentiert.

Eine ausführliche Literaturliste zu Gen- und Reproduktionstechnologien und der Aufruf zu einem bundesweiten 2. Kongreß 'Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik', der im Herbst 1988 stattfinden soll, bieten darüber hinaus Anregungen für eine weitergehende Auseinandersetzung.

Warum gerade Frauen in der Auseinandersetzung mit Gen- und Fortpflanzungstechnologien eine grundsätzliche Ablehnung entwickelt haben, sei in den folgenden Zusammenhang gestellt:

Unter Fortpflanzungstechnologien verstehen wir alle Methoden, Eingriffe, Mittel und deren Anwendung, die mit dem Kinderkriegen und 'Nichtkriegen' zu tun haben. Dazu gehören künstliche Befruchtung, In-vitro-Befruchtung und Embryotransfer ebenso wie vorgeburtliche (pränatale) und geburtsbegleitende (perinatale) Untersuchungsmethoden und auch die Verhütungsmittel. In allen diesen Bereichen werden jeweils gentechnologische Verfahren erforscht bzw. angewendet. Diese Verknüpfung der Gentechnologie mit der Fortpflanzungstechnologie wird oft abgestritten, um so wichtiger ist es, daß wir sie betonen und beide Technologien in ihrer Anwendung auf Frauen nicht voneinander trennen.

Wir lehnen diese Technologien als patriarchale Instrumente zur Beherrschung von Frauen, von Natur und Leben, als Zwang zur Wahl zwischen schlechten "Lösungen" ab. Indem wir sie ablehnen, greifen wir ihre Vorstellungen und Verwirklichungen von Perfektionismus, Plan- und Machbarkeit an, von Hierarchisierung und Zergliederung aller pflanzlichen, tierischen und menschlichen Lebensprozesse in kleinste Einheiten und deren Neuzusammensetzung nach 'forschungsrelevanten' und marktgerechten Kriterien, genauso wie ihre Kategorien von "gut" und "schlecht", "lebenswert" und "lebensunwert". Für die Herrschenden (Männer) liegt die Bedeutung dieser Technologien in den immer mehr umfassenden Möglichkeiten, Frauenkörper und Frauenleben zu kontrollieren. Für die ständige Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gegen den Widerstand von Frauen werden die biologischen Bedingungen unseres Frau-Seins – unsere Sexualität im weitesten Sinne und unsere Gebärfähigkeit – zum Angelpunkt für Frauenunterdrückung. Nach Jahrtausenden der physischen, psychischen und sozialen Deformation von Frauen können wir die heute erfahrbare Unterschiedlichkeit der Geschlechter nur schwer in ihren Ursprüngen erfassen. Eine Bestimmung der (patriarchal) sozialisierten Anteile an unseren Bedürfnissen und Wünschen, Verhaltensweisen und Fähigkeiten ist problematisch, weil wir in unserer Analyse nicht frei von diesen Anteilen sind. Was uns als Orientierung bleibt, sind unser Bewußtsein und Wissen, unsere Erfahrungen und Empfindungen, die im Widerspruch zur männlichen Lebensweise und dem ihr innewohnenden technokratischen Gesellschaftsverständnis stehen.

Frauen können aufgrund ihres Geschlechts Kinder gebären, das können Männer ohne Zweifel nicht. Und Frauen haben aufgrund ihres Geschlechts eine andere Sexualität als Männer. Gebärfähigkeit und weibliche Sexualität sind Fähigkeiten und Stärken des weiblichen Geschlechts, und zwar unabhängig davon, ob die einzelne Frau tatsächlich Kinder bekommt oder nicht. Auch die Geschlechtsidentität einer lesbischen/sterilen/keinen Kinderwunsch verspürenden Frau bestimmt sich über diese biologischen Grundvoraussetzungen.

Demgegenüber kann sich die Herrschaft des männlichen Geschlechts nur über die praktische und ideologische Aneignung und Herabwürdigung dieser potentiellen Bereiche weiblicher Macht erhalten.

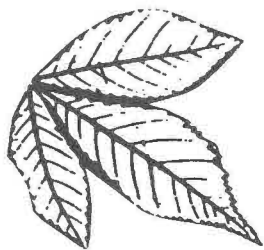
Die Gen- und Reproduktionstechnologien gewinnen für uns ihre zentrale Bedeutung aus der Rolle, die wir ihnen im Zusam-

menhang mit der Frauenunterdrückung zuschreiben. Unsere Lebensentwürfe sind unterschiedlich; sie sind abhängig von dem Ort, an dem wir leben, von unserer Hautfarbe, unserer Sexualität, unserer sozialen Lage und zahlreichen anderen inneren und äußeren Bedingungen.

Die Analyse unserer Unterdrückung muß diese Verschiedenheiten erfassen, um Bewußtsein und Erfahrungen aller Frauen

zu kollektivieren. Unabhängig von diesen Verschiedenheiten werden wir alle an den allgemein bestehenden gesellschaftlichen Erwartungen, daß wir in gewünschter Weise Kinder kriegen und Männer versorgen sollen, gemessen.

Diese gemeinsamen Empfindungen unserer Unterdrückung gehören ebenso zur Grundlage unseres Kampfes für die Frauenbefreiung wie die Entwicklung von gemeinsamen Vorstellungen einer herrschaftsfreien Zukunft.



Freilassung von Ulla Penselin
und

Ingrid Strobl!

Einstellung aller Ermittlungsverfahren!



Redebeiträge auf der Frauensolidaritäts-Veranstaltung in Bochum am 9.1.88

Überblick über die Ereignisse

Wie den meisten von euch inzwischen durch Presse usw. bekannt sein wird, fand am 18. Dez. eine groß angelegte Razzia des BKA statt, bei der 33 Privatwohnungen und Arbeitsräume im ganzen Ruhrgebiet, in Hamburg, Köln, Düsseldorf und einigen anderen Städten durchsucht wurden. 12 Personen wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung und Vernehmung vorläufig festgenommen. Gegen 2 Frauen wurde Haftbefehl erlassen. Am 30.12.87 wurden bereits durchsuchte Wohnungen, deren Bewohnerinnen nicht zu Hause gewesen waren, noch einmal heimgesucht und wiederum verschiedene Gegenstände beschlagnahmt.

Diese BKA-Aktion richtete sich in erster Linie gegen Frauen, die politisch gegen Gen- und Reproduktionstechnologie und Bevölkerungspolitik aktiv sind. Ein weiteres Angriffsziel scheinen Männer und Frauen zu sein, die sich mit Asylpolitik und Flüchtlingsfragen beschäftigen.

Wenn bei der Razzia überhaupt Andeutungen gemacht wurden über die Gründe für die Durchsuchungen, dann hieß es ganz allgemein "Ermittlungen wegen § 129 a" (also wegen terroristischer Vereinigung). Der Presse und späteren Angaben der Bundesanwaltschaft war dann zu entnehmen, daß es sich um Ermittlungen gegen die "Revolutionären Zellen" und die "Rote Zora" handelte.

Laut Verfassungsschutzberichten und Angaben der Bundesanwaltschaft gibt es diese Gruppen seit etwa Mitte der 70er Jahre. Seitdem verübten sie – laut Bundesanwaltschaft – ca. 250 Anschläge, die in engem Zusammenhang zu aktuellen politischen Bewegungen und breit diskutierten Themen, z.B. Militarisierung, Anti-AKW-Bewegung, Palästina, Südafrika standen. Für die letzten Jahre wird als ein Schwerpunkt der "Revolutionären Zellen" der Kampf gegen Flüchtlingspolitik genannt. Die Anschläge der "Roten Zora" richteten sich vor allem gegen Frauenhändler, Einrichtungen der Gentechnologie und Bevölkerungspolitik sowie als Unterstützungsaktionen für Frauenkämpfe in Drittweltländern, z.B. gegen das von Frauen in Südkorea bestreikte Textilunternehmen "Adler".

Das BKA hat nach eigenen Angaben bisher noch keine großen Ermittlungserfolge zu verzeichnen gehabt, so daß sich nach einer Zeitungsmeldung "bereits Resignation bei den Fahndern breit machte". Es mußte also unbedingt etwas geschehen.

Mit der Großaktion versucht die Bundesanwaltschaft nun, nachträglich Begründungen für ihre Behauptung zu konstruieren, aus politisch aktiven Diskussionszusammenhängen heraus würden illegale Aktionen durchgeführt.

Diese Absicht zeigt sich auch bei den beiden Festnahmen: Am 18.12. wurde Ulla Penselin in Hamburg festgenommen. Sie war seit langem im Rahmen der "Frauen gegen Bevölkerungspolitik" aktiv und arbeitet an der Zeitung "E-colibri" mit.

Der gegen sie erlassene Haftbefehl lautet auf "Verdacht der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung "Rote Zora". Ulla Penselin soll an zwei Treffen teilgenommen haben, die von

der Bundesanwaltschaft als konspirativ bezeichnet werden. Eine konkrete Tat wird ihr nicht vorgeworfen.

Am 20.12. wurde Ingrid Strobl in Köln festgenommen. Sie hat als engagierte Feministin in der Emma-Redaktion mitgearbeitet und sich mit Themen wie "Sextourismus" und Flüchtlingspolitik beschäftigt. Der gegen sie erlassene Haftbefehl lautet auf Verdacht der Mitgliedschaft bei den "Revolutionären Zellen". Ihr wird unterstellt, an einem Anschlag auf die Lufthansaverwaltung im Oktober 1986 beteiligt gewesen zu sein, der gegen die aktive Rolle der Lufthansa bei der zwangsweisen Abschiebung von Asylbewerbern und beim Prostitutionstourismus gerichtet war. Laut Bundesanwaltschaft soll Ingrid Strobl einen Wecker gekauft haben, der dem bei diesem Anschlag benutzten entsprechen soll.

Ergänzungen:

— Am 20.1.88 hatte Ulla Penselin Haftprüfungstermin. 1 Woche später stand fest, daß sie weiter inhaftiert bleibt, obwohl die Haftgründe auf denselben fadenscheinigen Annahmen beruhen.

— Am 4.2.88 hatte Ingrid Strobel Haftprüfung. Auch ihr Haftbefehl ist bestätigt worden.

Beide Frauen befinden sich weiterhin in Haft.

Unsere Erkenntnisse und Schlüsse

— beim Vorgehen von BKA und Bundesanwaltschaft bei den Hausdurchsuchungen haben auch wir Erkenntnisse und 'tiefe Einblicke in die Strukturen' der Ermittlungsbehörden gewonnen.

— Sie haben es auf höchster Ebene und mit großem Aufwand in der Form eines Überfalls (wer ist hier kriminell?) durchgeführt.

— Sie meinten, es geht auch ohne Vorlegen eines Durchsuchungsbeschlusses.

— Sie haben unsere Sachen durchwühlt: nach Kalendern, Zeitungsausschnitten, Adreßbüchern und -listen, Telefonnummern, handschriftl. Zetteln, Kontoauszügen, Quittungen, Rechnungen, Fotos, Briefen, technischen Geräten gesucht – Lötkolben oder Kabel sind doch bei Frauen tendenziell verdächtig – und auch nach Brillen, Weckern, Kochlöffeln, Schreibmaschinen.

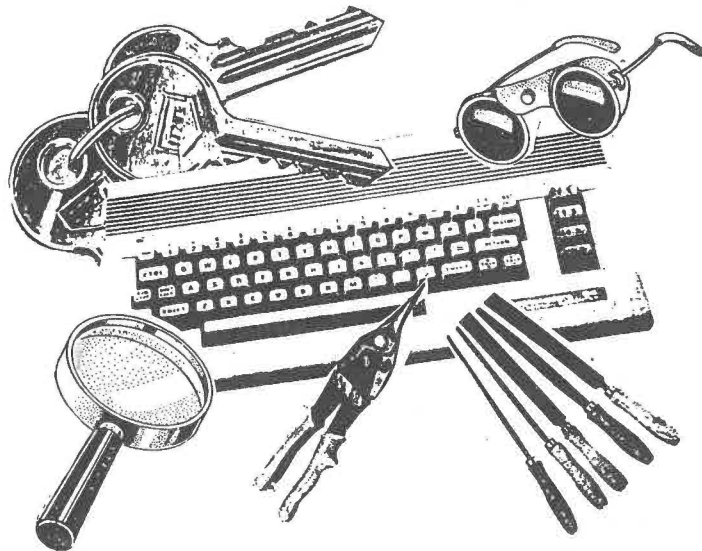
— Was sie eigentlich suchten oder finden wollten, schien ihnen selbst oft unklar zu sein.

— Sie wollten uns politisch und thematisch genau einordnen und unsere Kontakte zu anderen rauskriegen.

- Sie haben einige auf dem Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt, Vernehmungensversuche durchgeführt und einige nicht zu Hause Angetroffene vorgeladen.
- Über die Auswertung des sogenannten 'Materials' schweigen sie sich aus, also öffentliche Nachrichtensperre.
- Der Aufwand verlangt ein Ergebnis. Es ist nicht völlig auszuschließen, daß weitere Durchsuchungen, Festnahmen oder gar Verhaftungen erfolgen können.

**Was können wir dagegen setzen,
wie können wir uns verhalten:**

- Bei Hausdurchsuchungen ist es richtig, zuerst den Durchsuchungsbeschluß zu verlangen. Dann haben wir auf jeden Fall das Recht, einen Anwalt/in oder Zeugen/in anrufen zu dürfen. Umgekehrt ist es ebenso wichtig zu wissen, daß frau sich als Zeugin zur Verfügung stellen kann, wenn sie Hausdurchsuchungen bei anderen mitkriegt. Auf keinen Fall soll frau sich durch das Polizeiaufgebot einschüchtern lassen und soll immer auf den eigenen Rechten bestehen. Es ist unser Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und sie dringen einfach bei uns ein. Das schafft Fakten, aber wir dürfen uns davon nicht beeindrucken lassen.
- Grundsätzlich müssen wir keine Auskünfte über Vorgänge oder andere Personen geben und auf keine Gespräche eingehen. Das beste ist, einfach nichts zu sagen. Das gilt für Hausdurchsuchungen genauso wie für's Polizeirevier, egal ob frau als Betroffene oder als Zeugin vernommen werden soll. Es ist wichtig, die/den eigene/n AnwaltIn zu verlangen.
- Durch diese Erfahrungen wollen wir uns aber nicht lähmen lassen, sondern so weiterarbeiten wie bisher unter Beachtung der möglichen Vorsichtsmaßnahmen.



Im Falle von weiteren Durchsuchungen oder Verhaftungen wäre es wichtig, daß möglichst viele Frauen diese Informationen sofort weitergeben, Zettel in den Zentren und Frauenräumen aufhängen, auf Veranstaltungen kommen, damit wir gemeinsam überlegen, was wir dagegen tun können.

Nicht vergessen:

- 1. Informationen sofort öffentlich machen!**
- 2. AnwaltIn benachrichtigen!**
- 3. Nichts sagen, nichts unterschreiben!**

Einschätzung der BKA-Razzia vom 18.12.87 von betroffenen Frauen aus dem Ruhrgebiet

..... Die auf diese Weise gekennzeichneten Abschnitte wurden auf einer 'gemischten' Veranstaltung vorgetragen

Mit mehreren Frauen aus dem Ruhrgebiet, die von den Hausdurchsuchungen betroffen waren, haben wir versucht, eine Einschätzung zu den jüngsten Ereignissen zu erarbeiten. Wir arbeiten im Essener Genarchiv oder in anderen Gruppen mit Frauen, die sich mit Gen- und Reproduktionstechnologien, Bevölkerungspolitik und sonstigen frauenpolitischen Themen beschäftigen.

Die Durchsuchungsaktion des BKA vom 18. Dez. 87 und die erneuten Hausdurchsuchungen am 30. Dez. werden von offizieller Seite aus mit Ermittlungen des Generalbundesanwalts wegen Straftaten nach § 129 a begründet, also Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

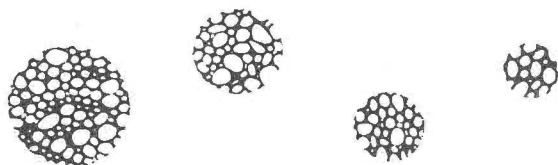
Über die Medien wurde bekannt, daß es bei diesen Ermittlungen um die "Revolutionären Zellen" und um ihre "feministische Unterorganisation Rote Zora" gehe.

Ausmaß und Ziel dieser Großrazzia geben uns Anlaß zu fragen, gegen welche politischen Inhalte, gegen welches Politikverständnis, gegen welche konkrete Politik hier vorgegangen werden soll.

Die Durchsuchungen in Duisburg, Essen, Bochum und auch in Hamburg richteten sich überwiegend gegen Frauen, die sich mit Gen- und Reproduktionstechnologien beschäftigen. In diesem thematischen Zusammenhang stehen auch unsere Fragen und Antworten für eine Einschätzung.

..... Neu an der Großrazzia vom 18.12. und an den Verhaftun-

gen ist nicht nur die bereits dargestellte erweiterte praktische Anwendung des § 129a, die potentiell alle politisch aktiven Zusammenhänge treffen kann. Neu ist auch das Ausmaß der Verfolgung von Frauenzusammenhängen. Die Kriminalisierung der Frauenposition gegen Gen- und Reproduktionstechnologien beinhaltet gleichzeitig den Versuch, uns Frauen Möglichkeiten zu nehmen, uns gegen unsere Unterdrückung als Frau zu wehren und Schritte zur Frauenbefreiung zu entwickeln. Denn unsere Haltung zur Gen- und Reproduktionstechnologie ist untrennbar verbunden mit unserer Subjektivität des Frau-Seins und mit dem Ziel, unserer Befreiung als Frauen näherzukommen. Hierin liegt auch der Grund und die Notwendigkeit eines autonomen Zusammenschlusses als Frauen.



Mit dem Kongreß "Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik" im Frühjahr 1985 in Bonn wurde zum ersten Mal in der Bundesrepublik ein breiter Protest zu diesen Fragen öffentlich formuliert. Dem "Aufruf zur Aktionskonferenz" in Bonn folgten damals rund 2.000 Frauen aus dem In- und Ausland mit dem erklärten "Ziel, konkrete Widerstandsformen und Aktionsmöglichkeiten gegen die neuen Techniken zu erarbeiten."

.....Hintergrund ist – in groben Zügen – folgende Einschätzung der neuen Technologien:

Die Gentechnologien greifen gewaltsam in pflanzliches, tierisches und menschliches Leben ein und bestimmen es nach technischen und mechanischen Machbarkeitskriterien; sie erklären nicht verwertbares Leben zum Störfaktor, das es zu manipulieren oder auszumerzen gilt. Krankheiten werden z.B. immer stärker auf genetische Anlagen des einzelnen Menschen zurückgeführt. Gentechnologische Wissenschaft und Anwendung steht in der Tradition eugenischer Prinzipien, d.h. nach sexistischer, rassistischer, faschistischer Grundhaltung wird damit bevölkerungspolitische Auslese- und Ausmerzungspraxis betrieben. (Es würde hier zu weit gehen, die unzähligen Anwendungsbereiche dieser grundsätzlichen Herangehensweise aufzulisten; wir verweisen zur gründlicheren Information auf die inzwischen vorhandene Literatur zu dem gesamten Themenkomplex).

Mit den Reproduktionstechniken (d.h. künstlicher Befruchtung, Retortenbabys, Mietschwangerschaft, erhöhte Schwangerschaftsüberwachung verbunden mit technischen Eingriffen, Embryonenproduktion für den Organhandel) werden Frauen noch mehr als bisher der Kontrolle über ihren Körper beraubt; Reproduktionsingenieure entscheiden, welche Frauen überhaupt Kinder gebären dürfen und welche Kinder wir nach durchgeführter Qualitätskontrolle haben dürfen.

Die neuen Techniken bedeuten eine umfassende Abwertung weiblichen Lebens überhaupt und werden von uns "als Kriegserklärung für uns Frauen, für die Natur und die ausgebeuteten Völker" begriffen.

In der Resolution, die auf dem Kongreß verabschiedet wurde, heißt es: "Wir werden alles daran setzen, diese Entwicklung zu stoppen und zu verhindern." Die Vorstellungen, wie dies zu tun sei, reichten vom eigenen Boykott der Techniken über die Abwehr von Versuchen, Frauen, in "Wertvolle" und "Minder-

wertige" zu spalten bis hin zu den Forderungen nach einem Forschungsstopp und Schaffung einer möglichst breiten Aufklärungs- und Protestbewegung unter Frauen.

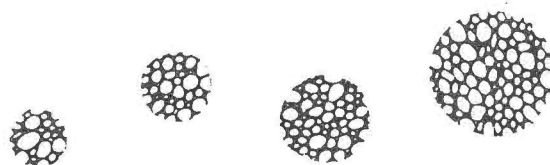
Die rote Zora sieht sich auch in diesem Zusammenhang und leistete einen ihrem Politikverständnis entsprechenden Beitrag: Sie bekannte sich zu einem Sprengstoffanschlag gegen den Technologiepark in Heidelberg, einer Einrichtung, in der Bio- und Gentechnologie über die Grundlagenforschung hinaus für ihre wirtschaftliche Verwertung weiterentwickelt werden.

Der Kongreß in Bonn hatte eine mobilisierende Wirkung für viele Frauen vor allem aus der autonomen Frauenbewegung. Es entstanden zahlreiche neue Gruppen zu dem Thema, die Auseinandersetzung mit den Gen- und Fortpflanzungstechnologien wurden für viele von uns zum Schwerpunkt unserer Diskussionen und Aktivitäten.

Wir halten Vorträge, organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen, machen Informationsstände. Es gibt Diaserien, Sketche und Theaterstücke.

Dabei stellen die Frauen des Genarchivs in Essen eine umfassende Materialsammlung für alle Interessierten zur Verfügung. Sie bieten Informationen über Forschungen und Anwendungsbereiche der Biotechnologie, Gentechnologie, Reproduktionsmedizin und deren angrenzende Bereiche und über kritische Stellungnahmen zu diesen Themenkomplexen. Sie werden zunehmend als Referentinnen zu Veranstaltungen im Bildungsbereich eingeladen.

Als Fortsetzung des Bonner Kongresses entstanden weitere bundesweite Treffen, auf denen z.B. eine Aktionswoche im Okt. 85 beschlossen wurde. Anlaß dazu waren zwei internationale Messen und Kongresse zur Biotechnologie in Hannover und Düsseldorf, deren Ablauf gestört wurde.



Die eingehendere Beschäftigung mit den Technologien, ihrer Anwendung und gesellschaftspolitischen Bedeutung führte dazu, daß sich widersprüchliche Haltungen immer stärker zu einer eindeutig ablehnenden Einstellung entwickelten. Und zwar auch außerhalb der autonomen Frauenbewegung, in Gewerkschaftskreisen zum Beispiel, bei den Grünen Frauen und in Frauengruppen der Kirchen.

Auf internationaler Ebene hatte sich bereits 1984 das "Feministische internationale Netzwerk zu den neuen Reproduktionstechnologien" = FINNRET gegründet. Die Umbenennung 1985 zu FINRRAGE = Feministisches internationales Netzwerk des Widerstandes gegen Gen- und Reproduktionstechnologien erfolgte, um eine klare politische Aussage gegen diese Technologien im Namen zu haben und um den Widerstand zu einem Arbeitsgebiet des Netzwerkes deutlich zu machen.

Eine weitere gemeinsame Aktivität des bundesweiten Treffens war die Aktionswoche gegen Humangenetische Beratungsstellen im Frühjahr 1987 unter dem Motto "Ohne Zucht und Ordnung". In mehreren Städten fanden Aktionen und Veranstaltungen statt, die sich gegen die bevölkerungspolitischen Auslese- und Ausmerzpraktiken dieser Beratungsstellen und der Fortpflanzungsmediziner richteten.

Die gemeinsame Forderung lautete: "Abschaffung der Humangenetischen Beratungsstellen!" Zu dieser Forderung kamen wir über eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Eugenik, mit einzelnen Persönlichkeiten, ihrem Werdegang, ihren Publikationen und ihrer aktuellen praktischen Arbeit in den Beratungsstellen.

In dem 1984 erschienenen Buch "Die Wohltätermafia" wird zum ersten Mal die Praxis humangenetischer Beratung, ihre inhaltliche und personelle Kontinuität eugenischer Auslese- und Ausmerzpolitik aus ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit heraus aufgezeigt. Dieses Buch entstand auf einer Grundlage von geheimgehaltenen, geklautem Aktenmaterial aus einer Hamburger Beratungsstelle. Mitherausgeber des Buches ist Udo Sierck, der in einem taz-Artikel auch die Auswertung von Akten veröffentlichte, die im Sommer 86 von der "Roten Zora" aus der Humangenetischen Beratungsstelle in Münster entwendet wurden. Dafür wurde seine Wohnung auch prompt vom BKA durchsucht und eine Fotokopie der Dokumentation der "Roten Zora" beschlagnahmt.

Die Tatsache, daß Udo Sierck durch die Durchsuchungsaktion des BKA kriminalisiert wird, ist ebenso wenig ein Zufall wie die jüngste BKA-Aktivität. Sie richtet sich gegen Personen, vor allem Frauen, die eindeutig radikal ablehnende Standpunkte zu den Gen- und Reproduktionstechniken vertreten, im Unterschied z.B. zu dem gemischten "Genetischen Netzwerk (GeN)", das sich 1986 gründete. Während das Genetische Netzwerk betont, "als Organisation selbst keinen Standpunkt zu politischen Fragen zu beziehen", äußern sich die Frauen des Genarchivs sehr eindeutig:

"Neben unserem Anspruch, diese Technik zu entmystifizieren und allen LaienInnen verständlich und überschaubar zu machen, wollen wir mit unserer Arbeit die gesellschaftliche Akzeptanz der Gen- und Reproduktionstechnologie erschweren." Die Frauen lehnen es ab, positiv nutzbare Anwendungsbereiche zu benennen, genauso wie sie die Forderung nach Kontrolle von Instituten und Konzernen völlig abwegig finden. Ihre Ablehnung der Technologien begründen sie vielmehr mit einer grundlegenden Kritik an der naturwissenschaftlichen Herangehensweise, die Mensch und Natur durch Zerstückelung in immer kleinere Teile, letztlich die Gene, zu beherrschen versucht.

Unsere gemeinsame ablehnende Haltung zu den Technologien zeigte sich für eine "interessierte Öffentlichkeit" erst kürzlich auf dem letzten bundesweiten Treffen der "Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien" im Oktober 87 in Essen. Mit Frauen aus Duisburg, Essen und Bochum haben wir das Treffen zusammen vorbereitet und organisiert. Der inhaltliche Schwerpunkt war die Diskussion um den Begriff der "Selbstbestimmung", wofür sich offensichtlich auch der Verfassungsschutz interessierte.

..... Wir Frauen lehnen es ab, positiv nutzbare Anwendungsbereiche zu benennen, genauso wie wir die Forderung nach Kontrolle von Instituten und Konzernen völlig abwegig finden. Unsere Ablehnung der Technologien begründen wir vielmehr mit einer grundlegenden Kritik an der naturwissenschaftlichen Herangehensweise, die Mensch und Natur durch Zerstückelung in immer kleinere Teile, letztlich die Gene zu beherrschen versucht.

Daß gerade unter uns Frauen die klare Ablehnung der Technologien so weit verbreitet ist, liegt daran, daß wir davon in besonderer Weise betroffen sind: einmal direkt als Objekte männlicher Allmachtsphantasie, zum anderen dadurch, daß wir

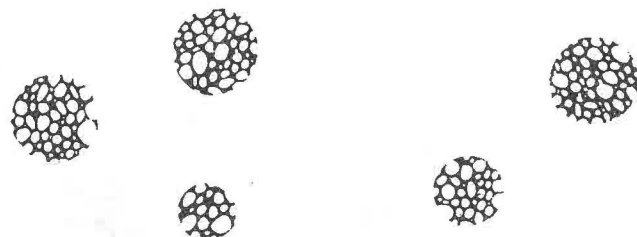
männliche Herrschafts- und Machtstrukturen als Frauen stärker erfahren und wahrnehmen.

Eine geschlechtsneutrale Haltung zu den Gen- und Reproduktionstechnologien ist unserer Meinung nach nicht möglich, weil damit das bestehende Geschlechterverhältnis ignoriert würde. Von Männern – und das dürfte kein Zufall sein – ist bisher keine eigene Position zu den Gen- und Reproduktionstechnologien entwickelt worden, die etwa die eigene Täter/Opfer-Einbindung oder das männliche Verhältnis zur Natur und Technik reflektiert. Oder es hat z.B. noch kein Mann seine Geschlechtsgenossen am Betreiben von Samenbanken gehindert, die eindeutig nach eugenischen Qualitätskriterien Samen an- und verkaufen. Erst recht wurde von Männern nicht das eigene eugenische Denken bei der Nachwuchsproduktion oder im Verhältnis zu Behinderten oder Frauen hinterfragt – außer vielleicht in den Krüppelgruppen.. ..

Aus den Ereignissen der jüngsten Zeit ziehen wir deshalb folgende Schlußfolgerungen:

Mit der breit angelegten Durchsuchungsaktion wird die Form der Frauenpolitik gegen Gen- und Reproduktionstechnologien verfolgt, die auf vielfältige Weise eine eindeutig und radikal ablehnende Haltung zu den Technologien zum Ausdruck bringt. Die jüngste Novellierung des § 129 a hat erweiterte Voraussetzungen für eine verschärfte Kriminalisierung geschaffen, nicht nur beispielsweise durch die Möglichkeit, die "Zerstörung technischer Arbeitsmittel" als Straftatbestand zu ahnden.

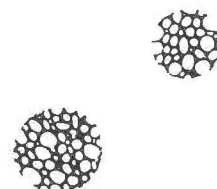
Die Verfolgung einer bestimmten Form von Politik, die mit illegalen Mitteln die herrschende Forschung und Praxis erschwert und verhindert, wird nun zum Anlaß genommen, grundsätzlich die politische Organisation von Frauenwiderstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien zu kriminalisieren. Die jetzige Anwendung des § 129 a läuft darauf hinaus, alle die Organisationsstrukturen zu verunsichern, zu kriminalisieren und somit inhaltlich und strukturell zu isolieren, die aufgrund ihrer politischen Position und ihrer bisher gezeigten oder noch zu erwartenden Handlungsfähigkeit auf unterschiedlichen Ebenen aktiv sind.



Kriminalisiert wird also die konsequente Ablehnung der Technologien, kriminalisiert wird die allzu weit verbreitete Haltung von Frauen, die vielfältige Formen des Widerstands akzeptieren.

Wir wenden uns gegen eine Spaltung von Frauen, die sich gegen die Gen- und Reproduktionstechnologien zur Wehr setzen!

Wir werden von unseren inhaltlichen Positionen nicht abweichen und sie auch weiterhin öffentlich vertreten.



Frauen zwischen Zwangssterilisation und Selbstbestimmung

Am 30. Mai schrieb der deutsche Gynäkologe Clauberg einen Brief an Heinrich Himmler, Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei. In diesem Schreiben unterbreitete Clauberg in ausführlicher Form seinen Plan für ein "Forschungsinstitut für Fortpflanzungsbiologie". In diesem Institut wollte der Gynäkologe, 1942 Chefarzt einer Frauenklinik im besetzten Polen, folgende Ziele miteinander verbinden:

1. "bisher unfruchtbare, fortpflanzungserwünschte Frauen durchbehandeln, sowie in bisher aussichtslos erschienenen Fällen neugewonnene Ergebnisse anwenden und erproben."
2. "die Methode der operationslosen (unblutigen) Sterilisation an fortpflanzungsunwürdigen Frauen auswerten (und nach endgültiger Bewährung dieser Methode dann laufend anwenden)."

Dieser geplanten Klinik sollen angeschlossen sein:

3. "Ein Laboratorium für ausgedehnte Tierversuche, die immer als Grundlage für die Weiterforschung dienen.
4. "Ein Versuchsgut als Grundlage zur Erforschung der Frage Bodenbewirtschaftung und Fruchtbarkeit, nämlich
 - a) weitgehende Ernährungsversuche am Tier
 - b) weitgehende Ernährungsversuche am Menschen" (Lagerinsassinnen)

(zitiert in Autonomie Nr. 7/81 nach: Hefte von Auschwitz 1959/2)

Als Patientinnen für seine Sterilitätsbehandlungen sah Clauberg in erster Linie Frauen von SS-Angehörigen vor, die von außerhalb die Klinik aufsuchen sollten. Versuchsobjekte für die Sterilisierungen sollten herbeigeschafft werden durch die Angliederung eines kleinen, institutseigenen Frauen-KZs.

Es gelang Clauberg nicht, sein Vorhaben in der kombinierten Form bei Himmler durchzusetzen. Der Reichsführer der SS – und in dieser Eigenschaft auch oberster Aufseher aller Konzentrationslager – sah durch ein solches Konzept die Geheimhaltung der KZ-Realitäten gefährdet. Darüber hinaus konnte ein Institut wie das von Clauberg vorgeschlagene nicht die gewünschte Trennung (und damit Spaltung) von Frauen in Fort-

pflanzungswürdige und Fortpflanzungsunwürdige garantieren. Es gelang Clauberg somit zwar nicht, sein Institut in der geplanten Form zu verwirklichen, aber er fand andere Möglichkeiten, sein Anliegen zu erfüllen, allerdings in räumlich und personell voneinander getrennter Form. Er selbst und andere, die von ihm lernten, führten in den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück an Tausenden von Frauen und Mädchen, auch Kindern, meist Jüdinnen oder sog. "Zigeunerinnen", seine extrem schmerzhaften und oft tödlichen Sterilisierungen durch. Ein absoluter Gegensatz zu seinem Vorhaben, eine Sterilisationsmethode zu entwickeln, die in jeder Hinsicht ökonomisch sein sollte, unblutig, von den Frauen nicht feststellbar und die Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigend.

Zur gleichen Zeit erprobten anderer SS-Ärzte an "fortpflanzungserwünschten", aber bisher kinderlosen Frauen verschiedene, auch die von Clauberg entwickelte Methode(n) der Sterilitätsbehandlung: chemische und chirurgische Eingriffe und künstliche Befruchtung wurden in den Dienst einer aktiven Bevölkerungspolitik gestellt.

Vorangetrieben wurde die Erforschung und Anwendung dieser Methoden, die die Grundlage der heutigen "neuen" Gen- und Fortpflanzungstechnologien darstellen, weil sich die eher konventionellen Mittel der fördernden Geburtenpolitik der Nazis als nahezu erfolglos erwiesen hatten. Frauen, die keine Kinder (mehr) wollten, ließen sich kaum durch Propaganda, in Aussicht gestellte Ehre (Mutterkreuz) oder etwas Geld dazu überreden. Und auch der versuchte Zwang von Abtreibungs- und Verhütungsverbot bewirkten in Kinderzahlen ausgedrückt wenig. Angst und Leiden der Frauen stehen dabei auf einem anderen Blatt.

Einen möglichen Ausweg sahen die nationalsozialistischen HERRscher darin, wenigstens den Frauen, deren Kinderwunsch bislang unerfüllt war, mit allen bereits zur Verfügung stehenden oder noch zu entwickelnden Methoden zum Kind zu verhelfen – soweit "hochwertiger" Nachwuchs zu erwarten war.

Hierbei ging es immer um "Hilfen bei Kinderlosigkeit in der Ehe" – so auch der Name einer Reichs-Arbeitsgemeinschaft zur Planung und Koordinierung dieses Bereichs der Bevölkerungspolitik.

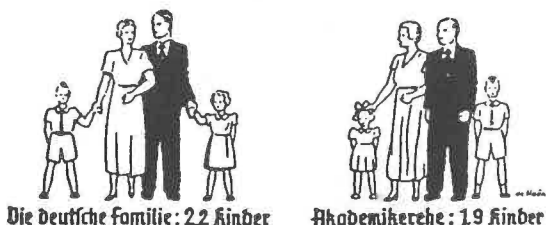
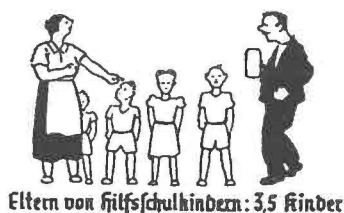
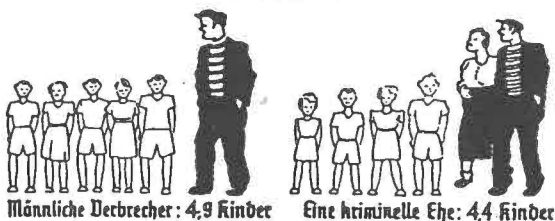
Vorhaben zur Menschenzüchtung außerhalb der Ehe waren das Arbeitsgebiet der "Geheimen Arbeitsgemeinschaft für aktive Bevölkerungspolitik beim Reichsgesundheitsführer". Diese AG plante großzügig über den noch zu gewinnenden Krieg hinaus. Was wir heute im Zusammenhang mit dem "Lebensborn" kennen, waren nur blasse Anfänge der Umsetzung geplanter Zuchtutopien.

Wirklich "erfolgreich" – ein sehr makabrer Begriff in diesem Zusammenhang – waren die Nazis dagegen in der Verhinderung unerwünschter, weil angeblich "minderwertiger" Kinder. Es ist Gisela Bock voll zuzustimmen, wenn sie in ihrer Arbeit über Zwangssterilisation im Nationalsozialismus betont, daß das qualitativ Neue an der Bevölkerungspolitik der Nazis die Durchsetzung ihres Antinatalismus war: eine Politik gegen unerwünschte Geburten. In ihrer pronatalistischen, auf die Förderung erwünschter Kinder gerichteten Politik, so G. Bock, waren die Nazis zunächst weder originell noch erfolgreicher als andere HERRscher vor (und nach) ihnen.

Allerdings muß durch die Verflechtung von Methoden zu Sterilisation und Sterilitätsbehandlung – wie sie bei den Plänen

Die Drohung des Untermenschen.

Es treffen auf:



Claubergs in besonders krasser Weise vorliegen – von einem qualitativen Sprung auf beiden Seiten der bevölkerungspolitischen Medaille gesprochen werden: So direkt, unmittelbar ansetzend bei den Fortpflanzungsmöglichkeiten der Frauen, an ihrem Körper, waren Geburtenpolitiker vor dem NS nie vorgegangen. (Oder nur, wenn Frau die Hexenverfolgungen unter einem ähnlichen Blickwinkel betrachtet.)

Bevölkerungspolitik ist immer eine Politik vor allem gegen Frauen. Eine Politik, die nur möglich ist, wo über Frauen, über ihren Körper und ihr Leben verfügt werden kann. Im NS waren alle Frauen Opfer der frauenverachtenden und rassistischen Geburtenpolitik; dennoch dürfen die Leiden der sterilisierten und ermordeten Frauen nicht mit denen gleichgesetzt werden, die durch Sterilitätsbehandlungen – sicher auch schmerzhaft und angstmachend – befähigt wurden, ihre vorgesehene Rolle erst auszufüllen. Opfer ist nicht gleich Opfer und auch Mittäterinnen hat es in dem totalen oben/unten System nicht wenige gegeben (s. Ebbinghaus u.a. Opfer und Mittäterinnen). Dennoch bleibt die Funktionalisierung und Unterdrückung aller Frauen für das Nazi-Männersystem außer Frage.

Zurück zu Clauberg und seinen Methoden. Ende der zwanziger Jahre hatte er erforscht, welche Wirkung die weiblichen Sexualhormone auf den Zyklus der Frau haben. Diese Forschung führte zur Entwicklung künstlicher Hormone. Deren Vorhandensein im Zusammenhang mit dem Wissen um ihre Wirkung auf die weiblichen Sexualorgane ergab Claubergs Methode zur Sterilitätsbehandlung bei Eileiterverschluß: künstliche Hormone bewirken ein künstliches Wachstum der Eileiter und machen sie so durchlässiger. Auch diese Methode erprobte Clauberg bereits 1935 auf frauenverachtende Weise an ahnungslosen Patientinnen. Könnte dem Gynäkologen bei seiner Forschung zur Sterilität immerhin noch unterstellt werden, unfreiwillig kinderlosen Frauen helfen zu wollen, lassen seine Sterilisationsforschung und -praxis keinen Zweifel zu: Sein Interesse ist identisch mit dem der nationalsozialistischen Machthaber, nämlich Frauen in hochwertige und minderwertige zu spalten und sie dieser Spaltung entsprechend zu be- und mißhandeln. Claubergs Sterilisationsmethode, die er in den Dienst der NS-Vernichtungspolitik stellte, bestand in einer nahezu exakten Umkehrung seiner Sterilitätsbehandlungen. Den Frauen und Mädchen wurde eine verätzende und entzündungsauslösende Flüssigkeit in die Eileiter gepresst, die gleichzeitig den Verschluß der Eileiter bewirkte und die röntgenologische Darstellung dieses Vorgangs ermöglichte. Die ahnungslosen Frauen und Kinder erlitten furchtbare Schmerzen, viele starben an den Folgen des Eingriffs. Eine Zeugin, die Häftlingsärztin in Auschwitz war, gab bei den Nürnberger Ärzteprozessen zu Protokoll:

„Ich habe gefangene Zigeunerfrauen gesehen, wie sie ins Röntgenzimmer gingen und wie sie wieder herauskamen, wo sie nach einer Methode sterilisiert wurden, die meines Wissens in Oswiecim ausprobiert worden war. Diese Methode beruht darauf, daß eine entzündende Flüssigkeit in den Uterus gespritzt wurde, höchstwahrscheinlich Silbernitrat zusammen mit einer kontrastierenden Flüssigkeit, um eine Röntgenkontrolle der durchgeführten Operation zu ermöglichen. Alle sterilisierten Frauen wurden sofort nach der Sterilisation geröntgt. Ich habe diese Bilder mit der Ärztin Dr. Mlada Taufrova untersucht und bin daher in der Lage zu bezeugen, daß bei den meisten der oben erwähnten Fälle die Füllung bis in das Ende der Eileiter eingedrungen war; in mehreren Fällen sogar bis in die Bauchhöhle. Nur ungefähr den letzten zehn wurden durch das Eingreifen der SS-Schwester Gerda eine Nar-kose gegeben. Ich habe die Kinder die ganze Nacht nach der Operation gepflegt. All diese Mädchen bluteten aus den Geschlechtsteilen und hatten solche Schmerzen, daß ich ihnen heimlich Beruhigungsmittel

geben mußte. Am Morgen vor dem Appell brachte ich die Kinder mit Hilfe von Mädchen, die im Revier arbeiteten, in ihre Blocks...”

(zitiert nach Mitscherlich/Mielke, Medizin ohne Menschlichkeit, 1960)



Die Flüssigkeit, die Clauberg für die Sterilisationen benutzte, hieß „Neo-Rönthym“. Sie wurde ebenso wie Medikamente, Betäubungsmittel und Kontrastflüssigkeiten vom Pharmakonzern Schering nach Ausschwitz geliefert. Die Zusammenarbeit zwischen Clauberg und Schering bestand bereits seit den zwanziger Jahren. Schering war maßgeblich an der Entwicklung künstlicher Sexualhormone beteiligt wie „Progynon B“, das Clauberg für seine Sterilitätsbehandlungen einsetzte. Bei Schering ging die Entwicklung in diesem Bereich auch nach 1945 kontinuierlich weiter und führte in den 60er Jahren zu einem weiteren Höhepunkt – beileibe nicht Schlußpunkt: Zur Herstellung der Antibaby-Pille.

Heute ist Schering in der internationalen Bevölkerungspolitik gegen Frauen ganz groß mit seiner Dreimonatsspritze Net-En im Geschäft; Kontinuität zahlt sich eben aus!

In den medizinischen Techniken der NS-Geburtenpolitik, deren Durchsetzung durch Ärzte wie Clauberg und Konzerne wie Schering erst ermöglicht und getragen wurde, liegen die Anfänge der heutigen, sogenannten modernen Gen- und Fortpflanzungstechnologien, sowie der gesamten Humangenetik, aber auch der Verhütungs- und Abtreibungstechniken. Die Geschichte zeigt, daß nichts davon für die Interessen von Frauen, für Selbstbestimmung oder gar Frauenbefreiung entwickelt wurde, sondern alles zur umfassenden Kontrolle von Frauen und ihrer Gebärfähigkeit und zur Funktionalisierung für bevölkerungspolitische patriarchale Machtinteressen. Diese Zusammenhänge dürfen wir nie vergessen, wenn wir glauben, an irgendeiner Stelle von diesen Technologien profitieren zu können.

Als die Nazis 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ als Grundlage für eugenische Zwangssterilisa-

tionen verabschiedeten, hatte dieses Gesetz als Entwurf schon eine fast 10 Jahre alte Geschichte und wurde von verschiedensten Seiten im In- und Ausland enthusiastisch begrüßt. Von 1933 bis 1945 wurden auf Grundlage dieses Gesetzes ca. 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Die Zahl derer, die außerhalb des Gesetzes in Psychiatrien und Konzentrationslagern sterilisiert wurden (wie die Opfer Claubergs), ist unbekannt. Gisela Bock nimmt an, daß etwa 50 % der nach dem Gesetz Sterilisierten Frauen waren, daß aber Frauen 90 % der Todesopfer der Operation ausmachten. "Frauen stellen zwar die Hälfte der Sterilisierten, aber rund 90 % der durch die Sterilisation Getöteten. Für sie war die Sterilisationspolitik nicht 'Vorstufe', sondern erste Etappe der Massenmorde an Frauen und Männern." (G. Bock, Zwangssterilisation.... S.12)

Die Massensterilisationsversuche Claubergs an Frauen sowie die gesamte Sterilisationspraxis der Nazis waren der (vorläufige?) End- und Höhepunkt der Geschichte der Sterilisierung angeblich minderwertiger Menschen, die bereits im 19. Jahrhundert begonnen hatte. Sterilisation als wichtigste Methode der negativen Eugenik/Rassenhygiene wurde im Prinzip von Menschen aller politischer Richtungen, von ganz links bis ganz rechts, als sinnvoll erachtet. Uneinigkeit bestand dabei über den anzustrebenden Grad der Freiwilligkeit und über die genauen Kriterien, nach denen sterilisiert wurde.

Überzeugte Eugenikerinnen waren auch die Frauen der 1. Frauenbewegung, soweit sie sich überhaupt mit Sexualität und Fortpflanzung auseinandersetzten. Es waren Frauen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung. Helene Stöcker und die Frauen des von ihr mitbegründeten Bundes für Mutterschutz und Sexualreform (dem auch viele Männer angehörten) waren sicher die bekanntesten Repräsentantinnen dieses Teils der Frauenbewegung. Ihre Forderungen nach Verbesserung der Situation verheirateter und unverheirateter Mütter, nach Bekämpfung der sexuellen Doppelmoral, gegen Frauenhandel und staatliche Kontrolle der Prostitution und für die Befreiung der Frauen vom Gebärzwang verbanden sich mit der Forderung nach eugenischen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität menschlichen Nachwuchses und der menschlichen Rasse insgesamt.

Für die Sexualreformerinnen waren diese Ziele eng miteinander verbunden: die Befreiung der Frauen vom Gebärzwang durch Verhütung, seltener durch Abtreibung, die Achtung auch der unehelichen Mutterschaft, die Reform der Ehe hin zum partnerschaftlichen, liebevollen Miteinander und besseren Bildungs-

chancen sollten die Frauen zu besseren, verantwortungsbewußten Müttern qualifizieren. Erst von diesen besseren Müttern wäre auch besserer Nachwuchs zu erwarten. Die Feministinnen setzten also in erster Linie auf positive Eugenik: Förderung der Geburten hochwertiger Kinder durch Förderung der Mütter. Daß jede sich selbstbestimmende Frau mit Begeisterung Mutter werden würde, daran bestand kein Zweifel. Ebensowenig daran, daß durch Selbstbestimmung im Verbund mit Selbstverantwortung jede Frau Schwangerschaften und Geburten vermeiden würde, die qualitativ niedrigeren Nachwuchs befürchten ließen: Bei erblichen oder sonstigen schwerwiegenden Erkrankungen, bei Schwängerung durch einen geschlechtskranken Mann, bei zu vielen Schwangerschaften in kurzen Abständen, unter ungünstigen sozialen Voraussetzungen. Auch negative Eugenik, die Verhinderung unerwünschter Geburten also, sollten Frauen selbstbestimmt betreiben. Und für die Frauen, die unfähig oder unwillig zu dieser Art von Selbstbestimmung waren, etwa aus intellektuellen oder sozialen Gründen, wurde Sterilisation als Mittel der Wahl propagiert.

"Die Ausschaltung des schlechten Saatgutes aus dem Garten der Menschheit ist die erste Bedingung für die Emporzüchtung unseres Geschlechtes. Die Gesamtheit muß das Recht haben, Individuen, die mit erblich übertragbaren schweren Krankheiten und Gebrechen belastet sind, wenn nicht von der Eheschließung, so doch von der Fortpflanzung auszuschließen." (Stöcker in NG 1911, 228). Der Ausbau der Gesetze, die die Verbrecher und Geisteskranken von der Fortpflanzung ausschließen" sei "unbedingt notwendig" (Stöcker in NG 1913, 597)

Sahen diese frauenbewegten Frauen keinen Widerspruch zwischen ihrem radikalen Kampf für Selbstbestimmung von Frauen, die ihrer Ansicht dazu in der Lage waren, und dem absolut fremdbestimmten Gebärverbot für angeblich nicht dazu fähige oder würdige Frauen? Wie ist es möglich, gleichzeitig 'Befreiung vom Gebärzwang für Frauen' einerseits und 'Gebärverbot' für einen Teil der Frauen andererseits zu fordern? Wie konnten die gleichen Frauen, die gegen Krieg und rassistischen Nationalismus und Imperialismus kämpften, ihren eigenen inneren Rassismus übersehen?

Oder sehen wir diese Widersprüchlichkeit heute nur so deutlich, weil wir die Erfahrung des Nationalsozialismus haben? Gelemt haben wir aus diesen Erfahrungen bisher wenig: Rassismus von Frauen und Spaltung zwischen Frauen sind für Feministinnen leider nicht nur Geschichte, sondern alltägliche Realität. Kein Grund also, überheblich zu sein.

Und auch das müssen wir sehen: Die Frauen vom "Bund für Mutterschutz" waren zwar theoretisch überzeugte Eugenikerinnen, sie weigerten sich jedoch, ihre praktischen Hilfen für uneheliche Mütter auf "hochwertige" Frauen zu beschränken, wie es männliche Eugeniker von ihnen erwarteten. Heime, finanzielle Zuwendungen und ähnliches waren für alle Frauen zur Verfügung gestellt. Da ging Frauensolidarität über das eugenische Interesse.

Leider ist es an dieser Stelle nicht möglich, ausführlicher auf den Begriff von Selbstbestimmung, den die radikalen Frauen der 1. Frauenbewegung prägten, einzugehen. Dringend notwendig aber ist die Auseinandersetzung mit diesem Begriff in unserer Konfrontation mit den Gen- und Reproduktionstechnologien auf der einen, der Abtreibungsproblematik auf der anderen Seite.

Wertvolle Hinweise für diese Auseinandersetzung geben die Arbeiten von Susan Zimmermann und Maria Mies, die beide den Begriff Selbstbestimmung aus seiner historischen Gebundenheit analysieren und seine Brauchbarkeit für unsere Vorstellung von Frauenbewegung in Frage stellen. Sehr verkürzt lautet

Hermann Muckermann S.J.

Kind und Volk

Der biologische Wert der Treue zu den Lebensgesetzen beim Aufbau der Familie



Zweiter Teil:

Gestaltung der Lebenslage

Freiburg / Herder

ihr Kernargument: 'Selbstbestimmung' ist ein grundlegender bürgerlicher Rechtsbegriff, der aus den Frauen, die sie zugesprochen bekommen, Eigentümerinnen/Besitzerinnen ihres Körpers macht, über den sie frei verfügen können. Letztlich ermöglicht dieses Verfügungsrecht auch Vermietung und Verkauf des eigenen Körpers, von Körperteilen oder von Dienstleistungen. Und dieses konsequente Zuendedenken des Selbstbestimmungsbegriffs ist nicht überzogene Science fiction, sondern wird heute benutzt zur Legitimierung der Gen- und Reproduktionstechnologien. Der 'Supermarkt der reproduktiven Möglichkeiten' (M. Mies) als Superlative der Selbstbestimmung. Haben wir das gemeint mit der Parole "Mein Bauch gehört mir" ?

Noch ein letzter Blick durch die historische Brille. Die Sexualreformbewegung der 20er Jahre, an der die radikalen Feministinnen wesentlichen Anteil hatten, war in erster Linie eine Ehereformbewegung. Zwar wurden gerade diesen Frauen von vielen Seiten, auch von der konservativen Mehrheit der bürgerlichen Frauenbewegung, vorgeworfen, Ehe und Familie zerstören zu wollen, weil sie sich für unverheiratete Mütter und für freie Liebe einsetzten. Vorrangig ging es ihnen allerdings um die Rettung der Institution Ehe durch Reformen wie Sexualberatung, Verhütung, mögliche Berufstätigkeit von Frauen.

Von Partnerschaft war viel die Rede, von notwendiger sexueller Befriedigung auch für die Frau und von der freien Entscheidung zur Mutterschaft. Dem entsprach das Idealbild der 'Neuen Frau' der zwanziger Jahre: Berufstätig, aber nach Liebe und Bindung (zum Mann) strebend, verhütende, aber gerade deshalb um so bessere Mütter besserer Kinder. Mit diesem neuen Frauenideal, das von der radikalen Frauenbewegung getragen wurde, verlor die verheiratete, kinderlose, theoretisch alleinstehende, oft aber Frauenbeziehungen lebende/liebende Frau(enrechtlerin) des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ihre Existenzberechtigung, wurde zur bemitleideten "alten Jungfer" oder zur kranken/perversen Lesbierin. Bislang bedeutete "sexuelle Revolution" – und das gilt für die Frühe der zwanziger Jahre wie für die der 60er Jahre – einen ungeheuren Schub zur Zwangsheterosexualität.

Daran änderte auch die Existenz blühender Subkulturen wie die lesbische der 20er Jahre in einigen Städten des damaligen Deutschland nichts.

Es ist die Spaltung von Frauen, die den Bogen spannt von der NS-Geburtenpolitik gegen Frauen, der heute für uns an vielen Punkten so widersprüchlichen Theorie und Praxis der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung hin zu unserem Kampf gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Spaltung von Frauen, zwischen Frauen ist die Klammer, das Instrument, das auf viele Arten gegen Frauen eingesetzt werden kann und das wir selbst häufig gegeneinander benutzen, zu unserem eigenen Schaden. Spaltung in gut/schlecht, arm/reich, schwarz/weiß, lesbisch/hetero, behindert/nichtbehindert, fortpflanzungswürdig/fort-



pflanzungsunerwünscht. Spaltung auch in die, die noch Mit-täterin sein kann und die, die nur Opfer ist.

Heute nach der Erfahrung des Nationalsozialismus und der Entwicklung danach, haben wir viel stärker als die frühen Feministinnen die Chance, die alten und neuen Spaltungen zu sehen, zu durchschauen und zu benennen. "Teile und herrsche" ist ein entsetzlich effektives Machtwerkzeug. Nur wenn wir die Teilung lernen zu verhindern, zerstören wir die HERRschaft.

Wir lassen uns das Leben nicht verbieten!)

Die Beantwortung der Frage, warum die Kriminalisierungsaktion jetzt, und warum sie die radikalen GegnerInnen der Gen- und Reproduktionstechnologie trifft, liegt in der Schärfe des gesellschaftlichen Konflikts um diese Technologieentwicklung. Mit ein paar grundsätzlichen Bemerkungen, von welchem Standpunkt aus wir – das Genarchiv und viele Frauen – unsere Kritik formulieren und praktisch machen, sowie der Schilderung, auf welchen Ebenen und mit welchen Zielsetzungen die Betreiber an der Durchsetzung der Technologie arbeiten, möchten wir diesen Konflikt darstellen.

Unsere

Radikale Ablehnung meint:

- I. Die einzigen Probleme, die mit Hilfe der Gen- und Reproduktionstechnologie gelöst werden, sind die Profitprobleme

der Chemie und Pharmaindustrie und die Karriere-Probleme der Mediziner und Molekularbiologen.

Gentechnologie ist eine der wichtigsten Wachstumsbranchen der 90er Jahre und wird nach Meinung der Betreiber die Grundlage für eine weitere industrielle Revolution abgeben. Die Propagandastrategie der Befürworter, daß Umwelt- und Ernährungsprobleme gelöst werden könnten, daß neue Heilungschancen in der Medizin entstünden, ist eine Propagandalüge.

Diese Probleme sind niemals technisch, sondern nur politisch zu lösen.

- II. Die Aussonderungspolitik des Staates gegen "unproduktive und unangepaßte" Menschen gewinnt in der Zusammenarbeit mit Humangenetikern, Gynäkologen, Reproduktions-

technologien und Grundlagenforschern aller beteiligten Disziplinen eine neue Qualität.

Die Definitionsgewalt dieser Herren und Damen, d.h. die Definition dessen, was Leben und Tod, dessen, was "lebenswert" und "unwert" ist, hat eine gar nicht zu unterschätzende sozialpolitische und gesellschaftsplanerische Dimension. Mit dieser Definition und dem entsprechenden technischen Instrumentarium leisten Medizin und Biologie dem Staat Schützenhilfe bei der Bewältigung der sog. "sozialen Krise":

- die Ausmerze medizinisch als "unwert" definierter Menschen in der pränatalen Diagnostik und humangenetischen Beratung
- die Versuche Chemieresistenz genetisch zu lokalisieren und entsprechende Menschen zu züchten oder die Arbeitsplatzvergabe daran zu koppeln
- die Definition von Krankheit und psychischen Krisensituationen als genetisch bedingt, werden bzw. finden heute schon Eingang in die Kosten-dämpfungsprogramme im Gesundheits- und Sozialwesen.

III. Forderungen nach gesellschaftlicher bzw. staatlicher Kontrolle und die Versuche, positiv nutzbare Anwendungsbereiche zu benennen, sind unserer Meinung nach gerade ein Beitrag zur Akzeptanzförderung.

Mal abgesehen davon, daß die als "negativ" definierten und zu "kontrollierenden" Auswirkungen gerade die Zielsetzung gentechnologischer Forschung und Praxis sind, hat diese Kategorie von Tätern eh nicht mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen.

Drittens wird dadurch der Illusion Vorschub geleistet, daß eine Kontrolle von Forschung möglich wäre, statt diese Illusion zu zerstören.

Unser Fazit: Wir brauchen diese Technologie nicht und wir werden diese Entwicklung in allen Bereichen bekämpfen.

Zellen mit eingeschränkter Lebensdauer				Flow Laboratories GmbH	
Katalog Nr.	Preis Gruppe	Art	Beschreibung	ATCC Nr.	Herkunft
05-525	I	Vogel	Entembryo	CCL 141	Embryo Pakomente (Amis platyrhynchus domesticus)
540	F				
576	F	Pferd			
5356	F	Mensch			
5-522	F				
			CHP 4 (WW)	CCL 133	Embryon Katzenlunge galactose
			Detroit 532	CCL 54	Menschl. Vorhaut
05-523	F		Flow 1000		Menschl. embryon. Haut und
02-136	F		Flow 2002		Menschl. embryon. Lunge
			Flow 4000		Menschl. embryon. Niere
			Flow 5000		Gesamter menschl. Embryo
			Flow 6000		Menschl. embryon. Mand
			Flow 7000		Menschl. embryon. Vorh
			w 9000		Menschl. embryon. Hyp
			2000		Menschl. embryon. Na
					Menschl. embryon. Le
				CCL 137	Neger (männl.) embri
					Menschl. embryon.

Die Positionen und Taten der Gegenseite werden wir an zwei Beispielen, die sich auf die Anwendung der Gentechnologie beim Menschen beziehen, darstellen.

1986 konnte Frau Helga Kuhse von der Monash-Universität in Australien folgende Position zum "moralischen Status des Embryos" auf dem Humangenetikkongreß in Berlin vertreten: Die Zitate stammen aus dem e.coli-bri Nr. 1, eine Zeitung, an der

Ulla handwerklich und inhaltlich mitgearbeitet hat:

- "Solange der Embryo keine Nerven und keine Hirn entwickelt hat, also weder Schmerzen noch Angst noch Freude empfinden kann, ist er für medizinische Experimente gegenüber Labortieren... das vom moralischen Standpunkt her bessere Objekt. Die Herstellung von Embryonen exklusiv für Forschungszwecke ist aus diesem Grunde ohne Einschränkung zulässig.
- Ältere Embryonen/Feten mit Hirn und Nerven sind – biologisch gesehen – zwar Mitglieder der Art "Homo sapiens", aber keine durch das gesellschaftliche Tötungsverbot geschützte Personen.
- Personalität und Selbst-Bewußtsein entwickeln sich erst im ersten Lebensjahr, bei behinderten Kindern nur rudimentär oder gar nicht. Infantizid (Kindestötung) und insbesondere die Tötung behinderter Kinder (durch Nahrungs-/ Therapieentzug oder Medikamente) ist daher zulässig.
- Die Entscheidungen sind im wesentlichen von Medizinern zu tragen und mit Ethik-Kommissionen abzustimmen."

Frau Kuhse meint, "es gilt, den auf überholter religiöser Grundlage errichteten Begriff der Unverletzlichkeit des Lebens abzulösen durch eine rationale Ethik, die den wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen der modernen Zeit angemessen ist. Im Rahmen dieser Ethik ist es möglich und notwendig, lebenswertes und lebensunwertes Leben zu unterscheiden und das lebensunwerte zu vernichten."

Verbal wird diese Position gelegentlich – aber auch nur sehr leise – in den Reihen der Humangenetiker kritisiert.

Doch die Praxis des Zugriffs auf den Frauenkörper in der pränatalen Diagnostik, und die z.Z. öffentlich diskutierte Möglichkeit der Verwertung menschlicher Embryonen in der Transplantationsmedizin fallen nicht hinter die o.g. Bewertung menschlichen Lebens zurück, sondern setzen sie in die Praxis um:

1. Schwangerschaftsvorsorge:

Als Programm umfaßt die Vorsorge verschiedene Ebenen, wobei die sog. "Stufe I" die "normale" Ultraschalluntersuchung beim niedergelassenen Arzt bedeutet. Sie wird von den Gynäkologen als "Durchsiebung aller Schwangeren" zur Erfassung von Störungen und Abweichungen bezeichnet.

Bei Zweifel an der Normalität des Kindes werden die Frauen in "Nußknackerzentren" – auch eine Wortschöpfung der Mediziner – das sind geburtshilfliche Zentren – verfrachtet.

Dort erfolgen in Zusammenarbeit mit humangenetischen Forschungszentren weitere – technisch ausgefeiltere Ultraschalluntersuchungen – als Stufe II und III bezeichnet.

Ist frau einmal dort gelandet, so schließen sich weiter med. Maßnahmen wie Fruchtwasseruntersuchungen u.a.m. an.

Wir meinen, daß an diesem abgestuften Erfassungsprogramm deutlich wird, daß es um die Definition von "wertem" und "unwertem" Leben geht mit der einzig – in dieser Logik möglichen Konsequenz – "ungesundes und unwertes" zu vernichten und Kosten für die Versorgung behinderter und kranker Menschen zu sparen.

Uns Frauen wird das als "Erweiterung individueller Entscheidungsfreiheit, als Sorge um unser Wohlergehen, als Hilfe für unsere Lebensbewältigung verkauft, und zwar immer genau von jenen, die diese genetische Qualitätskontrolle betreiben.

Dahinter steckt etwas ganz anderes:

- knallharte Kosten-Nutzen-Analyse über die Kosten für den Ausbau prä. Diagnostik im Vergleich zu den Kosten für die Versorgung behinderter Menschen
- Kosteneinsparungen im Krankenhauswesen: Die Qualitätskontrolle hilft auch kurz vor der Geburt noch Geld sparen:

die Kosten für Kaiserschnitte, Muttermundnähte etc. intensivmedizinische Maßnahmen lassen sich einsparen, wenn das zu rettende Leben ein behindertes ist.

– beabsichtigt ist noch mehr:

in einigen Staaten der USA bekommen Menschen mit Trisomie 21 keine Sozialleistungen mehr. Ihre Existenz ist ein medizinischer Kunstfehler.

Ebenfalls in den USA gibt es mittlerweile sog. "wrongful-life-cases": behinderte Kinder klagen gegen ihre Mütter auf Schadensersatz. Die Entwicklung geht dahin, daß schwangere Frauen auf belasteten Arbeitsplätzen kündigen, aus Angst vor zu erwartenden Schadensersatzansprüchen.

Unser Fazit: es geht nicht um Entscheidungsfreiheit, sondern um die Festlegung des gesell. Wertes von Menschen, perspektivisch ist damit die Pflicht zum "gesunden Kind" gemeint.

2. Der Zugriff der Medizin auf den Embryo bietet noch weitere, ungeahnte Verwendungsmöglichkeiten:

Herr Beller aus Münster erregte im letzten Jahr mit der Transplantation von fötalen Organen Aufsehen. Seit 1984 hat er 3 Mal Nieren von anenzephalen (großhirnlosen) Kindern verpflanzt, die er nach Kaiserschnitt im 8. Monat künstlich am Leben erhielt.

Er legitimierte seine Experimente über die Neudefinition von Leben und Tod. Anenzephalie Kinder werden mit einem Hirntoten gleichgesetzt – für klinisch tot erklärt. Damit steht der Verwertung von Embryonen nichts mehr im Wege.

Die Verwertung von Embryonen als Organspender ist angepaßt an die Erfordernisse der Transplantationsmedizin, die in den nächsten Jahren enorme Profite verzeichnen will.

Schon im letzten Jahr sind Steigerungsraten von 27 % verzeichnet worden – gleichzeitig werden schon die Engpässe an verfügbaren Organen prognostiziert.

Wir interpretieren diese Steigerungsraten und den steigenden Bedarf an Organen nicht als "tatsächlichen" Bedarf, sondern als "Schaffung von Bedarf", dem ökonomische Interessen und Forschungsinteressen zugrunde liegen.

Mit dem Ausbau dieser Ersatzteilbranche werden medizinische Wege zur Rettung von Organen und die Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen, die zu lebensbedrohlichen Organschädigungen führen, endgültig ad acta gelegt.

Wir müssen nicht "nur" die Verwertung von Embryonen hinterfragen, sondern auch die medizinische Infrastruktur, die diese Entwicklung produziert und vorantreibt.

Der Ausbau von Transplantationsmedizin bedeutet nicht Heilung, sondern:

– Menschenversuche mit Neugeborenen und Kleinkindern: ein Beispiel ist die Pavianherzverpflanzung an einem Neugeborenen, ein anderes – die Berichte häufen sich – ist die im Nov. 87 durchgeführte Transplantation von gleich 5 Organen bei einem dreijährigen Kind.

Die mit diesen Menschenversuchen gewonnenen medizinischen Erkenntnisse und Erfahrungen sind notwendige Voraussetzung für die Ausweitung der Transplantationsmedizin und insbesondere für die Ausweitung auf die Benutzung fötaler Organe

– Transplantationsmedizin bedeutet auch Ausweitung des Organhandels in der 3. Welt:

Anfang 87 berichtete die TAZ über Geschäfte mit honduranischen Kindern. Behinderte Kinder wurden "scheinadoptiert", in sog. "Mastheime" transportiert, wo sie ihrer Bestimmung als Organspender für Kinder aus den USA entgegen sehen mußten.

– der Ausbau dieser Branche bedeutet einen erhöhten Bedarf an fötalen Organen, und d.h. die Ausweitung der Definition, welche Embryonen als Organspender vernutzt werden dürfen.

– perspektivisch ist auch die Züchtung von Embryonen für die Organtransplantation mitzudenken. Das wurde bereits 1962 auf dem Ciba-Symposium, wo die Perspektiven der Gentechnologie diskutiert wurden, in Erwägung gezogen.

– Diese Entwicklung bedeutet auch die Ausweitung verwertbarer Organe und Gewebe von Feten.

Mit der Verpflanzung von fötalem Gewebe als medizinische Therapie wurde vor zwei Wochen in Mexiko der Startschuß gegeben. Bereits 1986 konnte Prof. Gale Verpflanzungsexperimente mit fötalem Gewebe bei den Tschernobylarbeitern durchführen.

Denkt mann/frau diese Entwicklung weiter, so ist auch folgendes bald keine Zukunftsmusik mehr:

Mütter von leukämiekranken Kindern können selbst oder über eine Leihmutter Embryonen produzieren, die lediglich als Knochenmarkspender für die Therapie ihres kranken Kindes benutzt werden.

Neben der oben beschriebenen Entwicklung muß jeder und jedem klar sein, daß Gentechnologie in alle Lebensbereiche eingreifen wird bzw. schon heute eingreift:

– gentechnologische Herstellung von Medikamenten, die keine/r braucht

– gentechnologische Manipulation an Pflanzen, zur Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion, was enorme Auswirkungen auf das Ausbeutungsverhältnis zwischen 1., 2. und 3. Welt haben wird

– Manipulation an Tieren – z.B. zur Anregung erhöhter Milchproduktion über Wachstumshormone. Diese Produkte stehen kurz vor der "Marktreife"

– Zugriff auf menschliche Gene, z.B. zur Auslese oder z.B. zum Festmachen von Berufskrankheiten am genetischen Code.



Die Umsetzung genetischer Forschung in Industrie, Landwirtschaft und Medizin steht auf breiter Ebene an. Flankiert wird diese Entwicklung von einer breiten Propagandaoffensive.

Wir müssen dieser Offensive entgegentreten

– indem wir die Täter benennen

– Strukturen aufdecken

– gesellschaftliche Zusammenhänge herstellen – wie die Verbindung von Profitinteressen und Auslese

Wir müssen einen Kampf um unsere eigenen Köpfe führen, d.h. die Restbestände eugenischen Denkens, die Akzeptanz naturwissenschaftlicher und medizinischer Denkmodelle erkennen und endgültig aus unseren Köpfen verbannen.

Wir hoffen, daß wir dabei ganz viele werden!!!



Im Folgenden wollen wir etwas zur Geschichte und bisherigen Anwendung der § 129 und 129 a sagen und ihre Bedeutung aufzeigen.

Der § 129a wurde 1976 zusätzlich zu dem schon seit 1871 existierenden § 129 eingeführt.

§ 129. Bildung krimineller Vereinigungen.

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden,

1. wenn die Vereinigung eine politische Partei ist, die das Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt hat,
2. wenn die Begehung von Straftaten nur ein Zweck oder eine Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung ist oder
3. soweit die Zwecke oder die Tätigkeit der Vereinigung Straftaten nach den § 84 bis 87 betreffen

(3) Der Versuch, eine in Absatz 1 bezeichnete Vereinigung zu gründen, ist strafbar.

(4) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

(5) Das Gericht kann bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, von einer Bestrafung nach den Absätzen 1 und 3 absehen.

(6) Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Abs. 2) oder von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter

1. sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern, oder
2. freiwillig sein Wissen so rechtzeitig einer Dienststelle offenbart, daß Straftaten, deren Planung er kennt, noch verhindert werden können; erreicht der Täter sein Ziel, das Fortbestehen der Vereinigung zu verhindern, oder wird es ohne sein Bemühen erreicht, so wird er nicht bestraft.

Der § 129 wurde schon immer zur Verfolgung linker politischer Organisationen und ihrer Mitglieder benutzt. So wurden 1878 die "gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" unter 129 verfolgt.

1951 wurde der 129 gegen die "Bewegung gegen die Remilitarisierung der BRD" angewandt.

Nach der Zerschlagung der KPD und ihr nahestehender Gruppen Ende der 50er Jahre wurde der 129 Anfang der 70er Jahre in klassischer Manier gegen die Studentenbewegung eingesetzt.

Die RAF wurde nach 129 verfolgt, ebenso wie Buchhandlungen und Läden in denen "Texte der RAF" erhältlich waren, desgleichen Personen, die weiterhin in der politischen Auseinandersetzung mit den Gefangenen blieben und gegen deren Haftbedingungen kämpften.

1975 wurde auch das Frauenzentrum in Frankfurt unter der Begründung des § 129 durchsucht. Frankfurt war damals ein Zentrum der Frauenbewegung in der BRD. Von dort wurden Busfahrten in holländische Abtreibungskliniken organisiert und massive Öffentlichkeitsarbeit gegen den § 218 betrieben. Der Durchsuchung folgten weder Beschlagnahmen noch Haftbefehle.

1976 wurde der § 129 a eingeführt:

1. § 129 a wird wie folgt gefaßt

"§ 129 a

Bildung terroristischer Vereinigungen

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

1. Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 220a),
2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239a oder des § 239b oder ...

zu begehen oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern, so ist auf Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren zu erkennen.

(3) Wer eine in Absatz 1 bezeichnete Vereinigung unterstützt oder für sie wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.



Er zielte ursprünglich auf die Verfolgung organisierter revolutionärer Gruppen wie RAF und 2. Juni ab. Die Neuschaffung des Begriffs "terroristische Vereinigung" diente dem Staat zum Einen als propagandistisches Mittel: das Wort "terroristisch" sollte sinnlose und äußerste Gewalt assoziieren. Das diente

damals wie heute dazu, breite politische Bewegungen zu spalten, einzelne zu isolieren indem sich breitere Kreise über den Begriff von ihnen distanzieren.

Zum Anderen brachte die Einführung des § 129 a faktische Verschärfungen mit sich:

- Erhöhung des Strafmaßes
- 1977 wurde die Trennscheibe bei Anwalts- und sonstigen Besuchen für alle nach § 129 a Angeklagten oder Verurteilten eingeführt. Im gleichen Zeitraum wurde der Ausschluß von Verteidigern/innen durch die Einführung des Verbots der Mehrfachverteidigung erleichtert
- die Befugnisse der Ermittlungsbehörden, also der Polizei, wurden erheblich erweitert. Das betrifft z.B. Durchsuchungen von Gebäuden, Telefonüberwachung, Überwachung öffentlicher Plätze und Straßen etc.

Ende 1986 wurde der § 129 a nochmals verschärft und erweitert. Das Zerstören von Strommasten, das Inbrandsetzen von Baumaschinen und Fahrzeugen (z.B. Polizei/Bundeswehrfahrzeuge), Schienenblockaden wurden in den Straftatenkatalog eingefügt.

Gleichzeitig wurde der § 130 a wieder eingeführt, der die "Anleitung und Befürwortung" von Straftaten unter Strafe stellt. Geplant ist noch die Schaffung eines § 130 b, welcher die "nur in der Gesamttendenz erkennbare Befürwortung von Straftaten" ahnden soll. Das könnte möglicherweise Satiren umfassen,

sowie Dokumentationen ohne ausdrückliche Distanzierungseinleitung.

Mit dieser Gesetzesverschärfung schafft sich der Staat das Mittel, weite Teile politischer Bewegungen zu kriminalisieren und mit Knast zu bedrohen. Hintergrund dieser Gesetzesänderungen ist, daß die Zahl militanter Aktionen sowie die Bereitschaft, diese als notwendige Widerstandsformen zu akzeptieren, in den letzten Jahren auch in Kreisen, die Militanz für sich selbst ablehnen, stieg.

Ein Beispiel hierfür ist die Anti-AKW-Bewegung.

Militanz wurde wieder selbstverständlicher in die Diskussionen um Widerstandsformen einbezogen.

Anschläge auf Strommasten, Baumaschinen etc. schienen angesichts der AKW-Katastrophe von Tschernobyl einerseits und brutaler Polizeiaktionen bei Demonstrationen andererseits ein legitimer Bestandteil des Kampfes gegen das Atomprogramm zu sein.

Ein Ziel der jüngsten Aktivitäten des BKA ist es, arbeitende Frauengruppen lahmzulegen und von außen eine Spaltung in die Frauenbewegung reinzutragen.

Die Durchsuchungen und Verhaftungen vom 18.12. richteten sich gegen alle Frauen, die sich mit Gen- und Reproduktionstechnologien beschäftigen und radikale Positionen gegen diese Technologien vertreten. Für uns heißt das, diese Diskussionen öffentlich weiterzuführen.

§§§§§§§§§§

PRESSE-ERKLÄRUNGEN und PRESSE-BERICHTE

PRESSEERKLÄRUNG

19.12.1987

der von den Durchsuchungen am 18.12.87 Betroffenen

Am 18.12.87 wurden Räume des Gen-Archivs in Essen und der taz Bochum sowie Wohnungen von mehreren Frauen durchsucht. Das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft haben diese Maßnahmen angeordnet, die sich besonders gegen Frauen richten, die sich kritisch mit Fragen der Gentechnik und deren Anwendung beschäftigen.

Die Durchsuchungen wurden ohne vorliegenden Durchsuchungsbeschluß und mit Maschinenpistolen bewaffnetem, riesigem Polizeiaufgebot durchgeführt.

Es wurden wissenschaftliche Artikel, Ansichtskarten, Broschüren zum Thema, Adressenlisten von Seminaren und auch private Adreßbücher beschlagnahmt.

Häufig wurde den Betroffenen nicht einmal mitgeteilt, weshalb sie durchsucht wurden. Dies konnten sie erst am nächsten Tag der Presse entnehmen. Dort, hieß es, würden Durchsuchungen im Rahmen von Ermittlungen gegen die "Revolutionären Zellen" und deren feministischen Flügel "Rote Zora" vorgenommen. Die "Rote Zora" hat Erklärungen zu Anschlägen auf gentechnologische Einrichtungen veröffentlicht.

Seit dem Frühjahr 1985 der erste Frauenkongreß gegen Gentechnologie in Bonn tagte, nimmt die Diskussion über Zwecke und Ziele der Gen- und Fortpflanzungstechnologie, Humangenetik und Leihmutterschaft nicht nur in der Frauenbewegung einen immer breiteren Raum ein.

Es gibt eine Fülle von Publikationen, die sich kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen und insbesondere darauf hinweisen, daß den Frauen ihr ureigenster Bereich – die Gebärfähigkeit – entzogen werden soll.

- Babys sollen in der Retorte aufwachsen – wozu?
- an toten oder lebenden Embryonen wird herumgeforscht – wozu?
- Frauen sollen einerseits behinderte Kinder austragen, um Spenderorgane zu erzeugen,
- Frauen sollen andererseits behinderte Kinder abtreiben.

Wie in anderen Städten der Bundesrepublik haben auch im Ruhrgebiet in den letzten Jahren Veranstaltungen und Aktionen zu diesem Thema stattgefunden, um darauf aufmerksam zu machen und eine breite Diskussion zu entfachen.

Im Gen-Archiv Essen werden allgemeine, wissenschaftliche, juristische und politische Veröffentlichungen aller Art zu diesem Thema gesammelt.

Frauen aus dem Gen-Archiv werden als Referentinnen von universitären, gewerkschaftlichen und kirchlichen Einrichtungen sowie von Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen eingeladen, um über dieses Thema zu informieren.

Der Generalbundesanwalt benutzt bereits eine Beschäftigung mit diesem Thema als Anhaltspunkt für Ermittlungen im Rahmen des § 129 a (Unterstützung oder Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung) auch unabhängig von irgendwelchen konkreten Taten oder Tatvorwürfen.

Diese Durchsuchungen und überfallartigen Polizeiaktionen dienen dazu, alle diejenigen einzuschüchtern, mundtot zu machen oder zu kriminalisieren, die sich gegen diese Genforschungsmethoden, Forschungs- und Anwendungsvorhaben wenden.

Bundesweite Diskussion wird so zum bundesweiten kriminellen Netz!

Es gibt viele Möglichkeiten, Öffentlichkeit herzustellen und sich zu solidarisieren. Z.B. Veranstaltungen organisieren, Protestbriefe an das Bundes- oder Landesgesundheitsministerium oder an das Bundesministerium für Forschung und Technologie schicken usw.

Wer Näheres über das Gen-Archiv in Essen erfahren will, wende sich an:

Gen-Archiv
Führichstr. 15
4300 Essen 1

PRESSEERKLÄRUNG

Im Rahmen einer bundesweiten Durchsuchungs- und Festnahmeaktion vor allem gegen Frauen und Frauenprojekte wurde das Genarchiv Essen von ca. 15 Beamten des Bundeskriminalamtes und der örtlichen Polizei durchsucht. Die Wohnungen der dort engagierten Frauen wurden zeitgleich durchsucht.

Im Genarchiv als auch in den Wohnungen wurden eine Menge von Papieren "sichergestellt", die sich z.B. mit Humangenetik, Pränataldiagnostik, gentechnologische Forschungsvorhaben usw. beschäftigen.

Arbeitsunterlagen von uns Frauen, wie Vortragsentwürfe, Seminarvorbereitungen, gedruckte Arbeiten, Rundfunk- und Videoaufnahmen wurden beschlagnahmt.

Wir wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die ganze Aktion fand unter einem immensen Aufgebot bewaffneter Polizei statt, die Straße und Hausflur abriegelte. Als Grund für das alles wurde uns lediglich mitgeteilt, daß wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a)" gegen uns ermittelt wurde.

Das Genarchiv Essen ist eine Eigeninitiative von uns Frauen und befindet sich in privat angemieteten Räumen der Führichstraße 15. Dort befindet sich ebenfalls die ärztliche Praxis einer Mitarbeiterin des Genarchivs. Diese Praxis wurde gleichermaßen durchsucht.

Im Genarchiv arbeiten täglich Frauen zu den verschiedenen Bereichen der Gentechnologie, wie Entwicklung in der Landwirtschaft, Medizin, Pharmaproduktion, Virusforschung usw. Wir archivieren hier Pressemitteilungen und recherchieren selbst in Fachpresse und Unibibliotheken. Zu Schwerpunktfragen geben wir Stellungnahmen heraus; hierbei arbeiten wir z.B. mit der Zeitschrift E-colibri zusammen.

Wir stellen unser Material Einrichtungen zur Verfügung, die zu Fragen der Gentechnologie arbeiten. Dies sind unter anderem Frauengruppen von Kirche, Gewerkschaft und Parteien und Bildungseinrichtungen für Lehrer und Jugendliche.

Unser Archiv ist für Einrichtungen und Privatpersonen zu bestimmten Öffnungszeiten zugänglich.

Wir arbeiten bundesweit in Frauenzusammenhängen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Kongresse und Tagungen organisiert, an denen wir mitgewirkt und teigegenommen haben.

Wir lassen nicht zu, daß unsere Arbeit durch diese Polizeiaktion zur kriminellen Tat wird und machen unbeirrt weiter. Wir fordern alle Freundinnen, Benutzerinnen und Sympathisantinnen unserer Arbeit auf (Männer eingeschlossen) unseren Protest zu unterstützen.

z.B. durch Veröffentlichungen in eigenen Medien und Räumen, durch Protestschreiben an die Gesundheitsminister des Bundes und der Länder

KOMMT VORBEI, RUFT AN, SCHREIBT,
NUTZT UNSERE ARBEIT!!!

Genarchiv
Führichstr. 15
43 Essen 1
Tel. 0201/ 74 35 24

taz
DIENSTAG
22. DEZ. 1987

INTERVIEW

„Wir lassen uns nicht einschüchtern“

Die Ärztin und Mitarbeiterin des Essener Gen-Archivs Beate Zimmermann zu der Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion des Bundeskriminalamtes in den Räumen des Gen-Archivs am Freitagabend

taz: Das Gen-Archiv war Gegenstand von Durchsuchungen des BKA. Was ist das Interesse des BKA an euch?

Beate Zimmermann: Ich kann das nur annehmen aufgrund des Materials, was sie mitgenommen haben. Das waren Materialien vor allem aus dem Bereich Humangenetik, Pränatale Diagnostik, über Pharmafirmen, und Forschung von Institutionen, Unterlagen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und ein Ordner aus dem Bereich Widerstand, gegen diese Technologien und Forschungsvorhaben.

Kannst du genaueres zu eurem Gen-Archiv sagen? Wer seid ihr, was tut ihr?

Wir sind eine Gruppe von sechs Frauen und haben die Arbeit schon Anfang 80 angefangen. Wir haben zunächst zusammengetragen, was wir selbst zu dem Thema haben, Zeitungsartikel und so, und haben dann angefangen, verschiedene Themen systematisch zu archivieren. Und sind dann zum ersten Mal auf dem Kongreß zu Frauen und Reproduktionstechnologie in Bonn 1985 an die Öffentlichkeit gegangen. Wir haben jetzt seit Sommer diesen Jahres eigene Räume und stellen dort das Material, was wir sammeln, der Öffentlichkeit zur Verfügung. Wir schreiben und veröffentlichen selbst. Unsere Arbeitsschwerpunkte liegen im großen Bereich Gen- und Reproduktionstechnologien. Dazu ge-

hört nicht nur die Humangenetik und Medizin, sondern auch die ganze Frage der Umweltproblematik, die Virologieforschung, Datenerfassung im Gesundheitswesen, Euthanasie und Drittes Reich beispielsweise.

Und wurde nun eure Arbeit auf den Kieker genommen oder richtet sich die Aktion gegen einzelne Frauen bei euch?

Wir sind alle, die in dem Archiv und für das Archiv arbeiten, von der Durchsuchung betroffen. Und es gibt auch einen bundesweiten Zusammenhang von Frauen, die in dem Bereich arbeiten, dazu gehören auch die Hamburger Frauen, die jetzt betroffen sind.

Das Gen-Archiv finanzieren wir.

Waren unter den beschlagnahmten Sachen Materialien, die auf keinen Fall an die Öffentlichkeit kommen sollten?

Ich fand es auffallend, daß so viel zu pränataler Diagnostik und Humangenetik mitgenommen wurde. Und gerade im letzten Jahr gab es genau darum ja sehr viele Debatten. Ich hab aus Gesprächen herausgehört, daß sie Schriften suchen, wo dazu eine extreme Position, also extreme Ablehnung formuliert ist.

Wie ist eure Position denn genau?

Wir sind kein Verein, der eine einheitliche Position hat. Allerdings versuchen wir darzulegen, daß die neuen Technologien auf einer breiten Ebene erstmal überflüssig sind und dann auch vernichtend, menschenausson-

dernd, ausmerzend, daß sie nicht nur überflüssig sind sondern neue Probleme schaffen. Zur ganzen Frage der Frühdiagnostik, Medizin, haben wir in einzelnen Bereichen unterschiedliche Positionen.

Versteht ihr euch als Teil der autonomen Frauenbewegung?

Wir haben keine einheitliche Geschichte, sondern ganz unterschiedliche. Einige kommen aus Frauengruppen, andere nicht. Und wir machen auch Veranstaltungen mit gemischten Gruppen.

Der Zeitpunkt dieser Aktion — haltet ihr ihn für zufällig?

Den verstehen wir selbst nicht.

Bedeutet die Aktion eine Behinderung eurer Arbeit?

Zumindest ist das versucht worden. Das Haus war stundenlang von bewaffneten Beamten besetzt und Leute mußten sich ausweichen und die Überprüfung abwarten. Das macht in so einem Viertel großen Eindruck. Und die WAZ, die Essener Tageszeitung, hat eine große Überschrift gemacht: „Wohnungen der Roten Zora durchsucht“. Wir haben versucht, das durch Presseerklärungen richtigzustellen.

Und was sind eure Konsequenzen?

Ja, daß wir so weitermachen wie bisher und nicht einschüchtern lassen.

Interview: Gitti Hentschel

„Kriminelle Vereinigung“ Frauenbewegung

Obwohl die Beweise weiterhin fehlen, bleiben Ingrid Strobl und Ulla Penselin in Isolationshaft / Gegen 20 Personen wird ermittelt

Von Ulrike Helwerth

„Ich habe noch nie einen derartig dürrtügig begründeten Haftbefehl gesehen“, meint Hartmut Jacobi, Anwalt von Ulla Penselin. Seit vier Wochen sitzt die Setzerin im Untersuchungsgefängnis Hamburg-Holstenglacis in Isolationshaft; ebenso wie die Journalistin Ingrid Strobl aus Köln, die in die Frauenhaftanstalt München-Neudeck gebracht wurde. Die Bundesanwaltschaft verdächtigt beide nach Paragraph 129a der Mitgliedschaft in den „Revolutionären Zellen“ bzw. in deren feministischem Pendant „Rote Zora“. Ulla Penselin wird die Zugehörigkeit zu einem Kreis von Frauen vorgeworfen, der sich mit Bevölkerungspolitik, Gen- und Biotechnik beschäftigt. Außerdem soll sie sich mit anderen Frauen in einer „konspirativen“ Wohnung getroffen haben. Dort wollen Beamte des Bundeskriminalamts eine Quittung für einen Bananenstecker gefunden haben, wie er für „Anschläge“ benutzt werden könnte, sowie Flugblattreste (Bekennerschreiben!). LötKolben und Lötzinn. Ein konkreter Tatvorwurf muß erst noch ermittelt werden.

„Der Weg vom Lötzinn zum Blödsinn ist ziemlich kurz“, kommentiert Rechtsanwalt Jacobi die Verhaftung seiner Mandantin. Was im Haftbefehl aufgeführt sei, reiche weder für eine Anklageerhebung noch für die Eröffnung eines Hauptverfahrens aus. Er sei „unzureichend und damit rechtswidrig“.

„Tirolerin kaufte Bombenzünder“ (Innsbrucker „Kurier“). „Kein kleines Licht in der Terror-szene“ (Bild). Mit solchen und ähnlichen Schlagzeilen machte sich ein Teil der Presse über die Journalistin Ingrid Strobl her. Am 20. Dezember wurde die gebürtige Österreicherin in Köln, wosie seit acht Jahren lebt, verhaftet. Die Bundesanwaltschaft wirft der langjährigen „Emma“-Redakteurin vor, den Wecker für einen Sprengsatz besorgt zu haben, der am 28. Oktober 1986 in der Hauptverwaltung der Lufthansa in Köln einen Sachschaden von 100.000 Mark verursachte. „Revolutionäre Zellen“ begründeten damals den Anschlag damit, daß sich die Lufthansa zum Hilfspolizisten bei der Abschiebung von Flüchtlingen mache und an der Ausbeutung der „Dritten Welt“, vor allem von Frauen, beteiligt sei, indem sie zum Beispiel mit ihren „Bumsbomben“ Prostituiertouristen nach Manila und Bangkok fliege. Das Verkaufspersonal eines Uhrengeschäfts und die Aufnahmen einer über dem Eingang installierten Videokamera sollen bezu-

Freiheit für Ingrid Strobl und Ulla Penselin!

gen, daß Ingrid Strobl die Käuferin des Weckers war. Ein Fabrikat, so die Bundesanwaltschaft, das von „Revolutionären Zellen“ stets für Sprengsätze benützt würde. Schlußfolgerung der Ermittlungsbehörden: Ingrid Strobl sei der Mitgliedschaft verdächtig, denn „bei dem seit Jahren bekannten und von ihr (den RZ, Anm. d. Red) immer wieder propagierten Abschottungsprinzip der Vereinigung gegen Außenstehende erfolgt der Kauf von Bauteilen für Anschlagsvorrichtungen nur durch Mitglieder“. Eine Behauptung, die bisher in keinem Verfahren gegen mutmaßliche RZ-Mitglieder bewiesen werden konnte.

Seit Februar 1987 wurde gegen Ingrid Strobl ermittelt, und sie wußte durch einen Anruf in der „Emma“-Redaktion vom Verdacht gegen sie. Für sie war das kein Grund, sich der Verfolgung

zu entziehen. Dennoch wurde der Haftbefehl gegen sie mit „Fluchtgefahr“ begründet. Seitdem sitzt sie in München in einer Sicherheitszelle ohne Fenster in Einzelhaft. Die Besuche ihrer Anwältin Edith Lunnebach, der bisher noch nicht einmal Einsicht in die Ermittlungsakten erlaubt wurden, finden hinter Trennscheibe statt. Wegen der „völlig dürrtügigen Haftgründe“ hat Edith Lunnebach nun die Haftprüfung beantragt.

Die Verhaftungen von Ulla Penselin und Ingrid Strobl stehen im Zusammenhang mit den Razzien am 18. Dezember 1987. In einer Großaktion unter Regie des Generalbundesanwalts suchte die Polizei in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets, aber auch in Köln und Hamburg, 33 Wohnungen und Arbeitsplätze heim — darunter auch die Redaktionsräume der taz in Hamburg und Bochum. 23 Personen wurden vorübergehend festgenommen, zahlreiches Material beschlagnahmt. Die Razzien, denen seit Anfang 1987 Observationen und Abhöraktionen vorausgegangen waren, richteten sich gegen vermeintliche Mitglieder der „Revolutionären Zellen“/„Rote Zora“. Konkret zielten sie auf Frauen und Frauengruppen, die in den Bereichen Gen- und Reproduktionstechniken, Bevölkerungs- und Flüchtlingspolitik aktiv sind. Durchsucht wurde u.a. das unabhängige Gen-Archiv in Essen, das seit Jahren umfangreiches Material zum Themenbereich Gen- und Reproduktionstechniken sammelt.

Die Anschläge der „Revolutionären Zellen“/„Rote Zora“ richteten sich u.a. gegen gentechnologische Einrichtungen, gegen Einzelpersonen oder Institutionen, die an der Ausbeutung von Frauen in der „Dritten Welt“ verdienen, gegen Verantwortliche für die staatliche Flüchtlingspolitik. Für den Staatsschutz sind diese Themenkomplexe deshalb „anschlagsrelevant“ und alle, die sich damit kritisch auseinandersetzen und radikale Positionen beziehen, potentielle Mitglieder oder UnterstützerInnen.

Als radikale feministische Journalistin hat Ingrid Strobl häufig zu solchen Themen Position bezogen. Initiativen wie das Essener Gen-Archiv und anderen (Frauen-) Gruppen tragen durch ihre gründliche Arbeit und kompromißlose Ablehnung wesentlich zu den öffentlichen Diskussionen über die Gefahren der neuen Technologien bei.

Gegen rund 20 Personen, darunter eine taz-Redakteurin — laufen Ermittlungsverfahren wegen

Paragraph 129a. Die Bundesanwaltschaft will nämlich das Organisations- und Aktionsprinzip der „Revolutionären Zellen“ respektive „Rote Zora“ herausgefunden haben: Es handele sich um Kreise von Frauen, zwischen denen „enge persönliche Beziehungen“ bestehen und die sich „intensiv“ mit Themen wie Gen- und Biotechnik auseinandersetzen, in offener Form wie durch die Teilnahme an Demonstrationen, bundesweiten Kongressen, durch den Aufbau eines Archivs wie in Essen. Daneben aber würden „unter konspirativen Umständen vereinbarte und durchgeführte“ Treffen stattfinden, wo Diskussionen „militant aufgearbeitet“ und Einrichtungen vorbereitet werden.

Die Begründungen der Ermittlungsverfahren sind alle nach dem gleichen Muster gestrickt. Jeder Beschuldigte wird ein „anschlagsrelevantes“ Thema zugeordnet. In einigen Fällen werden „enge persönliche Beziehungen“ zu anderen Verdächtigten angeführt oder — wie in einem Durchsuchungsbeschluß: „Die Beschuldigte hat ferner an einem Treffen im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft teilgenommen, bei dessen telefonischer Verabredung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist.“

Neu ist diese Vorgehensweise nicht. Mit dem Konstrukt des „Infosystems“ zwischen Gefangenen der RAF und ihren Anwälten, dem später die „legale RAF“ folgte, wurden bereits früher bestimmte politische Zusammenhänge kriminalisiert. Letztes Jahr wurde der Paragraph 129a anderen politischen Zusammenhängen wie der Anti-AKW- und der Hausbesetzerbewegung angepaßt. Das Fällen von Strommasten, Abfackeln von Baumaschinen, Blockieren von Munitionstransporten etc. wurde gleichgesetzt mit Völkermord, Mord und Totschlag. Aber nicht nur die Tat wird kriminalisiert, sondern bereits die Diskussion über diese Form des Widerstands.

Neu ist das Ausmaß der Verfolgung von Frauenzusammenhängen. Frauengruppen und -initiativen aus der ganzen Bundesrepublik haben sich mit den Gefangenen solidarisiert und die Konsequenzen dieser neuen Verfolgungsstrategie für ihre Arbeit deutlich gemacht. Im Ruhrgebiet, Köln und Hamburg wächst zwar der Kreis der UnterstützerInnen. Aber immer noch sind der Protest und der öffentliche Druck viel zu gering.

Scharfsinnig, bissig, provokant

setzt die Journalistin Ingrid Strobl kritische Akzente

„...und vergiß bitte als Berichterstatlerin über den Trubel mit mir nicht die andere Frau, die sie in Hamburg verhaftet haben...“ Typisch Ingrid Strobl, wie ich sie auch als 'Emma'-Redakteurin kenne: gelernt habe; nicht nur, daß sie mir ohne Larmoyanz und Selbstmitleid in einem Brief aus der Untersuchungshaft ihre Situation schildert, sondern daß sie sich auch dort noch Gedanken über andere macht. Und dabei bezeichnet ihre Anwältin Edith Lunnebach ihre Haftsituation in München-Neudeck als „sehr mies“. „Ich sitze hier allein auf einem Flur, alle anderen Zellen rechts und links sind leer, kein Fenster, sondern hoch oben (das Gebäude ist sehr alt) Milchglas mit einer kleinen Blechkappe zum Kippen, dadurch soll theoretisch Luft reinkommen... Davor ist kleindurchlöcheres Blech — nicht etwa LUFT!... Einzelhofgang sowieso, Anwaltsbesuch mit Trennscheibe...“, schreibt Ingrid Strobl.

Nach Einschätzung von Edith Lunnebach verbucht sie diese Inhaftierung als „Lebenserfahrung“ und versucht, daraus Schlüsse zu ziehen — nützlich vielleicht für ihre weitere Arbeit als freie Autorin. Ihre Arbeit — das war im letzten Jahr für die 35-jährige vorwiegend die Vorbereitung des Buchs „Sag nie, du gehst den letzten Weg: Die Teilnahme von Frauen am bewaffneten Widerstand gegen Faschismus/Deutsche Besatzung“. Es soll demnächst bei Fischer erscheinen. Laut Vertrag muß sie das Manuskript Ende Februar abliefern: ein Termin, der durch die Inhaftierung gefährdet wird. Nach sieben Jahren Arbeit als Redakteurin hat sie dort Ende letzten Jahres gekündigt. Der wesentliche Grund: Sie wollte „endlich mal wieder noch schreiben“ und sich ganz auf ihre Interessenschwerpunkte konzentrieren, zu denen u.a. die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die

Haltung bzw. das Verhalten der Frauen in dieser Zeit gehören.

Allerdings erzählte sie mir auch, sie habe für eine Weile die Nase voll von den vielen Auseinandersetzungen mit Frauen und -gruppen, die von ihr als Redakteurin Erklärungen, Stellungnahmen für Veröffentlichungen oder Nicht-Veröffentlichungen forderten, und die sie teilweise als engstirnig und kleinkariert empfand. Klar, daß sie bei 'Emma' für alle Themen zuständig war, also auch für diejenigen, die einem Staatsanwalt besonders verdächtig oder „anschlagsrelevant“ scheinen mögen. Hervorgetan hat sie sich allerdings als scharfsinnige und provokante Analytikerin, die sich in der feministischen und linken Szene gleichermaßen gut auskennt und kein Blatt vor den Mund nimmt. Insbesondere hat sie sich als entschiedene Anti-Biologin mit bissiger und frecher Schreibe mit Strömungen der Frauenbewegung angelegt, die Frauen von Natur aus als die besseren oder friedfertigeren Menschen präsentieren wollen und die „neue Weiblichkeit“ feiern.

Auch als Literatur- und Kunsttheoretikerin setzt sie klare Akzente. Zum Beispiel entlarvte sie die von vielen als feministisches Kunstwerk gefeierte „Dinner-Party“ von Judy Chicago als bestenfalls „ordentliches Kunsthandwerk“, der Schriftstellerin Christa Wolf warf sie respektlos und in schnodderiger Weise bei deren Buch „Störfall“ die Einbuße ihres Urteilsvermögens vor, weil sie damit „selbstmitleidige Tagebücher“ veröffentlicht habe.

Falls Ingrid Strobl noch länger im Knast bleiben muß, hofft sie, an ihrem Buch weiterarbeiten zu können. Ansonsten, schreibt sie, „fresse ich mich durch die Knastbibliothek, das macht die Lektüre etwas willkürlich, zum Teil aber auch ganz witzig“.

Gitti Henschel

MONTAG, 18/1/88 taz

Für Post und Spenden:

Ingrid Strobl
c/o Dr. Gerlach; BGH
Postfach 2720
7500 Karlsruhe
oder
Frauenjustizvollzugsanstalt
München-Neubuck
UnterstützerInnenkonto:
Peter Neff
PSchA Köln

BLZ.: 370 10050
Nr. 234 81-506
Ursula Penselin
Untersuchungsgefängnis
Holstenwall
2000 Hamburg 36
UnterstützerInnenkonto:
J. Bayer
Hamburger Sparkasse
(Haspa), Kto-Nr. 1206484931
Stichwort: 18.12.87

Auftrag: **DURCHSUCHEN UND VERHAFTEN!**

Durchführung: **BUNDESKRIMINALAMT**

Betroffen: **INGRID STROBL, ULLA P.**

UND: FRAUENWIDERSTAND GEGEN GEN- UND
REPRODUKTIONSTECHNOLOGIE • KRITIKER/INNEN DES
PROSTITUTIONSTOURISMUS • WIDERSTAND GEGEN ABSCHIEBEPOLITIK
VON FLÜCHTLINGEN • KRITISCHE JOURNALIST/INNEN •
HAUSSETZER/INNEN

INFORMATIONSVORANSTALTUNG

zur Durchsuchungs- und Verhaftungswelle vom 18.12.1987
ORT: STUDIOBUHNE, Universitätsstraße 16, 5000 Köln
ZEIT: Freitag, 22.1.1988, 19.30 Uhr

Ein „Anschlagsrelevantes“ Thema

Kriminalisierung der Frauenbewegung, neue Qualität im Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat — seit den dezentralen Razzien und der Verhaftung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl kursieren in der Szene die Einschätzungen. Hat sich die Frauenbewegung radikalisiert oder nur die Bundesanwaltschaft?

Die Frauenszene, die aus ihrer Ablehnung der Gen und Reproduktionstechnologien nie Hehl gemacht und laut über Formen des Widerstands nachgedacht hat, existiert nicht erst seit ein paar Monaten; auch die Aktionen und Anschläge der Roten Zora haben bereits Tradition. Ebenso die Sympathie für die „Schwesternorganisation“ der Revolutionären Zellen. Innerhalb der Frauenbewegung mangelt es zwar nicht an unterschiedlichen politischen Konzepten, zwischen Parlamentssitzung, dem Gang zum Bundesverfassungsgericht und dem „trikontinentalen antiimperialistischen Frauenkampf“ ist Raum für vielerlei Strategie und mannigfachen Streit. Die Aktionen der Roten Zora aber sprechen auch Frauen an, die mit ihrer Analyse nicht übereinstimmen. Denn die Rote Zora hat ihren festen Platz im Gefühlshaushalt: Es ist die Sympathie für Mut und List, es ist der Stolz auf eine erfolgreiche Frauenbande, die den Herrschenden wenigstens ein bißchen das Fürchten lehrt.

Daß es die Rote Zora gibt, daß es eine militante Frauenszene gibt, daß es die Sympathien gibt und vielfältige und informelle Zusammenhänge — all das ist dem Staatsschutz schon länger bekannt. Über

„Feministische Rollkommandos“ zerbrach man sich schon vor Jahren den Kopf; gegen eine autonome Frauenzeitschrift, die Anschlagserklärungen der Roten Zora veröffentlicht hatte, wurde mit dem Paragraph 129a (Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung) ermittelt.

Offenbar aber hatte die Bundesanwaltschaft nach ihrer Logik aufgrund des novellierten Paragraph 129a erst jetzt genügend „Beweismaterial“ für eine Großaktion.

Und was ist dabei herausgekommen? Bei Ulla Penselin wird bis heute keine einzige konkrete Tatvorwurf erhoben, für Verhaftung und Isolationshaft reicht der Vorwurf der „angeblichen Mitgliedschaft“. Bei Ingrid Strobl ist es ein ominöser Weckerkauf. Um sich ein Ermittlungsverfahren einzuhandeln, genügt in einem Fall die Bekanntschaft mit einer der Verdächtigten, „konspiratives“ Verhalten (das Treffen mit Freundinnen in dem Hinterzimmer einer Gastwirtschaft!) und schließlich die Auseinandersetzung mit „anschlagsrelevanten“ Themen. Wieviele Frauen arbeiten zu „anschlagsrelevanten“ Themen? Wird demnächst auch der Paragraph 218 mit dem Prädikat „besonders anschlagswürdig“ versehen? Steht jetzt der große Schlag gegen die Frauenbewegung an?

Nein, aber weitere Aktionen wie im Dezember sind zu erwarten, die einschüchtern und verunsichern und die Sympathie aus den Herzen treiben soll.

Helga Lukaschat

Brief von Ulla

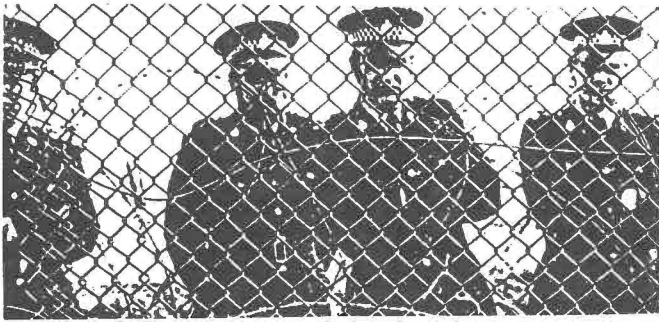
Ich höre, ihr wollt wissen, wie es mir so geht.

Ich habe mich selten so wenig einsam, so zusammengehörig mit euch gefühlt, wie jetzt. Ich weiß nicht, wie es ohne euch wäre – im Moment kann ich sagen, es geht mir gut (wie heißt es doch, den Umständen entsprechend).

Ich kriege viel mit. Mit all der Post ist schon ein ganzer Ordner gefüllt, immer mal wieder kommen Leute an die Mauer, rufen, singen. In der TAZ finde ich Grüße, Ankündigungen zu Veranstaltungen und Demos (allerdings wenig Infos um das ganze drumherum). LeserInnen schreiben Briefe, Gedichte. Das alles zusammen ist persönliche und politische Ermutigung. Geschichten aus dem Alltag und das Wissen, daß es draußen (und erst recht!?) an den Inhalten weitergeht, gibt mir Kraft, macht Mut – ist einfach toll!

„Solidrität ist eine Waffe“ ist kein Propagandaspruch, sondern heißt Leben – unser Leben – auch im Knast.

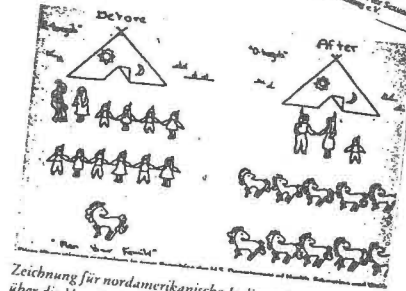
Gleichzeitig auch Realität der Isolationshaft – wenn sie meinen Kopf auch nicht besetzt hält. 23 Stunden am Tag in 26,22 m³ (steht draußen an der Zellentür). Raus nur bei Besuch, zum Duschen (alleine) und für die Stunde Hofgang pro Tag (alleine). Jeder Wortwechsel mit irgendeiner Gefangenen soll verhindert werden. Gelegenheit dazu gibt es wenig: vielleicht auf dem Flur, wenn ich irgendwo hingebraucht werde oder beim Hofgang vorm Haus, wenn eine am Fenster ist. Dann drohen der vorzeitige Abbruch der sog. Freistunde und infolgedessen Disziplinarstra-



fen, wie z.B. Sperrung des Hofgangs für eine Zeit. Das alles ist erstmal unabhängig von Inhalten, egal ob „Guten Morgen“, „Wie heißt du?“, „Hast du die Demo gestern gehört“, Welches Buch liest du gerade?“ oder „Das wollen sie doch gerade bezwecken, daß wir uns ducken“. Selbst solche Bruchstücke, weit entfernt von Gesprächen, haben hier eine immense Bedeutung für uns!

Das verordnete Schweigen durchbrechen, nicht mundtot sein. Um diese Bedeutung wissen sie auch!

Zur Zeit komme ich zum Hofgang nicht mehr auf den Platz vorm Haus (immerhin ein bißchen Rasen mit nem Plattenweg drumherum, Möglichkeit zu laufen und eben die Fenster), sondern etwas weiter weg auf einem kurzen Stück Kopfsteinstraße, zwischen toren, auf einer Seite ca. 5 Meter hohe Mauern, an der anderen Seite Hauswand, eine Schlucht. In der Zelle laufen geht nicht, wenigstens einmal am Tag den Kreislauf ankurbeln. Auf diesem Plätzchen ist alles voll mit Taubenscheiße, weil die Typen dort Brotreste und ähnliches aus dem Fenster schmeißen (ich versuch die Tauben zu beschwören, daß die Bewacherin auch mal was auf den Kopf kriegte). Und in der Begründung für diesen Ortswechsel kommt dann klar zum Ausdruck, daß es nicht nur abstrakt darum geht, unseren Mund zu verschließen, sondern besonders auch den Kontakt zu den anderen § 129 a Gefangenen, hier ist es Barbara Ernst, zu verhindern.



Dieses Abschneiden von jedweder gewohnten und lebensnotwendigen Auseinandersetzung wird mit den verschiedensten Mitteln, natürlich auch in bezug auf die Kontrolle nach draußen, durchgezogen. Besuche von FreundInnen sind überwacht und mit Trennscheibe.

Anwaltsbesuche auch durch die Scheibe, die Post wird verschleppt (Postwege bis 14 Tage), Briefkontrolle (auch Anwaltspost), ständige Beschlüsse vom BGH über Nichtaushändigung von Post (z.B. Flugblätter und Zeitungsartikeln), da wird dann ungehemmt aus einer Broschüre rausgerissen. Im Moment werden dauernd Kopien nicht ausgehändigt, (unabhängig vom Inhalt, z.B. Liedtexte, damit ich mal einen Text zu Ende weiß und vor mich hinsingen kann). Das wäre z.B. eine massive Behinderung bei der Versorgung mit Material für eine längerfristige thematische Arbeit, denn es steht eben nicht alles wissenswerte in Büchern, von denen ich jeweils 20 auf der Zelle haben kann.

Es gibt so viele Grenzziehungen, und ständig stößt du auf neue. Ein täglicher Kampf dagegen an, und gleichzeitig der Zwang, damit umgehen zu lernen. Du mußt z.B. einfach akzeptieren, daß du so gut wie nichts bekommst, ohne nen schriftlichen Antrag (höchstens das Antragsformular), aber diesen Antrag dann auch schreiben und nicht locker lassen, da könnte wohl jeder Gefangene Romane drüber schreiben.

Und das heißt für euch auch: die Grenzen immer wieder ausprobieren, sich nicht selber begrenzen (neue Luftballons habe ich mit der Post gekriegt und meine Querflöte bekomme ich auch, das hätte ich beinahe nicht beantragt, das wird sowieso nichts ...)

Eine Haftbedingung ist noch zu erwähnen: eine beabsichtigte „Isolation von mir selbst“: keine eigene Kleidung.

Was noch? Es fehlen tausend Kleinigkeiten, die den Knastalltag bestimmen, die sich – manchmal – unversehens zu einem Berg auftürmen, wenn ich gerade denke, auf halbwegs sicherem Terrain zu sein. Das treibt manchmal die Tränen in die Augen – ausgeliefert sein – Wut, aber keine Entmutigung.

Seid alle ganz lieb begrüßt und laßt auch ihr euch nicht beirren

Ulla
UG Hamburg

DER FALL INGRID STROBL

„Eine Frau des Wortes“

Sie ist 35, hat Germanistik studiert, über „Rhetorik im Dritten Reich“ dissertiert und sich als Journalistin einen Namen gemacht – Ingrid Strobl aus Innsbruck. In den Augen deutscher Terrorfahnder ist sie eine Terroristin und Attentäterin. Von Sigrid LÖFFLER

Im Vorweihnachtstrubel ist die Sache fast völlig untergegangen. Die Aufmerksamkeit der Medien war gering. Am 23. Dezember 1987 fand sich in einigen wenigen österreichischen Zeitungen eine kurze Agenturmeldung. „Österreicherin unter Terrorismusverdacht.“ Als einzige Informationsquelle wurde der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann in Karlsruhe angeführt.

Demnach ist am Sonntag vor Weihnachten in Köln die 35jährige Schriftstellerin Ingrid Strobl aus Innsbruck wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie auf Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag verhaftet worden.

„Kurier“ und „Tiroler Tageszeitung“ hielten distanzierende Fragezeichen für angebracht. „Kaufte Tiroler Autorin Bombenwecker?“ fragte das eine Blatt. „Hat die Innsbruckerin Dr. Ingrid Strobl Kontakte zu deutschen Terroristenkreisen?“ das andere.

Die „Tiroler Tageszeitung“ schob anderntags, am 24. Dezember, noch ein bißchen „Human Touch“ nach: „Eltern verzweifelt: Gehörden geben keinerlei Auskunft über verhaftete Tochter.“ Das Blatt hatte Erkundigungen im Familienkreis eingeholt („Die Eltern sind erschüttert und am Boden zerstört“) und Freunde befragt und resümierte seinen Eindruck: „Die Eltern – und auch andere Bekannte Ingrid Strobels – können es nicht glauben, daß die Frau tatsächlich an kriminellen Machenschaften beteiligt war.“

Der „Kurier“ zitierte die „Emma“-Herausgeberin Alice Schwarzer mit einem Dementi. „Ingrid ist keine Frau der Gewalt, sondern eine Frau des Wortes“, sagte die Gründerin des feministischen Monatsmagazins über die langjährige „Emma“-Redakteurin Strobl.

Ganz anders die „Krone“. Die schrieb, ohne Quellenangabe: „Der Tirolerin wird vorgeworfen, eines der führenden Mitglieder der Terrorgruppe ‚Rote Zora‘ zu sein.“

Wer diesen Vorwurf erhoben haben soll, wußte das Kleinformat nicht mitzuteilen.

Danach war Heiliger Abend. Kein Wort mehr zum Fall Strobl. Und nach Weihnachten gab's anderes zu melden.

Wer Genaueres wissen wollte, der mußte sich an bundesdeutsche Zeitungen halten. Die wußten anderes zu berichten. Ihnen zufolge wurde am Freitag vor Weihnachten – also am 18. Dezember – auf Veranlassung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden (BKA) in der BRD eine bundesweite Fahndungs- und Durchsuchungsaktion durchgeführt. Mehr als 300 Beamte von BKA und lokaler Polizei filzten Wohnungen, Büros und Betriebe. Insgesamt wurden 33 Objekte durchsucht, vor allem im Ruhrgebiet und in Hamburg, aber auch in Köln, Hannover und Düsseldorf.

Wo niemand öffnete, dort verschafften sich die Fahnder selber Zutritt. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten brachen etwa die Tür der Bochumer Redaktion der links-alternativen „Tageszeitung“ (taz) auf und durchsuchten Archiv, Schreibtische, Schränke und Regale. Auch das Hamburger Redaktionsbüro der „taz“ wurde heimgesucht, desgleichen das sogenannte „Gen-Archiv“ in Essen, eine autonome feministische Dokumentationsstelle, die wissenschaftliches, juristisches und politisches Material zum Thema Gentechnologie sammelt.

Zum Teil ohne Wissen der Betroffenen und gewaltsam drangen Beamte auch in Dutzende Privatwohnungen ein und durchsuchten sie. So etwa die Wohnung der Journalistin Strobl in der Kölner Altstadt oder die Wohnung der 36jährigen Ulla Penselin, Beruf: Druckerin, in Hamburg.

23 Personen standen auf der Fahndungsliste des BKA. Soweit sie angetroffen wurden, konnten sie nach mehrstündiger erkennungsdienstlicher Behandlung die Polizeiwache verlassen. Gegen sie wird nach dem Terrorparagrafen 129a (Bildung einer kriminellen Vereinigung) ermittelt. Penselin und Strobl wurden verhaftet. Die Bundesanwaltschaft verdächtigt beide der Mitgliedschaft in den „Revolutionären Zellen“ bzw. in deren feministischem Pendant „Rote Zora“.

Ein Umstand der Großfahndung fällt besonders auf: Die vorweihnachtliche Razzia zielte fast ausschließlich auf Frauen. Und zwar auf Frauen, die sich öffentlich kritisch mit Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Frauenhandel und Sexismus beschäftigen, die sich in Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik engagiert haben und der Asylantenpolitik der Bonner Bundesregierung kritisch gegenüberstehen. „Zum erstenmal“, heißt es im Info-Blatt einer Hamburger Frauengruppe, „richtet sich eine BKA-Aktion gegen einen Teil der Frauenbewegung. Dieser Teil der Frauenbewegung hat es geschafft, die Frauen- und Menschenfeindlichkeit der Gentechnologie und Bevölkerungspolitik bewußt zu machen. Damit soll ein Teil der radikalen Kritikerinnen isoliert und kriminalisiert werden.“

Ein Teil der Presse war mit Abstempeln



Beim Zehn-Jahres-Jubiläum hatte die „Emma“-Redaktion noch leicht lachen – inzwischen sitzt Ingrid Strobl (l.) in Isolationshaft

lungen gleich zur Hand. Bei Penselin und Strobl handle es sich um „Feierabend-Terroristinnen“ – um Frauen, die „möglicherweise ein Doppelleben“ führten (so „Bild“). Die Setzerin aus Bielefeld und die Journalistin aus Innsbruck wurden kurzerhand jener weiblichen Stadtguerilla zugeordnet, die sich selber „Rote Zora“ nennt und für die bundesdeutschen Terrorfahnder bislang nicht recht greifbar wurde – wiewohl ihre Spuren seit Jahren unübersehbar sind.

Seit 1974 macht die „Rote Zora“ mit Attentaten auf sich aufmerksam. Sie versteht sich selbst als Frauenableger der sogenannten „Revolutionären Zellen“ und nennt sich nach einem vielgelesenen Jugendbuch von Kurt Held aus dem Jahr 1941 („Die rote Zora und ihre Bande“),



Eine Germanistin, Schreiberin und Katzenfreundin – für das BKA führte Strobl das Doppelleben einer „Feierabend-Terroristin“

worin ein wildes Mädl in Dalmatien wie ein weiblicher Robin Hood die Reichen bestiehlt und den Armen hilft.

Als „Frauenbefreiungsbewegung“ bezeichnen sich die Guerillafrauen in einem Selbstdarstellungspapier, das sie 1984 anonym der „Emma“ zuspielten.

Ihr Zweck: „Militante Gegenwehr“ gegen die „schreienden Ungerechtigkeiten, denen Frauen ausgesetzt sind“, aber auch „Ausländer und Minderheiten“.

Ihre Strategie: „Antisexistischer Kampf mit sozialrevolutionärer Perspektive.“

Ihre Position: „Wir sind Teil der Frauenbewegung, wir führen den Kampf um Frauenbefreiung.“

Ihre Spezialität: Brand- und Sprengstoffanschläge gegen das Eigentum von Frauenausbeutern.

In der Walpurgisnacht 1977 gab's einen Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der

Bundesärztekammer in Köln („Vertreter der Vergewaltiger in weißen Kitteln“ laut gefundenem Flugblatt). In den Büros von Genforschern in Köln, Berlin und Münster wurde gezündelt, ihre Akten wurden geklaut, ihre Betriebsgeheimnisse zirkulierten in der alternativen Szene.

Mit Vorliebe wurden Pornoläden, Sexboutiquen, Mädchenhändler und Eheanbahnner attackiert, die mit Billigfrauen aus der Dritten Welt in Deutschland ihren Handel treiben. Besonders die Frauenhändler, die gegen 10.000-Mark-Provisionen deutschen Männern Exotinnen mit „Typenübersicht“ und zum „Ausprobieren“ anliefern (Werbespruch: „Die Kosten sind bald amortisiert, denn fernöstliche Mädchen rauchen und trinken nicht“), sind der „Roten Zora“ ein Dorn im Auge.

Mehrfach gab es Anschläge gegen diese modernen Sklavenhändler. In München flog 1983 der Bus vor der Villa eines Thaimädchen-Händlers in die Luft; in Köln wurde das Auto eines anderen Frauenvermittlers in Brand gesteckt; in Bonn wurde das philippinische Konsulat, das derartige Geschäfte unterstützte, angegriffen.

Auch Firmen bekamen die Anschläge der feministischen Attentäterinnen zu spüren, so etwa Siemens oder die Computerfirma Nixdorf. (Begründung: „Bei der Produktion dieser Elektronik werden die Frauen der sogenannten Dritten Welt regelrecht verschlissen. Mit 25 sind sie total kaputtgearbeitet, ausgerangiert.“)

In neun bundesdeutschen Filialen des Diskont-Kleidermarktes „Adler“ wurden im vergangenen August Brandsätze gelegt – aus Protest gegen die „beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen“ der rund 3200 „Adler“-Arbeiterinnen in Südkorea und Sri Lanka. Der Textilkonzern bezifferte seinen Schaden auf umgerechnet rund 250 Millionen Schilling und bescherte den Guerilla-Frauen übrigens einen politischen Erfolg. Die während eines Streiks entlassenen Arbeiterinnen in einer südkoreanischen Niederlassung des Konzerns wurden wieder eingestellt, die Löhne dort erhöht.

Außerdem rühmt sich die „Rote Zora“, sie habe „ein bißchen den Nulltarif eingeführt“ – indem sie nachgedruckte, fast echte Nahverkehrsfahrscheine im Ruhrgebiet verteilte.

Bisher haben die rabiatischen „Zora“-Frauen bei ihren Anschlägen darauf geachtet, daß nur Sachen, aber keine Menschen zu Schaden kommen. In der „Emma“ gaben sie zu Protokoll: „Es gibt zig Aktionen, die wir wieder verworfen haben, weil wir die Gefährdung Unbeteiligter nicht hätten ausschließen können.“

Aber wer ist „wir“?

„Wir sind Frauen zwischen 20 und 51“, heißt es in dem Selbstdarstellungspapier, das „Emma“ abdruckte, „einige von uns verkaufen ihre Arbeitskraft auf dem Markt der Möglichkeiten, einige nehmen sich, was

sie brauchen, andere sind noch nicht durchs soziale Netz gefallen. Einige haben Kinder, viele andere nicht. Manche Frauen sind lesbisch, andere lieben Männer. Wir kaufen in ekelhaften Supermärkten, wir wohnen in häßlichen Häusern, wir gehen gerne spazieren oder ins Kino, wir leben im Widerspruch. Aber nach gelungenen Aktionen freuen wir uns riesig.“

Für die Fahndungsbehörden ist die „Rote Zora“ eine fortdauernde Blamage – ungreifbar, weil in der Legalität lebend und in der Illegalität attackierend. Im Gegensatz etwa zur „Roten Armee Fraktion“ (RAF), deren Mitglieder im Untergrund leben, scheinen sich die „Zora“-Frauen durch bürgerliche Existenz zu camouflieren.

Offenbar ein wirksames Mimikry: Obwohl sich die Guerilla-Frauen zu mehr als 30 Brand- und Sprengstoffanschlägen bekannt haben, gelang es den Fahndern nicht, irgendein Gruppenmitglied zu fassen.

Die lange Erfolglosigkeit der Terrorfahnder, so meinen manche deutsche Zeitungen, sei das Motiv für die vorweihnachtliche Großbrazzia unter politisch engagierten Frauengruppen. Auf Teufel komm raus sollte noch schnell vor Jahresende so etwas wie ein Fahndungserfolg produziert werden. Zitiert wird ein Fahnderausspruch: „Wir befinden uns in einer Situation wie ein Unternehmen, das das ganze Jahr rote Zahlen geschrieben hat und plötzlich doch noch in letzter Minute einen Jahresgewinn ausweisen kann.“

Wobei der Gewinn, der hier verbucht werden soll, vielleicht noch gar nicht gemacht ist. Die Verdächtigungsmethode, nach der eine Vielzahl im außerparlamentarischen Bereich politisch aktiver Frauen in Terrornähe gerückt wird, bedient sich eines sprachlichen Tricks. Die Zauberformel heißt „Anschlagsrelevanz“.

Verdächtig ist, wer sich als Frau bei „anschlagsrelevanten“ Themen engagiert. Wer als Kritikerin des Prostitutionstourismus hervorgetreten ist, vielleicht in einer Frauengruppe dagegen protestiert hat, ist nach dieser Logik a priori suspekt; ebenso, wer gegen die Abschiebepolitik von Flüchtlingen öffentlich demonstriert oder angeschrieben hat. Schließlich werden beide Themen des öfteren von Attentätern zur Rechtfertigung von Anschlägen herangezogen.

Beispielsweise haben sich im Oktober 1986 zu einem Bombenanschlag auf die Lufthansa-Hauptverwaltung in Köln, bei dem etliche Fenster zerbarsten und ein 10-Zentimeter-Loch in der Außenwand entstand, die „Revolutionären Zellen“ bekannt – mit der Begründung, die Fluglinie profitiere von der „Abschiebepaxis von Asylanten“, von „Bumsbomben“ nach Bangkok und Manila sowie von den Frachtkosten von Waren aus Billigländern. Und hat sich nicht die Journalistin Strobl in Köln für abschiebungsbedrohte Türken engagiert?

Nicht weniger „anschlagsrelevant“ erscheint nach dieser Fahnderlogik der Frauenwiderstand gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologie. Dieser Widerstand hat sich zwar vor drei Jahren bei einem internationalen Frauenkongreß in Bonn gegen die Gefahren der Gentechnik zum erstenmal massiv artikuliert. Er formiert sich mittlerweile zwar in vielen Frauengruppen als Protest gegen Genmanipulation und vorgeburtliche Diagnostik, gegen die Gefahren der Embryoverwertung und der Menschenzüchtung. Er macht zwar das Genarchiv in Essen, das von autonomen Frauen in Eigeninitiative geführt wird, zu einem Zentrum der Aufklärungs- und Bildungsarbeit in Fragen der Humangenetik oder der Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt.

Aber der gleiche Widerstand besetzt auch die Militanten, etwa die „Rote Zora“, bei ihren Attacken auf Genforschungslabors.

Und eine politische Meinung, die von Terrorgruppen geteilt wird, macht sich im neuen deutschen Fahndungsklima automatisch verdächtig. Aus der Gleichheit der politischen Anliegen konstruieren die Terrorfahnder in ihrem Erfolgsnotstand gleich auch eine potentielle Übereinstimmung in den politischen Methoden.

Zumindest geistige Mittäterschaft an illegalen Operationen wird damit legalen Frauengruppen unterstellt. Und hat nicht die „Rote Zora“ in der „Emma“, wo Ingrid Strobl sieben Jahre lang Redakteurin war, ein Selbstverständnispapier veröffentlicht? Überhaupt: Was Ingrid Strobl denkt, konnte man jeden Monat in der „Emma“ nachlesen. Das reichte vom Engagement für die Palästinenser bis zur Parteinahme gegen Mädchenhandel und Ausbeutung von Dritte-Welt-Frauen. Kurz: lauter „anschlagsrelevante“ Themen.

Wobei als gesetzliche Generalhandhabe bei der vorweihnachtlichen Großrazzia der erst vor einem Jahr verschärfte Terror-Paragraph 129 a dienlich ist (Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung).

Dieser neugefaßte Paragraph gestattet den Ermittlern den extensiven Zugriff auf fundamentalkritische Kreise und rechtfertigt die meisten Versuche, das Protestmilieu auszuforschen und gegen die Szene der Unangepaßten mit dem Verdacht des terroristischen Gewalttätertums vorzugehen.

In diesem Licht muß nahezu jede außerparlamentarische Betätigung wie das Werk von Terroristen erscheinen. Weshalb die erweiterte Terroristen-Gesetzgebung sogar vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels kritisiert wurde. Nach Meinung des Schriftstellers und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann dienen diese Strafrechtsverschärfungen „in Wirklichkeit der Disziplinierung der Bürger und kritischer Gruppen“.

Ingrid Strobl, die kritische Journalistin, ist in die Paragraph-129-a-Maschinerie voll hineingeraten.

Das Wochenende vor Weihnachten brachte die Wahlkölnerin auswärts. Nur ihre Katze Dumsti war anwesend, als sich Polizeibeamte am Freitag, dem 18. Dezember, nachmittags zu dem 2-Zimmer-Appartement in der Kölner Benesisstraße Zugang verschafften, alles durchstöberten und allerlei persönliche Papiere und Adreßverzeichnisse, aber auch Schlüssel und sogar Schmuck mitnahmen. Sie hinterließen einen Zettel, Ingrid Strobl möge sich nach ihrer Rückkehr bei den Ermittlungsbehörden melden.

Aber tags darauf gab es neuerlich uneingeladenen Besuch in der Strobl-Wohnung. Diesmal waren es bewaffnete Männer der

Spezialeinheit GSG-9, die im Schichtwechsel Tag und Nacht das Appartement besetzt hielten, bis die nichtsahnende Eigentümerin am Sonntagabend heimkehrte.

Aus der Haftanstalt München-Neudeck hat Ingrid Strobl den „Emma“-Redakteurinnen brieflich die Szene geschildert: „Da kommt kein Schimmi-Tatort mit. Ich hatte den Schlüssel noch nicht ganz im Schloß, als wie im Märchen die Tür sich von selbst öffnete. Ein ganzer Haufen junger, durchtrainierter Männer sprang auf mich zu. Die schwenkten MPs um meinen Kopf wie bei einem archaischen Kriegstanz, blendeten mich mit irgendeiner Speziallampe und schrien: ‚Hände hoch!‘ Dann wurde ich nach imaginären Waffen durchsucht, bekam Handschellen angelegt und mußte mich an meinen Schreibtisch setzen, ►►



Brandstiftung beim Textilkonzern Adler durch die „Rote Zora“ – „Nach gelungenen Aktionen freuen wir uns riesig“

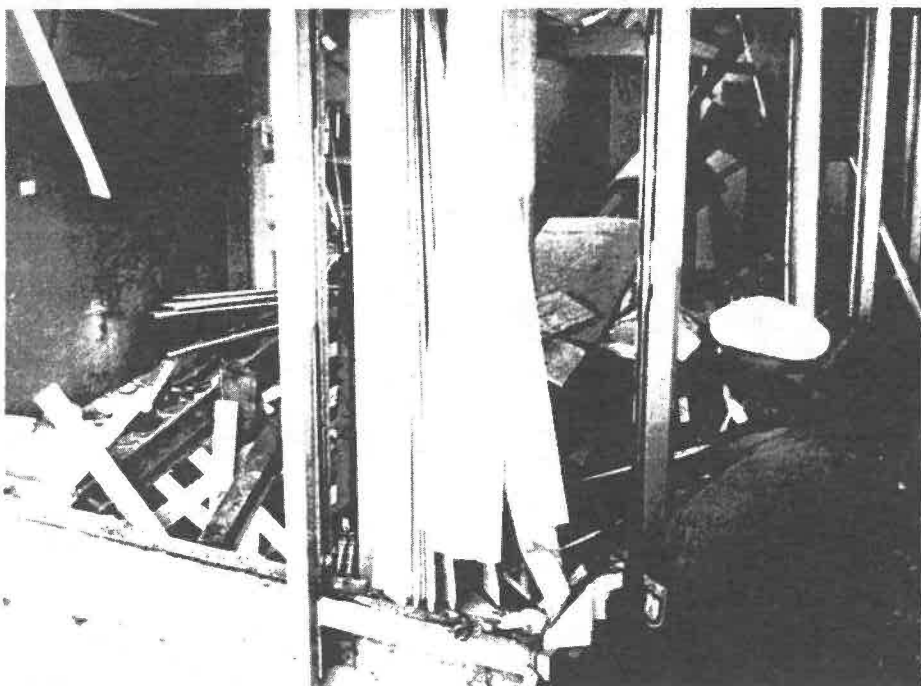


Foto: dpa

Bombenanschlag auf die Lufthansa-Zentrale in Köln als Rache für Bumsbomber und abgeschobene Flüchtlinge

► während noch mehr von diesen jugendlichen Helden durch die Wohnung wuselten. Zu meiner größten Freude erzählten sie mir schließlich, daß Dumsti ordentlich gefaucht hat, als sie die Wohnung besetzten.“

In der Münchner Haftanstalt sitzt Ingrid Strobl seither unter den Sonderbedingungen des § 129a ein – und das heißt Einzelhaft in einer Sicherheitszelle ohne Fenster, vollkommene Isolierung von allen Mitgefangenen, Haftkleidung, Besuchserlaubnis zweimal monatlich eine Stunde. Für die Besuche – auch die ihrer Anwältin – wird die Journalistin jedesmal in Handschellen nach München-Stadelheim überstellt, weil es dort eine Trennscheibe gibt. Und Gespräche ohne Trennscheibe sind ihr verboten.

Als Haftgründe für Ingrid Strobl werden Fluchtgefahr nach Österreich sowie der Vorwurf genannt, sie sei als Mitglied der „Revolutionären Zellen“ am Bombenanschlag auf die Kölner Lufthansa-Zentrale im Oktober 1986 beteiligt gewesen.

Sie wird beschuldigt, am 11. September 1986 in einem Fachgeschäft einen Wecker der Marke „Emes-Sonochron“ gekauft zu haben, was durch die Bilder einer im Geschäft angebrachten Videokamera bestätigt werde. Derselbe Wecker sei als „Zeitverzögerer“ in dem Sprengsatz am Lufthansa-Gebäude eingebaut gewesen.

Es habe sich konkret um denselben Wecker gehandelt, beteuert Alexander Prechtel, der Pressesprecher der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe. Vor Auslieferung an den Einzelhandel werde jeder Wecker der Firma individuell gekennzeichnet. Wecker dieser Marke seien nachweislich bei 40 Anschlägen verwendet worden. „Da ist es nur folgerichtig, wenn man versucht, an die Käufer dieses Tatmittels heranzukommen.“ Daß das BKA in deutschen Geschäftslökalen Videoüberwachung betreibe, mag Prechtel nicht bestätigen. „Aber die Firma war an den Videoaufnahmen nicht beteiligt.“

Für die merkwürdige Steigerung der Fahndungsmethoden – erst Polizeibeamte, dann ein GSG-9-Sonderkommando – im Fall Strobl gibt Prechtel als Begründung an, es habe Fluchtgefahr bestanden, nachdem durch die Razzia „Beweismittel in der Wohnung oder an anderen Stellen sichergestellt wurden“.

Von sich aus erwähnt der Pressesprecher „die Spekulation, daß die Kaufquittung in der Wohnung gefunden wurde“, will sie aber nicht bestätigen. Darüber, daß ein Terrorist wohl kaum die kompromittierende Quittung über den Kauf eines Bombenweckers aufbewahren würde, äußert sich Prechtel nicht.

Für die Strobl-Anwältin Edith Lunnebach in Köln sind die Haftgründe „völlig dürftig“ (weshalb sie Haftprüfung beantragt hat). Ingrid Strobl selber hat die Beschuldigungen von Bundeskriminalamt und Generalbundesanwaltschaft sofort zurückgewiesen: „Die Vorwürfe, die die BAW

gegen mich erhebt, sind lächerlich und an den Haaren herbeigezogen.“

Auch ihre Anwältin vermag der BKA-Logik, daß der Kauf eines Weckers, der später bei einem Anschlag aufgetaucht sei, die Täterschaft des Käufers beweise, nicht zu folgen. „In jedem Fall würde selbst ein bewiesener Weckerkauf nur beweisen, daß die Beschuldigte einen Wecker gekauft hat“, heißt es in dem Haftprüfungsantrag.

Außerdem, so Lunnebach weiter, gebe es in Ingrid Strobels Verhalten keinerlei Hinweis auf eine Fluchtabsicht (einmal abgesehen davon, daß Sprengstoffanschläge auch in Österreich verfolgt werden).

Tatsächlich ist die Journalistin schon im Februar 1987 durch eine Freundin gewarnt worden, sie werde observiert, ihr Telefon werde abgehört, und wegen eines Bombenweckers in Zusammenhang mit dem Lufthansa-Anschlag werde gegen sie ermittelt. Der Tip soll von einem Kölner Kripo-Beamten stammen (der inzwischen vom Dienst suspendiert wurde).

Obwohl sie nachweislich seit zehn Monaten von den Ermittlungen gegen sie

Die Teilnahme von Frauen am bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung.“

Für dieses Buch hat Ingrid Strobl in Slowenien, Polen und Spanien recherchiert, hat alte Partisaninnen interviewt und in Zeitgeschichtearchiven gestöbert. Als sie verhaftet wurde, arbeitete sie bereits an ihrem Buchmanuskript, das sie vertragsgemäß Ende Februar abgeben sollte. Etwa auch ein „anschlagsrelevantes“ Thema?

Ihre Freunde – in Innsbruck, wo sie zur Schule ging und sich politisierte, in Wien, wo sie studierte und ihre Dissertation schrieb (Thema: „Rhetorik im Dritten Reich“), in Köln, wo sie bei der „Emma“ ihren ersten festen Job nach dem Studium fand und von Alice Schwarzer als Journalistin ausgebildet wurde –, ihre Freunde beschreiben sie als Frau von großer Herzlichkeit, Offenheit und ausgeprägtem Unrechtsbewußtsein, integer, kompromißlos, feministisch, aber nicht männerfeindlich, büchersüchtig und fähig zur Selbstironie.

Obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt zweimal verlegt hat, vermochte sie sich die Freundeskreise in ihren früheren Städten zu erhalten. Ihre Freunde schätzen an ihr nicht nur die Treue, sondern auch ihr Engagement für Menschen, die schwächer und benachteiligter sind als sie selbst. Und diese Neigung gilt nicht nur Gastarbeitern, die von Rechtsradikalen bedrängt werden, oder Frauen, die in Billiglohnländern verschlissen werden, oder Palästinenserinnen im Lager, sondern auch einer alten Katze namens Dumsti. Ihre Wohnung in der Benesisstraße war gastlich und stand Übernachtern offen. Der Besuch einer Innsbrucker Freundin, sofort nach Abgabe des Buchmanuskripts, war fest verabredet. Das Doppelleben einer „Feierabendterroristin“?

Der Sprecher der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe geht davon aus, daß die

Ermittlungen gegen den Untersuchungshäftling Ingrid Strobl lange dauern werden – „nicht Jahre, aber in Monaten ist zu rechnen“. Ihre Anwältin, die sie in München besuchen und sich durch die Trennscheibe mit ihr unterhalten kann, berichtet, daß Ingrid Strobl in der Isolation ihrer Einzelhaft viel liest. „Die Ingrid versucht, die Situation zu ironisieren.“ Etwa nach dem Muster: endlich mal Zeit, den „Zauberberg“ zu lesen.

Anwältin Edith Lunnebach: „Noch ist Ingrid Strobl guten Mutes. Das Ganze ist ja auch ein irres politisches Lehrstück, wenn's nicht so makaber wäre.“ ■■



Verdächtige Ingrid Strobl bei der Promotionsfeier vor zehn Jahren – Doktorarbeit über „Rhetorik im Dritten Reich“

wußte (die entsprechende Notiz wurde von den Fahndern in ihrer Wohnung gefunden), ist Ingrid Strobl keineswegs geflüchtet. Sie hat vielmehr trotz der Warnung ruhig so weitergelebt wie bisher. Zu Jahresende 1986 hatte sie sich nach sieben stressigen Redaktionsjahren „im allergrößten Frieden“ (Alice Schwarzer) von der „Emma“ verabschiedet, um künftig als freie Journalistin (für Rundfunkanstalten und Zeitungen) zu arbeiten.

Der Fischer-Taschenbuchverlag hatte das Buchprojekt ganz nach ihrem Herzen bei ihr in Auftrag gegeben. Vorgeschener Titel: „Sag nie, du gehst den letzten Weg –

Veranstaltungsaufrufe aus verschiedenen Städten

**DER STOFF AUS DEM
TERRORISTINNEN
GEMACHT WERDEN**

**Veranstaltung zur Verbreitung
unterbliebener Nachrichten**

Widerstand am Beispiel
Gentechnologie &
Bevölkerungspolitik

Zur Situation nach den
Durchsuchungen vom
18. Dezember 1987

5. JAN. '88 20⁰⁰ FABRIK

Zu den Durchsuchungen und Verhaftungen

vom 18.12.87

Info 3

Am 18.12.87 fanden 33 Hausdurchsuchungen in Wohnungen und Betrieben in Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Köln und im Ruhrgebiet statt. In erster Linie richtete sich diese BKA (Bundeskriminalamt)-Aktion gegen Frauen, die im Genarchiv in Essen arbeiten bzw. mit diesem zusammenarbeiten. Ein zweites Angriffsziel schienen Menschen zu sein, die sich mit Asylpolitik und Flüchtlingsfragen beschäftigen, worauf die Verhaftung von Ingrid S. hindeutet.

Ingrid S. wurde am 20.12.87 in Köln festgenommen. Der gegen sie erlassene Haftbefehl lautet auf Verdacht der Mitgliedschaft in einer 'terroristischen Vereinigung' ('Revolutionäre Zellen') und Verdacht der Beteiligung am Anschlag auf die Lufthansahauptverwaltung am 28.10.86. Dieser Anschlag richtete sich gegen die aktive Beteiligung der Lufthansa an der zwangsweisen Abschiebung von AsylbewerberInnen und am Prostitutionstourismus. Laut BAW (Bundesanwaltschaft) soll Ingrid S. 1986 einen Wecker gekauft haben, der dem bei dem Anschlag benutzten entspricht.

Am 18.12.87 wurde Ulla P. in Hamburg festgenommen. Der am nächsten Tag gegen sie erlassene Haftbefehl lautet auf Verdacht der Mitgliedschaft in der 'terroristischen Vereinigung' 'Rote Zora'. Ulla P. soll an zwei Treffen teilgenommen haben, die von der BAW als konspirativ bezeichnet werden. Eine konkrete Tat wird ihr nicht vorgeworfen.

Seit dem 20.12. sitzt Ulla P. im Untersuchungsgefängnis Hamburg Holstenglacis unter den üblichen § 129a-Bedingungen: Isolationshaft, Anwaltsbesuch mit Trennscheibe, Einzelhofgang, beschränkte Bücherzahl, Ausschluss von Gemeinschaftsveranstaltungen, keine Privatkleidung.

Im Herzen der Bestie: "RZ" und "Rote Zora"

Die "Revolutionären Zellen" und die "Rote Zora" gibt es seit Mitte der siebziger Jahre. Seitdem verübten diese Gruppen lt. BAW ca. 250 Anschläge. Dagegen konnte die BAW, nach unserem Wissen, „nur“ in zwei Prozessen Verurteilungen erreichen.

Die Anschläge der RZ's stehen in engem Zusammenhang zu aktuellen politischen Bewegungen. Sie sind eine Form praktischer Umsetzung breit diskutierter Themen, z.B. Militarisierung, AKW-Widerstand, Palästina, Südafrika. In den letzten Jahren war ein Schwerpunkt der "RZ" der Kampf gegen Flüchtlingspolitik (Anschläge gegen Ausländerbehörden, gegen das Ausländerzentralregister, gegen Richter in Asylverfahren u.a.).

Die Anschläge der "Roten Zora" richteten sich gegen Einrichtungen der Gentechnologie, Humangenetik, Bevölkerungspolitik und waren auch Unterstützungsaktionen für Frauenkämpfe in Drittländern.

Die Strukturen der "Revolutionären Zellen" und der "Roten Zora" sind dadurch gekennzeichnet, nicht aus der Illegalität heraus zu operieren (BKA: „Feierabendterroristen“) und sich in Zusammenhang mit bestimmten politischen Bewegungen zu stellen.

Das BKA hat bisher noch keine großen Ermittlungserfolge zu verzeichnen gehabt und steht besonders nach den spektakulären Anschlägen auf das Textilunternehmen "Adler" (Unterstützung eines Streiks von Frauen, die bei Adler in Südkorea arbeiten) und auf die Lebensmittelkette "Rewe" (wegen Obstimport aus Südafrika) unter enormen Erfolgsdruck.

Durch die Durchsuchungen und Festnahmen versucht nun das BKA nachträglich Begründungen für ihren Verdacht zu konstruieren, daß aus legal arbeitenden Gruppen illegal operiert wird. Die massenhafte Beschlagnahme von Literatur aus dem Genarchiv Essen zeigt, daß den dort arbeitenden Frauen zumindest geistige Mittäterschaft unterstellt wird.

Immer wieder § 129a...

Der Versuch des BKA's, öffentlich arbeitende Gruppen zu isolieren und zu zerstören, ist ein Teil einer schon länger dauernden Repressionswelle (z.B. Verabschiedung der sogenannten Sicherheitsgesetze, besser Repressionsgesetze 1986, Volkszählung, neuer Personalausweis, Europaß u.a.). Die Schüsse an der Startbahn-West in Frankfurt und die medienwirksame Ausschlichtung des Mordvorwurfs boten den wirksamen Anlaß, mit Hilfe des Ende 86 erweiterten § 129a ("Bildung einer terroristischen Vereinigung") die "Startbahn-West-Szene" aufzurollen und gleichzeitig 'Verantwortliche' für die massenhaften Anschläge auf Strommasten ausfindig zu machen.

Auch in anderen Fällen, z.B. "radikal" und "legale RAF", bot der § 129a die Grundlage für so viele Hausdurchsuchungen wie noch nie.

Der erweiterte § 129a stellt jetzt Delikte wie Strommastenkappen, Inbrandsetzen von Baumaschinen, Blockieren von Bahnlinien u.a. auf die gleiche Stufe wie Totschlag Mord und Völkermord. Gleichzeitig wird das Strafmaß auf ein bis zehn Jahre erhöht und die Ermittlungen werden automatisch der BAW und dem BKA unterstellt.

Es ist nicht mehr notwendig, jemanden eine Straftat nachzuweisen, sondern es reicht die Behauptung, Personen seien in irgendeiner Form an einer Vereinigung beteiligt, die solche Aktionen als Mittel ihrer politischen Praxis begreifen. Für eine Verurteilung reicht auch schon eine behauptete Werbung (z.B. Veröffentlichung von Erklärungen) und Unterstützung. Diese Erweiterung des Straftatbestandes zielt genau dahin, militante Massenaktionen zu bekämpfen, durch die Verhinderung der Diskussion über mögliche Widerstandsformen weiter zu isolieren und die Massenbewegung in "Friedliche" und "Militante" zu spalten.

Der Versuch, mit den Durchsuchungen und Festnahmen vom 18.12. die "RZ" und die "Rote Zora" anzugreifen und zu paralysieren, erfolgt mit einer Erweiterung der Begriffe Werbung und Unterstützung. Es reicht inzwischen, zum gleichen Themenkomplex zu arbeiten, z.B. Gentechnologie, und/oder ähnliche Zielvorstellung und Einschätzungen zu haben, wie sie in Erklärungen der RZ/Rote Zora genannt werden. Auch in diesem Fall geht es nicht nur darum, zu Verurteilungen zu kommen, sondern durch anhaltende Ermittlungen eine breite Bewegung zu verunsichern und zu spalten.

... zum ersten Mal gegen die Frauenbewegung

Zuersten Mal richtet sich eine BKA-Aktion gegen einen Teil der Frauenbewegung, der versucht, politische Ansätze im Kampf gegen Patriarchat und Imperialismus zu entwickeln, und der sich erfolgreich national und international organisiert. Dieser Teil der Frauenbewegung hat es geschafft, die Frauen- und Menschenfeindlichkeit der Gentechnologie und Bevölkerungspolitik zunehmend bewußt zu machen.

Im April 1985 organisierten Frauengruppen einen großen feministischen Kongreß in Bonn mit über 2000 Teilnehmerinnen aus dem In- und Ausland, auf dem der Gen- und Menschenproduktionstechnologie endgültig der Kampf angesagt wurde. Mehrere Arbeitstreffen von Frauengruppen zu Gentechnologie und Bevölkerungspolitik folgten, die erarbeiteten Positionen wurden auf Frauenwochen und anderen Veranstaltungen verbreitet, im April 1987 eine bundesweite Aktionswoche gegen humangenetische Beratung durchgeführt.

Immer wieder wurde die Kritik an der ökonomischen Funktion der Gentechnologie für die Weltmarktstrategie der Multis und an ihrer Funktion als soziale Waffe auch praktisch: 1985/86 gab es Anschläge der Roten Zora auf das Genzentrum Heidelberg, das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln und das Humangenetische Institut der Universität Münster.

Ende 1985 kam in Hamburg ein Schwarzbuch Gentechnologie heraus, in dem Namen und Fakten aus den Bereichen Gen- und Menschenproduktionstechnologie sowie Bevölkerungspolitik zusammengestellt waren. Die öffentliche Darstellung ihrer Forschungsvorhaben und die Kenntlichmachung der beteiligten Wissenschaftler machte die Betreiber außerordentlich nervös; sie sahen sich als erappte Täter öffentlich bloßgestellt.

Die zunehmende Verunsicherung der Betreiber der neuen Technologien dokumentierte sich zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit im "Sicherheitsberater" und im "Ärztblatt", in denen Sicherheitsexperten die Bedrohung durch radikale Kritikerinnen analysieren. Der internationale Humangenetikkongreß in Berlin 1986 fand bereits unter Bewachung statt, und anlässlich eines Arbeitstreffens von Frauengruppen in Marburg wurden Humangenetische Institute und gentechnologische Forschungseinrichtungen vom BKA vor Anschlägen gewarnt.

Vor diesem Hintergrund richteten sich die Verhaftungen und Durchsuchungen vom 18.12.87 gegen Gruppen, die sich für einen kompromißlosen Kampf gegen Gentechno-

logie und Bevölkerungspolitik entschieden haben. Damit soll ein Teil der radikalen KritikerInnen isoliert und kriminalisiert werden, der nicht bereit war und ist, von den Betreibern inszenierte Scheindiskussionen über sog. "Chancen und Risiken" zu führen.

Objekt der Begierde: Gentechnologie und Humangenetik

Die Gen- und Biotechnologien gelten seit Ende der siebziger Jahre als Wachstumsbranche der Zukunft, die nicht nur die Struktur- und Absatzkrise der Chemie/Pharmaindustrie beheben, sondern mit einer völligen Umwälzung der Nahrungsmittel- und Naturstoffherzeugung eine weitere industrielle Revolution einleiten soll.

Aus verschiedenen Gründen ist die Entwicklung der neuen Techniken in den westlichen Industrieländern unterschiedlich verlaufen. Seit Mitte der achtziger Jahre wird in der BRD mit besonderer Energie daran gearbeitet, den Investitions- und Forschungsrückstand aufzuholen und einige besonders wichtige Gebiete in führender Position zu erschließen.

Im medizinischen Bereich geht es vor allem um die Entwicklung von immer neuen Diagnoseverfahren, um Träger bestimmter Merkmale oder Erkrankungsrisiken auffindig zu machen und auszuschalten. Hierfür stellt die Gentechnologie effektive, mit wissenschaftlicher Autorität versehene, lautlose Aussonderungskriterien für unerwünschte, unangepaßte und leistungsschwache Menschen bereit. Z.B. werden in Indien reihenweise Fruchtwasseruntersuchungen gemacht, um das Geschlecht zu bestimmen und gegebenenfalls die unerwünschten weiblichen Feten abzutreiben. Oder Humangenetiker versuchen, sog. Schwachsinn oder Alkoholismus auf eine abnorme Genkonstellation zurückzuführen und damit zur Erbkrankheit zu machen. Oder: in den USA werden bei ChemiearbeiterInnen genetische Reihenuntersuchungen gemacht, um gegen bestimmte Chemikalien empfindliche ArbeiterInnen zu erfassen und evtl. eine Einstellung zu verweigern.

Hier trifft die Gentechnik auf ein sozialpolitisches System, daß z.B. gegen Anstaltsinsassen, Pflegebedürftige, Aids-Kranke und buchstäblich "verschlissene" Alte längst zum Vernichtungsangriff übergegangen ist.

Zur Zeit werden Freiräume für neue medizinische Verbrechen geschaffen:

Die Genforschung braucht die menschlichen Eizellen und Embryonen, die bei der künstlichen Befruchtung anfallen für Experimente;

Menschliche Embryonen und mißgebildete, „nicht lebensfähige“ Neugeborene sollen in Zukunft als "Ersatzteillager" für Organverpflanzungen benutzt werden. Für diese Verbrechen brauchen sie einen freien Rücken, den sie sich mit allen Mitteln - z.B. durch das BKA - zu verschaffen suchen.

Gegen Spaltpilze helfen nur Vereinigungsbakterien. Für mehr Hefe in der Bewegung und ein politisch offensives: jetzt erst recht!

Der Stein, den sie gegen uns erheben, wird ihnen auf die eigenen Füße fallen!!

Liebe FreundInnen,

meine politischen Aktivitäten der letzten Jahre habe ich - wie viele wissen - auf das Thema Bevölkerungspolitik konzentriert. Das bedeutet für mich Widerstand gegen eine Politik der Herrschenden, die Menschen mit den verschiedensten Methoden je nach wirtschaftlichem Bedarf und politischer Opportunität hin und her verschiebt, sie in die geforderten (Leistungs-) Normen zwingt oder vernichtet:

Auslese der für's System brauchbaren, Ausmerze der unbrauchbaren und Widerstand leistenden Menschen - die Anwendung des Kosten-Nutzen-Prinzips auf den Menschen. Neben die traditionellen Mittel der Bevölkerungskontrolle wie Abtreibungsverbot/Zwang zur Abtreibung, Gesundheitswesen, Familienideologie, Frauenbild und -mord treten zunehmend Instrumente, die die Selektion schon vor der Geburt ermöglichen sollen: vorgeburtliche Diagnostik, Humangenetik, Reproduktionsmedizin, Gentechnologie (wobei gerade letztere noch sehr viel mehr Aspekte hat - wie z.B. Forschung zur bakteriologischen Kriegsführung, Nahrungsmittelpolitik, Business).

Daß sich diese Instrumente der Bevölkerungspolitik in erster Linie an oder vielmehr gegen Frauen richten, liegt in der Natur. Den Widerstand aber alleine mit der Forderung nach Selbstbestimmung über unsere Körper und als Angriff auf eine männliche Medizin zu leisten, greift zu kurz. Wohin solch ein eingeschränkter (metropolenbornter) Selbstbestimmungsbegriff führt, das zeigt sich inzwischen allerorten, wenn Frauen anfangen, z.B. an Gesetzen zur Leih-

mutterschaft, zu Laborsicherheit oder dergleichen mitzubasteln oder nach Argumenten suchen, ob frau nicht doch hier oder vielleicht dort vom "technischen Fortschritt" profitieren könnte. Solch ein Denken behauptet eine Freiheit der Wahl, die für die meisten Menschen nicht existiert. Sobald aber Gentechnologie, Humangenetik usw. als Instrumente der imperialistischen und patriarchalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaschinerie begriffen werden und das Ziel das Leben aller Menschen in Freiheit ist, gibt es auch zu allen Aspekten der Bevölkerungspolitik keine Wenn's und Aber's, keine Partizipation, sondern nur konsequenten Widerstand. Genau wie an anderen Themen z.B. Frauenarbeit, Sexismus, § 218, Vergewaltigung, Frauenhandel muß es gelingen, die Diskussionen und praktischen Ansätze, die es an vielen Ecken und Enden gibt, zu verknüpfen und in eine revolutionäre, internationale, feministische Politik umzusetzen, die ihre Kraft und Stärke aus der Vielfalt ihrer Aktionen bezieht. Ihr seht, ich kann Euch aus dem Knast heraus keine theoretischen Weisheiten vermitteln, die nicht schon diskutiert worden wären, eine ganz praktische und ganz alte Weisheit allerdings doch:

Solidarität ist eine Waffe!!!

Es ist eine überwältigende und kraftgebende Erfahrung, das so konkret bis hier in den Knast herein zu spüren!

Kraft und Liebe für alle, die überall in der Welt drinnen und draußen leiden und kämpfen und Dank an alle bekannten und unbekannten FreundInnen für ihre Solidarität und tatkräftige Unterstützung!

Freiheit für Ulla und Ingrid!!!

Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

Kontakt:
Schwarzmarkt
Paulinenplatz
2000 Hamburg 4

Schreibt Briefe:

Ulla Penselin
c/o Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe
1BJ5 188/87-5

oder Telegramme:

Ulla Penselin
c/o Untersuchungsgefängnis
Holtenauerstraße
2000 Hamburg 36

Wir brauchen dringend und viel Kohle für die
Betroffenen
Spendenkonto: 1206/484931 - J.Beyer - Haspa:
Stichwort 18.12.

ViSdP: Prozeßgruppe Hamburg

Auftrag:

DURCHSUCHEN UND VERHAFTEN!

Durchführung:

BUNDESKRIMINALAMT

Betroffen:

**INGRID STROBL, ULLA P. und:
FRAUENWIDERSTAND GEGEN GEN- UND REPRODUKTIONS-
TECHNOLOGIE ● KRITIKER/INNEN DES PROSTITUTIONS-
TOURISMUS ● WIDERSTAND GEGEN ABSCHIEBEPOLITIK
VON FLÜCHTLINGEN ● KRITISCHE JOURNALIST/INNEN ●
HAUSBESETZER/INNEN**

INFORMATIONSVERANSTALTUNG

zur Durchsuchungs- und Verhaftungswelle vom 18.12.1987

Ort: STUDIOBÜHNE, Universitätsstr. 16

Zeit: Freitag, 22.1.1988, 19.30 Uhr

FREIHEIT für Ing

Am Freitag, den 18.12.87 wurden vom BKA bundesweit 33 Wohnungen, das Essener Gen-Archiv, die Bochumer Redaktion der taz und andere „Objekte“ durchsucht. Im Rahmen dieser Razzia wurden in Köln die Journalistin Ingrid Strobl und in Hamburg die Setzerin Ulla Penselin verhaftet. 20 weitere Personen wurden kurzfristig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Allen betroffenen Leuten wird die Unterstützung oder Mitgliedschaft bei der Roten Zora bzw. den Revolutionären Zellen und damit der Verstoß gegen den § 129a vorgeworfen. In Köln wurden insgesamt sechs Wohnungen durchsucht, wobei noch nicht einmal die Durchsuchungsbeschlüsse ausgehändigt wurden, angeblich „um weitere Ermittlungen nicht zu gefährden“.



Am Sonntag, den 20.12.87 wurde dann Ingrid Strobl bei der Rückkehr in ihre Wohnung, die ebenfalls am Freitag durchsucht worden war, verhaftet. Ingrid Strobl ist als wichtige Theoretikerin der Frauenbewegung bekannt. Sie schreibt gegen sexistische Ausbeutung und Zurichtung von Frauen und über deren weltweiten Widerstand. In den vergangenen Jahren hat sie darüber u.a. in der Zeitschrift „Emma“ publiziert. Von der Bundesanwaltschaft wird ihr nun die Unterstützung bzw. Mitgliedschaft bei der Roten Zora/Rote Zellen sowie die Beteiligung an dem Anschlag auf die Lufthansa in Köln am 28.10.86 in Köln vorgeworfen. (Die RZ hatten den Anschlag mit der Rolle der Lufthansa bei der Abschiebung von Flüchtlingen und ihrer Beteiligung am Prostitutions-Tourismus in die „Dritte Welt“ be-

gründet – „Bumsbomber nach Bangkok und Manila“). Die Verhaftung wird mit der Behauptung begründet, sie habe einen Wecker gekauft, der dem beim Anschlag auf die Lufthansa benutzten entspreche.

Ulla Penselin, der keine konkrete Tat vorgeworfen wird, sondern die Teilnahme an zwei von der Bundesanwaltschaft als konspirativ bezeichneten Treffen, hat sich in den letzten Jahren öffentlich gegen die neuen gewaltsamen gentechnologischen und humangenetischen Formen der Bevölkerungspolitik betätigt.

Unabhängig von dieser Aktion (jedenfalls so weit wir wissen) wurden am Freitagabend Erik P. und Andrea S. aus der Düsseldorfer Kiefernstraße festgenommen. Wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung am Anschlag auf Dornier sitzen sie seitdem im Knast.

Mit dem § 129a gegen die Frauenbewegung

Die Großaktion des Bundeskriminalamts (BKA) zielte hauptsächlich gegen Frauen und Frauengruppen, die sich gegen Reproduktions- und Gentechnologien und andere Formen der Frauenunterdrückung wenden, sowie gegen Arbeits- und Diskussionszusammenhänge zum Thema Flüchtlinge. Bundesweite und regionale Strukturen und Diskussionszusammenhänge sollen damit zerstört werden.

Im Ruhrgebiet richteten sich die Durchsuchungen fast ausschließlich gegen Frauen, die sich kritisch mit Fragen der Gentechnik und deren Anwendung beschäftigen. Im Essener Gen-Archiv, einer Arztpraxis sowie in verschiedenen Wohnungen wurden wissenschaftliche Artikel, Ansichtskarten, Broschüren zum Thema, Adressenlisten von Seminaren und auch private Adreßbücher beschlagnahmt.

Dazu heißt es in einer Presseerklärung der Betroffenen:

„Seit im Frühjahr 1985 der erste Frauenkongreß gegen Gentechnologie in Bonn tagte, nimmt die Diskussion über Zwecke und Ziele der Gen- und Fortpflanzungstechnologie, Humangenetik und Leihmutterchaft nicht nur in der Frauenbewegung einen immer breiteren Raum ein. Es gibt eine Fülle von Publikationen, die sich kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen und insbesondere darauf hinweisen, daß den Frauen ihr ureigenster Bereich – die Gebärfähigkeit – entzogen werden soll.“

rid Strobl + Ulla P.!

- Babys sollen in der Retorte aufwachsen – wozu?
- An toten oder lebenden Embryonen wird herumgeforscht – wozu?
- Frauen sollen einerseits behinderte Kinder austragen, um Spendenorgane zu erzeugen
- Frauen sollen andererseits behinderte Kinder abtreiben.

... Diese Durchsuchungen und überfallartigen Polizeiaktionen dienen dazu, alle diejenigen einzuschüchtern, mundtot zu machen oder zu kriminalisieren, die sich gegen die Genforschungsmethoden, Forschungs- und Anwendungsvorhaben wenden. Bundesweite Diskussion wird so also zum bundesweiten kriminellen Netz!“

Der politische Umgang als Vereinigungsverdacht

Um diese politischen Auseinandersetzungen und den Widerstand treffen zu können, haben die Polizei und die Justiz vor allem in den vergangenen einhalb Jahren ihre Zugriffsvoraussetzungen systematisch heruntergeschraubt. Die Art und Weise, wie dies geschehen ist, läßt erkennen, daß es zunehmend darum geht, die Gruppenzusammenhänge zu treffen, aus denen Widerstand wächst oder wachsen könnte und deren Aktivitäten mit neuen Formen beobachtender Repression zu begleiten. In der ersten Phase wurde versucht, Kommunikationszusammenhänge mit RAF-Gefangenen mit dem Instrumentarium des § 129a angreifbar zu machen. Dabei sollte es schon ausreichen, Briefe zu schreiben, sich über tabuisierte Themen auseinanderzusetzen, um als sogenannte „legale RAF“ den Vorwurf der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ zu erfüllen. Die nächste Stufe der Verschärfung war der Versuch, dieses Instrumentarium auf empfindliche Bereiche wie den Widerstand gegen AKW's und WAA anzuwenden. Die Gleichstellung von Delikten wie Strommastkappen, In-Brand-Setzen von Baumaschinen, Blockieren von Bahnlinien u.a. mit Mord, Totschlag und Völkermord in der jüngsten Erweiterung des § 129 a zielt damit nicht nur auf Täter, sondern auch auf diejenigen, die diese Formen des Widerstandes diskutieren.

Der Angriff gegen die Diskussionszusammenhänge und die Politik der Frauenbewegung, gegen die Kritikerinnen der Bevölkerung- und Flüchtlingspolitik stellt die neueste Erweiterung dar. Wenn der Vorwurf der Teilnahme an Diskussionszusammen-

hängen – dokumentiert durch den Besitz von Papieren – ausreicht, wenn das entschiedene öffentliche Eintreten gegen Sexismus, gegen staatliche Bevölkerungspolitik, gegen staatliche Flüchtlingspolitik Indiz genug ist, wenn allgemein übliche Formen des politischen Umgangs schon für einen Vereinigungsverdacht herhalten müssen, dann zeigt dies die Entwicklung des § 129 a zu einem Instrumentarium, das unmittelbar gegen alle Formen der mißliebigen politischen Auseinandersetzung und der entsprechenden sozialen Zusammenhänge gerichtet ist.

Die Debatte unter den Vordenkern der Polizei um die Verschärfung der Repression in den letzten 1½ Jahren folgt der Strategie, die der damalige BKA-Chef Herold vor 10 Jahren die „gesellschaftssanitäre Aufgabe“ der Polizei genannt hat. Diese zielt nicht nur auf Zerstörung politischer Gruppen, sondern auch auf Abnutzung und Abschreckung durch ständige Verunsicherung und Entsolidarisierung. Die Ausforschung – wie durch die Beschlagnahme von Terminkalendern und Adressbüchern in Köln – spielt eine ebenso große Rolle wie der direkte Zugriff auf Personen.

Daß die Angst vor AKW's, WAA, Datenmißbrauch, Gentechnologie u. a. zu weit verbreitet ist, als daß man mit einem Schlag die Spaltung in Systemtreue und Radikale erreichen könnte, zeigen Klagen von obersten Polizeibeamten. Der § 129a (verschärft durch Ausweitung der Straftatbestände bei gleichzeitiger Verdoppelung des Strafmaßes bis zu 10 Jahren) scheint den Polizeistrategen das geeignete Instrument zu sein, dieses Ziel langfristig zu erreichen.

Rote Zora und Revolutionäre Zellen

Kein Zufall ist demnach die Tatsache, daß bei allen Verhaftungen, bei allen schwebenden Verfahren der Vorwurf „Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ erhoben wurde. Und ebenso wenig ist es Zufall, daß die gemeinten Vereinigungen „Revolutionäre Zellen“ und vor allem die „Rote Zora“ sind. Die Namen dieser beiden Gruppen tauchen seit Mitte der 70er Jahre auf. Laut Bundesanwaltschaft verübten diese Gruppen rund 250 Anschläge. Verurteilungen gab's allerdings nur in zwei Fällen.

Alle Anschläge dieser beiden Gruppen standen in engem Zusammenhang mit aktuellen politischen

FREIHEIT für Ingrid Strobl + Ulla P.!

Themen und fanden Widerhall in den laufenden Diskussionen der Gruppen.

Breit diskutierte Themen, wie z. B. Militarisierung, AKW-Widerstand, Palästina, Südafrika etc. und in den letzten Jahren vor allem die Flüchtlingspolitik fanden in den Aktionen der Revolutionären Zellen ihren praktischen Ausdruck. Die Frauen der „Roten Zora“ richteten ihre Anschläge gegen Einrichtungen der Gentechnologie, der Humangenetik, dem Menschenhandel mit Frauen aus der 3. Welt und für die Unterstützung von Frauenkämpfen in Drittländern.

Nach den spektakulären Anschlägen auf das Textilunternehmen „Adler“ (mit dem die „Rote Zora“ den Streik südkoreanischer Frauen unterstützte, die für diese Firma arbeiten) und auf die Lebensmittelkette „Rewe“ (die im großen Stil Obst aus Südafrika importiert) stand das BKA unter enormen Erfolgsdruck wegen einer merkbaren Klimaveränderung: Schadenfreude, klammheimlich empfunden bis offen geäußert, machte sich ob der Anschläge breit.

Politischen Engagement als Indiz

Aber das Stigma „Terrorist“ und „Terroristin“ wirkt noch immer. Und jemandem dieses Stigma zu verpassen, ist „dank“ des Paragraphen 129a leicht. Die Gemeinsamkeit in der Ablehnung von Gentechnologie, Prostitutionstourismus, Sexismus, Asylantenpolitik und die Bekundung einer kritischen Meinung reicht dem BKA, um zur Terroristenhatz zu blasen und zu versuchen, Einzelne aus einem sozialen Netz der Zustimmung herauszureißen.

Vage Konstruktionen, nur begründet durch eine gemeinsame Meinung zu gesellschaftlichen Tatsachen genügen als Verdachtsmomente. In vielen Fällen lautete der Vorwurf auf „Unterstützung/mitgliedschaftsähnliche“ Betätigung, ohne daß die Maßnahmen über das Sammeln von Informationen und erkennungsdienstliche Behandlung hinausgegangen wäre. Auch im Fall der beiden Verhaftungen stützen sich die Vorwürfe hauptsächlich auf die konstruierte Gemeinsamkeit im politischen Widerstand. Die konkreten Beschuldigungen, die gegen die Verhafteten erhoben werden, sind demgegenüber außerordentlich dürftig.

Durch die Kriminalisierung von einzelnen sollen die gesamten politischen Zusammenhänge verunsichert und gelähmt werden. Diesen Einschüchterungsversuchen können wir nur gemeinsam entgegenreten!

Freiheit für Ulla und Ingrid!

Schreibt Briefe an Ulla Penselin und Ingrid Strobl
c/o Ermittlungsrichter am BGH,
Herrenstraße 45 a, 7500 Karlsruhe.

- ◆ Spendenkonto für Ingrid Strobl:
P. Neff, Postgirokonto Köln (BLZ 370 100 50)
Kto-Nr. 234 81-506
Emma-Frauenverlags GmbH
PSchA Köln 23 20-505, Solidaritätskonto I. Strobl
BLZ 370 100 50
- ◆ Spendenkonto für Ulla Penselin:
1206/484 931 Haspa; Stichwort 18.12.

Themen der Veranstaltung am 22.1.:

- ◆ **Bericht über die Durchsuchungs- und Verhaftungswelle**
- ◆ **Frauen gegen Reproduktions- und Gentechnologie**
- ◆ **Widerstand gegen die Abschiebung von Flüchtlingen**
- ◆ **Der § 129a als Allzweckwaffe**

BJA ATTACKIERT FRAUEN

★
VERANSTALTUNG

IN

★
DORTMUND

BEITRÄGE
VOM
GENARCHIV ESSEN,

ZUM §129 a UND DEN
HAUSDURCHSUCHUNGEN VOM 18.12.

ort:
kreuzsaal
an der
kreuzkirche
zeit:
donnerstag,
den 4.2.88
um 19 uhr

FILM

MUSIK

FRAUEN KÄMPFEN WEITER

Durchsuchungen und Verhaftungen

Am 18.12.87 durchsuchte das BKA (Bundeskriminalamt) und die BAW (Bundesanwaltschaft) unter dem Vorwand einer Fahndung nach Mitgliedern/UnterstützerInnen der Roten Zora und der Revolutionären Zellen bundesweit 33 Wohnungen und Arbeitsstätten.

Die meisten Betroffenen sind Frauen, viele davon im Ruhrgebiet.

Da es BKA und BAW seit mehr als 10 Jahren nicht gelingen will, die militanten VerfechterInnen des Widerstands aus der Roten Zora/RZ zu erwischen und einzusperren, greifen sie zur immer "großzügigeren" Auslegung ihres §129a ("Mitgliedschaft/Unterstützung einer terroristischen Vereinigung") : auch ohne Tatvorwürfe, geschweige denn Beweise, versuchen sie erstmal in autonome Frauenstrukturen einzubrechen, in der Hoffnung auf "Beweise" d. h. Informationen über personelle Zusammenhänge zur weiteren Ausdehnung ihrer Ermittlungen.

Auch die Verhaftungen von zwei Frauen begründen sie mit so fadenscheinigen Vorwänden, daß ihr enormer Erfolgsdruck umso klarer dahinter sichtbar wird.



In den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund wühlten die Fahnder in den Wohnungen und Arbeitsstätten von (meist) Frauen herum, die vorwiegend zu den Themen Gen- und Reproduktionstechnologien und Ent-völkerungs-Politik arbeiten.

Kriminalisiert werden sollen hier Frauen, die diese Technologien als das, was sie sind, erkannt haben und als solche konsequent ablehnen und kritisieren : als frauen- und menschenverachtende Gewaltmittel.

Sie sind deshalb nicht bereit, von den Betreibern inszenierte Scheindiskussionen über "Chancen und Risiken" zu führen.



Genforschung in der BRD

Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie in Heidelberg.
Eingeweiht am 5. Mai 1978. Kostenaufwand: 25 Mill. DM.

Reproduktions- und Gentechnologie als Waffe

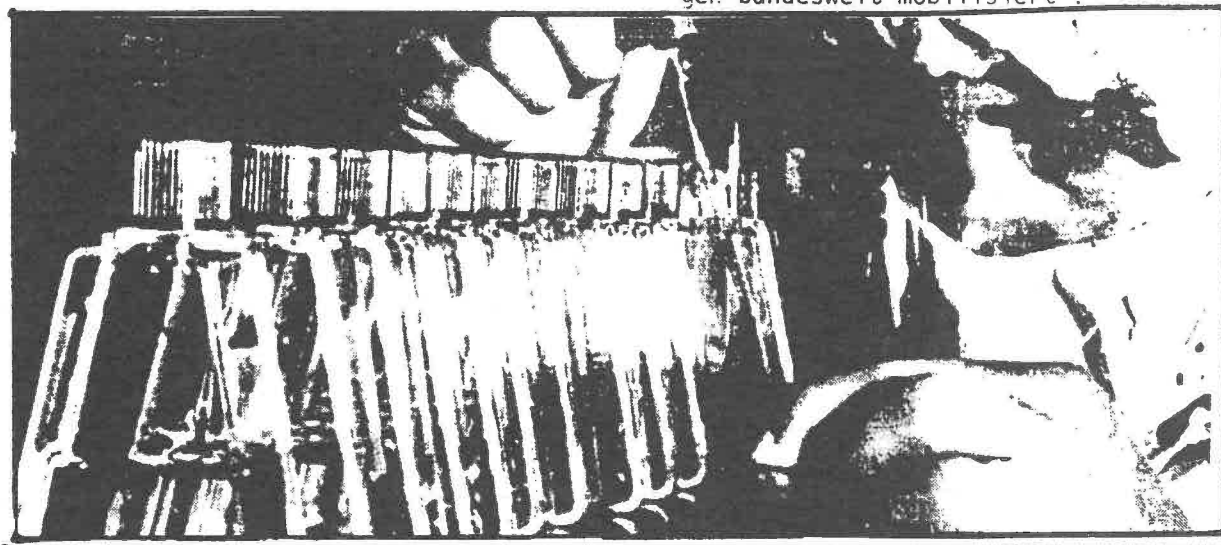
Diese Technologien richten sich spezifisch gegen Frauen, weil von ihnen die Durchsetzung der weltweiten bevölkerungspolitischen Kontrolle und Planungen abhängt.

Gen- und Reproduktionstechnologien liefern die "wissenschaftlichen" Grundlagen für Auslese- und Aussonderungskriterien dieses Systems, welches alle menschliche Arbeitskraft und alle Naturressourcen zu verwerten, d. h. in Kapital zu verwandeln trachtet. Dabei produziert es zunehmend Krankheit und Zerstörung und benötigt gerade diese Technologien zur immer perfekteren Kontrollierbarkeit und Anpassung an seine Gesundheits- und Leistungsnormen.

Dasselbe System schafft in den Ländern der sog. "3. Welt" Ausbeutungsbedingungen, in denen immer mehr Menschen überflüssig und für wertlos erachtet werden. Für diese Menschen ist Bevölkerungspolitik und Familienplanung Teil des Vernichtungskrieges, der gegen sie stattfindet, indem ihre Lebensbedingungen zerstört werden.

Die Chemie-, Pharma-, Saatgut- und Finanzmultis brauchen Gen-Labors und Saatgutbanken, damit selbstbestimmtes und weltmarkunabhängiges Überleben nicht mehr möglich sein soll.

Die Gen- und Reproduktionstechnologien sind in den letzten Jahren für viele Frauen ein besonderer Schwerpunkt geworden, an dem ihre radikale Ablehnung und breiter werdender Widerstand gegen Patriarchat und weltweite imperialistische HERRschaft sich entwickeln konnte. Zweifellos trug auch die Rote Zora dazu bei, die öffentlichkeitsscheuen Technokraten aus ihrer Forschung und Betreibung zerstörerischer, milliardensubventionierter Geschäfte aufzuschrecken: Anlaß genug für das kriminalistische Durchkämmen eines Teils der Frauenbewegung, die dagegen bundesweit mobilisiert!



★ zur hausdurchsuchung in dortmund ★

Auch hier wurde am 18.12.87 ohne Durchsuchungsbefehl nach §129a, unter Leitung des BKA und Beteiligung örtlicher Träger vor Kampfanzügen, MPs und Maskierung (!), vor Hunden und Polizeihunden, die Wohnung einer (!) Frau durchsucht. Gründe gab es, wie überall sonst auch, keine. Anhaltspunkt: sie ist seit Jahren in autonomen und Frauenzusammenhängen politisch aktiv.

Daß sie dazu noch mit ihren zwei Kindern zusammenlebt, schien besonders die weiblichen Durchsucher zu ärgern: sie hinter-

ließen das Kinderzimmer in einem unbeschreiblichen Zustand.

Die Durchsuchung dauerte länger als 5 Stunden. Sie beschlagnahmten Papiere (z.T. uralte), Telefonnummern und Adressen, alte Briefe, Gegenstände aus dem Werkzeugschrank, Lautsprecherkabel, Fahrrad- und eine Puppenstubenbirne; und die kopierte Liste über gesundheitsschädliche Mineralwässer aus der Zeitschrift "Natur" mußte als Anleitung zur Herstellung von Brandflaschen herhalten!

VERANSTALTUNG IN DORTMUND

Auch der staatlichen Kriminalisierungsstrategie wird es nicht gelingen, daß wir den Mut und die Hoffnung aufgeben, die wir brauchen, um für menschenwürdige Verhältnisse weiterzukämpfen. JETZT ERST RECHT !!

Deshalb machen

Dortmunder Frauen in Dortmund eine Veranstaltung, auf der auch von den Hausdurchsuchungen im Ruhrgebiet betroffene Frauen berichten werden.

GEGEN DIE SPALTUNGS- UND ISOLIERUNGSVERSUCHE WOLLEN WIR DIE VERBREITERUNG UNSERER INHALTE SETZEN :



Gen-Archivs:

aktuelle Praktiken von pränataler Diagnostik, Transplantationshandel, Embryonenforschung, gentechnische Pharmaproduktion und Lebensmittel-manipulation, Insulingeschäft

- zu Bevölkerungspolitik:

Bsp. Thailand: FILM "GLÜCKS-SPIRALE - vom Gewinn kontrollierter Fruchtbarkeit"

- Berichte der betroffenen Frauen zu den Kriminalisierungen
- Einschätzungsversuch zu den jüngsten Anwendungen des §129a
- Wie können wir uns besser schützen

Es spielen

Die GROOVING WEIBS
(afrikanische und lateinamerikanische Rhythmen)

ORT : KREUZSAAL (an d. Kreuzkirche)

ZEIT: 4.2.88 (Donnerstag), 19 Uhr

Auch Männer können kommen

Zu dieser Veranstaltung massenhaft zu kommen, wird unterstützt - ganz GEGEN den Sinn von §129a und auch nicht i.S.d.P.! - von :

AUTONOMES FRAUEN- UND LESBENREFERAT (UNI DORTMUND), FRAUENBUCHLADEN ZIMPZICKE, FRAUENCAFE IM AVANTI, CAMUR-FRAUENGRUPPE, PALASTINA-KOMITEE DORTMUND, Asta UNI DORTMUND, GESCHICHTS-WERKSTATT DORTMUND, ANTI-AKW-BORO, NETZWERK RUHRGEBIET OST, DORTMUNDER FRIEDENSGRUPPE MARTIN NIEMÖLLER, BUCHLADEN TARANTA BABU, BUCH-LADEN LITFASS, ÖKOHAUFEN, AUTONOME ANTIFA-GRUPPE, INITIATIVE BÜRGER BEOBACHTEN DIE POLIZEI, BWK DORTMUND, GRUPPE GEGEN DIE SPALTUNG, NATUR-KOSTLADEN LÖWENZAHN, DIE GRÜNEN DORTMUND, GEFANGENENINITIATIVE DORTMUND e.V., KB, ANTI-NATO-GRUPPE, FRAUENZEITUNG IGITTE, KOMMUNIKATIONSCENTRUM RUHR (KCR)

Freiheit für Ulla und Ingrid!

Schreibt Briefe an Ulla Penselin und Ingrid Strobl
c/o Ermittlungsrichter am BGH,
Herrenstraße 45 a, 7500 Karlsruhe.

v.i.S.d.P.: Taranta Babu,
Humboldtstr. 44
4600 Dortmund 1

Spendenkonto: H. Schroeder, Stadtparkasse Dortmund, BLZ 44050199, Kto.Nr. 192 051 924

Und weitere Beiträge zur Information, Diskussion, zum Weiterdenken...

zum Genarchiv (Selbstdarstellung)

Seit Sommer 1987 ist das Genarchiv in 43 Essen, Führichstr. 15 zu erreichen. Entstanden aus Diskussionszusammenhängen seit 1984 arbeiten wir (6 Frauen) zum Thema Gen- und Reproduktionstechnologie.

Neben unserem Anspruch, diese Technik zu entmystifizieren und allen LaienInnen verständlich und überschaubar zu machen, wollen wir mit unserer Arbeit die gesellschaftliche Akzeptanz der Gen- und Reproduktionstechnologie erschweren. Forderungen nach gesellschaftlicher bzw. staatlicher Kontrolle dieser neuen Technologie und die Versuche, positiv nutzbare Anwendungsbereiche zu benennen, sind unserer Einschätzung nach gerade ein Beitrag zur Akzeptanzförderung.

Grundlegende Kritik an Forschungsinhalten und -methoden der Biologie und Medizin – den tragenden Naturwissenschaften dieser Technologie – wird nicht geübt, so daß als kritisch fortschrittliche Position die Forderung nach Kontrolle von Institutionen und Konzernen übrig bleibt.

Die Entwicklung und Verbreitung einer grundlegenden Kritik beinhaltet für uns grob zwei Aspekte:

- 1) Immanente Kritik an den Möglichkeiten, dem "Wahrheitsgehalt" biologischer und medizinischer Forschungsansätze
- 2) Analyse der gesellschaftlichen Auswirkungen und die gesellschaftspolitischen Zielsetzung ihrer Anwendung

Ein grundlegender Wesenszug der naturwissenschaftlichen Herangehensweise ist der Glaube, daß die Zerlegung einer Sache in ihre Einzelteile sowie deren Beschreibung uns dem Verständnis des Gesamtzusammenhangs und seiner Funktionsweise näherbringt. Die Genetik schafft durch ihre Zergliederung von Lebewesen in Zellen und deren Chromosomensätze eine naturumfassende Gleichheit von Genteilen unterschiedlicher Länge, die uns dem Verstehen der Dinge mehr entfernt als das bloße Betrachten der äußeren Form. Um der Position, daß alles Leben aus den Genen kommt, Beweise zu verschaffen, muß der stringente Zusammenhang zwischen Gen und Merkmal produziert werden, muß Natur auf die Summe der Teile gebracht werden, muß Funktion und Erscheinung zwangsläufig als Summe der Einzelteile betrachtet werden. Diese Gleichmacherei auf der Ebene der Gene bringt folgerichtig die Berechtigung, Bakteriengene und Menschengene als annähernd gleiches naturwissenschaftliches Forschungsmaterial zu betrachten.

Wir wollen im folgenden an zwei Bereichen der gentechnologischen Einflußnahme auf Leben unsere Position vorstellen:

1) Der Einzug des Gendenkens in die Medizin

Die heute üblichen medizinischen Techniken und ihre naturwissenschaftlichen Denkgebäude sind in einem gesellschaftlichen Zusammenhang gewachsen, in dem zunehmend das Denken und Handeln aller Lebensbereiche den Normen von Maschinen unterworfen wurden. Ohne das Denken, daß Mensch gleich Maschine und krank gleich Schraube defekt, ohne die Vorstellung, daß Krankes durch Ersatzteile auszuwechseln ist, hätten sich die Fragestellungen der Gentechnologie nicht entwickeln können.

Durch die Entwicklung immer differenzierterer Untersuchungstechniken wird Mensch bis ins letzte Gen ausgeleuchtet. Einmal zum Grundbaustein menschlichen Lebens erklärt, wird nun der Genbestand zur Definition von gesund und krank herangezogen. Die individuelle Ausformung einer Krankheit und deren individuelle Bewältigung macht einer statistischen Erfassung Platz, die sozialökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist.

Wird dank der Kenntnisse der Chromosomenanalyse die Zahl der Menschen mit z.B. Trisomie 21 erfaßbar, lassen sich der "volkswirtschaftliche Schaden" errechnen, der durch die Betreuung dieser Menschen entsteht, sowie die Maßnahmen zur kosten-nutzengünstigsten Verringerung der "Krankheitsträger" bestimmen. Das ist alles bekannt unter "Vorsorgemaßnahme", Schwangeren ab 35 Jahren eine vorgeburtliche Fruchtwasseranalyse zu empfehlen und bei Erfassung eines kostenträchtigen Chromosomensatzes diese Schwangerschaft zu beenden. Diese Maßnahme wird mit dem individuellen Leid der Frauen und Kinder gut verkauft.

Nun stelle sich Mensch aber folgendes vor:

Bei den Kosten der Sozialversicherungen steigt der Anteil der Krankschreibungen aufgrund von Depressionen, sowie die Ausgaben für Psychopharmaka und Therapien. Zur selben Zeit wird in einem Institut endlich der Zusammenhang zwischen Depressionen und den Genen wissenschaftlich untermauert. Gleichzeitig wird statistisch erfaßt, daß solche Erkrankungen im Wesentlichen bei Frauen eines bestimmten Alters und Ausbildungsstandes auftreten. Wie leicht ließe sich eine Verbesserung der psychischen Stabilität der Bevölkerung durch geeignete vorgeburtliche Untersuchungen und Entscheidungen auf lange Sicht verbessern.

Menschliches Verhalten, genetisch kartiert, soll kontrollierbar und planbar gemacht werden.

Nehmen wir zugunsten dieser Technologie an, nicht die schwer identifizierbare Depression, sondern ein ganz eindeutiger Mangel z.B. an einem Hormon, ließe sich auf einem Gen exakt lokalisieren. Selbst dann würden wir diese "Wahrheit" nicht akzeptieren. Das Zusammentreffen von einem Hormonmangel mit einem veränderten Gen bei einer Anzahl von Menschen heißt lediglich, daß ein Zusammenhang möglich zu sein scheint, sagt aber nicht, daß dies die einzige und richtige Erklärung für den Hormonmangel ist.

Selbst wenn weiter in Aussicht stünde, daß dieses besagte Gen ausgetauscht würde, bzw. durch einen kleinen Eingriff korrigierbar wäre, würden wir diese Entwicklung verhindern wollen. Denn damit wäre lediglich die Schranke entfernt, die die Naturwissenschaftler noch am Eingreifen in menschliches Erbgut hindert. Bei einem Aufschwung des immerwährenden Rassismus wäre es wieder möglich, eine menschenvernichtende Kraft medizinisch zu etablieren.

An diesem Punkt noch ein Gedanke zur Rolle der Reproduktionstechnologie, die für sich mildernde Umstände beansprucht, da sie nicht vorhat, in menschliches Erbgut einzugreifen.

Wir meinen, daß sie als medizinische Technik zur Routine werden muß, daß sie ausgereift, handhabbar, risikoarm, optimal planbar geworden sein muß, bevor an die Einflußnahme auf

einmal gewonnene Eier, Samen und Embryonen gedacht werden kann. Für uns Frauen bedeutet diese Technologie natürlich, daß die Autonomie über den eigenen Körper noch mehr in die Kontrolle von Medizinern, Wissenschaftlern und Staat übergeht.

Wird dem Eingriff in menschliche Zellen heute noch von vielen Seiten mit Mißtrauen und Skepsis begegnet, scheint die Manipulation von Kleinstlebewesen, z.B. Bakterien, zum Wohle von Patienten problemlos über die Bühne gegangen zu sein. Wer kann schon etwas dagegen haben, wenn Bakterien endlos menschliches Insulin herstellen. Euphorische Meldungen dieser Art haben für uns zwei Ansatzpunkte. Einmal wird damit erneut bewiesen, daß Krankheit als punktueller Defekt angesehen wird, der durch Ersatz- (stoffe aber auch organe) zu reparieren ist. Das Problem besteht dann darin, diesen Ersatz kostengünstig herzustellen. Zum anderen entsteht der Eindruck, diese Technik wäre einzig und allein entwickelt worden, um das Problem Diabetes zu lösen, ohne diese Technologie in ihrer Eigendynamik und ihren Möglichkeiten zu betrachten, zu sehen, daß neben Insulin eben auch Todbringendes zu produzieren ist, z.B. in der B-Waffen Forschung. Der pressewirksame Verkauf solcher Techniken hat immer schon funktioniert. Auch die Atomtechnologie und die Raumfahrt haben der Medizin ihre zivilen Abfallprodukte geliefert und damit versucht, sie ein Stück weit zu rehabilitieren.

2) Die Zurichtung der Natur

Der Standort, von dem aus pflanzliches und tierisches Leben betrachtet und bewertet werden, ist der Standort der Molekularbiologen.

Am Ende ihrer wissenschaftlichen Betrachtung steht nicht der Einblick in "die Leistung eines Hahnenkammes, eines Schmetterlingsmusters", oder einer Alpenveilchenblüte, oder oder ..., sondern ein Genort im Chromosomengefüge.

Leben und seine vielfältigen Erscheinungsformen werden reduziert auf die Summe verschiedener Stoffwechselprozesse und Stoffwechselprodukte, auf die Basensequenzen der DNS und die Ergebnisse zurückliegender Selektionsprozesse.

Artenvielfalt, Unterschiedlichkeit und Einzigartigkeit pflanzlichen und tierischen Lebens rückt nicht in das Blickfeld der Biologen.

Es ist die Suche nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und Gemeinsamkeiten auf der molekularen Ebene, die als Erklärung für das, was Leben ist, allein Gültigkeit besitzen.

Daß diese Erklärung nichts erklärt wird u.a. daran deutlich, daß der erstaunlichen Einheit der Grundphänomene und Gesetzmäßigkeiten auf molekularer Ebene eine nicht minder erstaunliche Vielfalt der sichtbaren Erscheinung von Leben entgegensteht. Auch der wissenschaftliche Versuch, diesem Problem gegenüber nachzugehen und die Entstehung dieser Unterschiede auf Selektionsprozesse zu reduzieren, läßt viele Fragen offen, denen allerdings im herrschenden Wissenschaftsbetrieb keine Bedeutung beigemessen wird.

Denn: Auslese, auf welchem Wege sie auch erfolgt, kann nur bereits Vorhandenes oder ansatzweise Vorhandenes betreffen. Diese Anfänge werden schnell als zufällig bezeichnet, was ja lediglich heißt, daß sie noch unbekannt sind und möglicherweise auch in keiner Beziehung zur Auslese stehen oder im Bereich molekularer Prozesse erklärt werden können. Die Biologie erhält – wie andere Wissenschaften auch – nur Antworten auf Fragen, die sie stellt. Daß es ganz andere Fragen geben kann, die eben auch zu anderen Antworten führen, paßt nicht in die Glaubenssätze herrschender Naturwissenschaft.

Aber diese Wissenschaft produziert eben "nützliche Wahrheiten". Die Betrachtung von Lebewesen als Chromosomenträger, Stoffwechselapparate und wandelnde Selektionsergebnisse stellt nicht die Frage nach dem Lebensrecht von Pflanzen und Tieren, sondern nur die Frage nach der wissenschaftlichen und profitorientierten Verwertbarkeit.

Die praktischen Konsequenzen dieser Forschung werden uns als Errungenschaften u.a. für die Landwirtschaft und Tierzucht präsentiert:

Orangen aus der Retorte

In den USA ist es gelungen, in Klimakammern, deren Wärme, Feuchtigkeit und Lichtintensität ein Computer "dosiert", Orangenzellkulturen zu vermehren. Das industrielle Interesse an der Orange bezieht sich auf ihre gewinnbringende Produktion und Verarbeitung.

Wichtig ist lediglich, daß das so erzeugte Endprodukt ähnliche Nährstoffzusammensetzungen aufweist wie das Vorbild aus der Natur.

Die Existenz eines Orangenbäumchens und dessen wohl-schmeckende Früchte, die Entwicklung dieser Pflanze als Auseinandersetzung mit Boden- und Witterungsverhältnissen, Anbautechniken usw. ist überhaupt nicht gefragt. Im Gegenteil: Natur und Mensch sind eher Störfaktoren. Im Reagenzglas gibt es keine Wetterumschwünge, kein Warten auf die Fruchtreife, – keine Erntearbeiter, die Lohnforderungen stellen, keine politischen Kämpfe, die Konzerninteressen stören.

Genbestand aus der Retorte

Die Züchtung und der monokulturelle Anbau von Hochleistungssorten in der Landwirtschaft hat zu einer, bei einigen Pflanzen bedrohlichen Ausrottung von Arten geführt.

Der heutige Stand von Forschung und Technik läßt diesen Zustand als kalkulierbar erscheinen.

In Genbanken, sowohl nationalen als auch konzerneigenen, wird der Genbestand bedrohter Pflanzen gehütet. Reis wird auf den Philippinen, Hirse in Indien konserviert. Die größte Genbank mit ca. 400.000 Proben steht in den USA. Daneben besitzt zum Beispiel United Brands 2/3 des Bananenkeimplasmas der Welt. Der Fortbestand dieser Pflanzen hängt nunmehr von der Aufmerksamkeit des Personals, vom Funktionieren der Kühlaggregate, der Luftbefeuchter u.a.m. ab. Die Ergebnisse der standardisierten Reihenuntersuchungen, denen die konservierten Proben unterzogen werden, auf Datenbanken gespeichert, entscheiden über die mögliche Verwertung der Pflanzen für die Züchtung.

Das arzneiproduzierende Tier

In einem Genforschungsinstitut in Edinburgh wurde Mäusen ein Gen, das von Schafen stammt, übertragen. Die so manipulierten Tiere erzeugten z.T. Milch mit einem artfremden Eiweiß. Zwar sind 3/4 der manipulierten Mäuse nicht lebensfähig, zwar produzieren nicht alle überlebenden Mäuse diesen artfremden Stoff, zwar gibt es für diese Phänomene keine Erklärung, aber nichtsdestotrotz wird bereits die Übertragung der gewonnen "Erkenntnisse" auf landwirtschaftliche Nutztiere versucht. Das menschliche Gen für den Blutgerinnungsfaktor IX soll auf Schafe übertragen werden. In den Zukunftsvisionen der Gentechniker und ihrer Mäzenen in den Chefetagen der Pharmakonzerne läßt sich dieser Blutgerinnungsfaktor kostengünstig von Schafen und Kühen "melken".

Unsere Praxis

Wir sammeln und ordnen Zeitungsartikel, Aufsätze, Fachzeitschriften, Broschüren, Bücher etc.

Das Archiv ist nach folgenden Kriterien aufgebaut:

- Stand von Forschung und Wissenschaft
- Forschung und Bio-Business
- Reproduktionstechnologie
- vor- und nachgeburtliche Diagnose
- medizinische Forschung für Diagnose und Therapie
- Aids
- Erforschung menschlicher Gene
- Datenerfassung im Gesundheitswesen
- Auslese und Ausmerze
- Wissenschaftstheorie und Kritik
- feministische Kritik
- Stellungnahmen von Parteien und Organisationen.



Überarbeiteter Beitrag zu einer Veranstaltung des
Frauenreferates der UNI Mainz

Februar 88

SELBSTBESTIMMUNG: Traum oder Trauma

In der Konfrontation mit den sogenannten 'neuen' Gen- und Reproduktionstechnologien wird die Notwendigkeit einer anderen, komplexeren Auseinandersetzung mit dem Begriff "Selbstbestimmung" immer dringlicher.

In den siebziger Jahren wurde im Kampf der 'neuen Frauenbewegung' gegen den § 218 die geforderte 'Selbstbestimmung' zum wichtigsten Begriff. Gemeint war damit die kollektive Abwehr jeder Fremdbestimmung über Frauenkörper, Sexualität und Fortpflanzung. Fremdbestimmung, als deren Vollzugsorgane Staat, Kirche, Justiz, Gynäkologie angesehen wurden und werden, ebenso wie jeder einzelne Mann. Sowohl gegen diese patriarchalischen Institutionen wie auch gegen die individuellen Patriarchen, richtete sich der Kampf der Frauen. SELBSTBESTIMMUNG, oft umgesetzt in die Parole "Mein Bauch gehört mir", wurde dabei vor allem zu einem Verständigungsbegriff unter Frauen. Das vermittelte ein Gefühl von Gemeinsamkeit, "von Gemeinsamkeit, von das Gleiche wollen". Letztlich wurde der Selbstbestimmungsbegriff in der breiten Bewegung kaum positiv gefüllt, kaum hinausgehend über das schlichte: "Wir wollen nicht, daß uns irgendwer sagen kann, ob und wann wir abtreiben dürfen. Wir wollen unsere Entscheidungen selbst treffen."

Dennoch gab es Frauen, die Selbstbestimmung über Körper, Leben und Sexualität und Fortpflanzung viel weitgehender, radikaler zu definieren begannen.

So entwickelten einige aus der Ablehnung der Abtreibungsrealität eine Ablehnung der gesamten herrschenden Gynäkologie und bauten mit den feministischen Frauengesundheitszentren ein Stück Gegenmacht auf. Ebenso ging die grundsätzliche

Wir sind darauf angewiesen, daß wir von Menschen, die zu dem Thema arbeiten, Artikel, Stellungnahmen, Diplomarbeiten etc. zugeschickt bekommen. Wer Informationen von uns beziehen möchte, muß als Grundbetrag 5 DM bezahlen und pro kopierte Seite kostet's nochmal 30,-Pf.

Wer in dieser Thematik noch keine Kenntnisse besitzt, kann sich auch zuerst unseren Archivschlüssel bestellen und dann nach Interesse Themengebiete auswählen. Das Archiv steht natürlich auch BesucherInnen direkt zur Verfügung. Hier können Artikel direkt ausgesucht und kopiert werden.

Öffnungszeiten: dienstags 14.00 - 18.00 Uhr

Telefonisch erreichbar: dienstags und donnerstags 14.00 - 18.00 Uhr unter der Nummer: 0201/74 35 24

Außerdem haben wir eine Reihe von Fernsehfilmen aufgezeichnet, die für die private Gruppenarbeit ausgeliehen werden können und einen Diavortrag, der gegen eine Leihgebühr von 50,- DM verschickt wird.

GEN-ARCHIV

Führichstr. 15

43 Essen 1

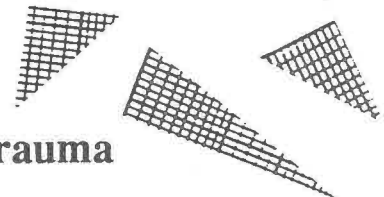
Tel.: 0201/74 35 24

Kto.-Nr.: 451526 - 437

PSA Essen

"Sonderkonto"

E. Feyerabend



Infragestellung von männlicher Sexualität (Stichwort Penetration) und Zwangsheterosexualität durch radikale Feministinnen weit über die Sichtweise des Abtreibungsverbotes als wichtigstem Instrument zur Fremdbestimmung hinaus.

Bereits 1972 sahen die Herausgeberinnen des 1. Frauenhandbuchs sehr klar, daß Selbstbestimmung für unterschiedliche Frauen sehr unterschiedliches bedeuten kann: Sie stellten den Bezug her zwischen dem Abtreibungsverbot hier auf der einen Seite und der Zwangsverhütung bzw. Zwangssterilisation an Frauen aus den Ländern der sog. 3. Welt und schwarzen/armen/ausländischen Frauen in den Industrieländern andererseits. D.h. sie sahen Fremdbestimmung von Frauen als Instrument patriarchalischer Bevölkerungspolitik - weltweit.

In der 2. Auflage des 1. Frauenhandbuchs zwei Jahre später fehlt das Kapitel zur internationalen Bevölkerungspolitik entsprechend des sich mehr und mehr verengenden Blickes der bundesdeutschen Frauenbewegung auf den § 218. Dessen Reform ließ dann auch die Bewegung zerfallen, nicht, weil Selbstbestimmung erkämpft war, sondern weil der enge Horizont die Einrichtung mit der Niederlage ermöglichte, die eher als Teilerfolg wahrgenommen wurde; ein kleines Stück individuelle Verbesserung war nun für jede Frau möglich.

In den USA verbreitete sich der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen dagegen schnell. Vor allem durch den Druck schwarzer und farbiger Frauen wurde aus der "Pro-Wahl-Bewegung" eine "Bewegung für reproduktive Freiheiten".

Diese Freiheiten beinhalten nicht nur die Entscheidung zu Ver-

hütung und Abtreibung, sondern auch die Freiheit vom Zwang zur Verhütung, zur Abtreibung und vor allem zur Sterilisation, der schwarze Frauen, farbige Frauen und indianische Frauen vielfach ausgesetzt waren und sind. Ebenso wurden ökonomische Sicherheit für Frauen, Änderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, angemessene medizinische Versorgung nicht nur im Verhütungsbereich und Ausschaltung gesundheitsschädlicher Einflüsse am Arbeitsplatz und in der Umwelt allgemein eingefordert. Auch die besondere Situation und die besonderen Forderungen von Lesben, behinderten Frauen und schwarzen/farbigen Frauen wurden immer wieder betont. Aus diesen Forderungen – sie sind bei weitem nicht vollständig – geht bereits deutlich das Anliegen hervor, reproduktive Freiheit so zu fassen, daß sie möglichst die Situation aller Frauen berücksichtigt, und Unterschiede zwischen Frauen nicht verneint.

Seit ungefähr einem Jahr werden aus dem "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" jedoch weitere Vorstellungen zur Erweiterung der reproduktiven Freiheiten für Frauen gemeldet. Eine Reihe US-amerikanischer Feministinnen beurteilt die "Neuen Gen- und Reproduktionstechnologien" wie künstliche Befruchtung, In-Vitro-Fertilisation, Embryotransfer, Leihmutterschaft, pränatale Diagnostik und Geschlechtswahl als hervorragende Möglichkeiten zur Erweiterung der Selbstbestimmung von Frauen. Ihr Argument: Ebenso wie jede Frau das Recht haben muß, sich durch Verhütung und Abtreibung gegen ein Kind zu entscheiden, müssen ihr auch alle technologisch machbaren Entscheidungen für ein Kind und für ein bestimmtes Kind (oder dagegen) offenstehen.

Entsprechend diesen neuen Tendenzen wird in der NOW (große nationale liberal-feministische Frauenorganisation der USA) nicht die Leihmutterschaft grundsätzlich abgelehnt, sondern auch im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes akzeptiert, und es werden lediglich die Bedingungen diskutiert, die Frauen innerhalb des Leihmuttergeschäftes Kontrolle zusichern; so etwa Besuchsrechte oder die Möglichkeit zur Änderung ihrer Entscheidung kurz nach der Geburt. Die patriarchalen Techniken zur Kontrolle und Funktionalisierung von Frauen bleiben bestehen – ein kleines Stück Kontrolle von Frauen macht sie akzeptabel?

Diese Neudefinition der Selbstbestimmung (ist es wirklich eine?) findet nicht nur in den USA statt. Hier in der BRD werden den Frauen von seiten der Betreiber die Gen- und Reproduktionstechnologien als selbstbestimmte Formen der Fortpflanzung verkauft: Gegen Kinderlosigkeit die selbstbestimmte Entscheidung zur In-Vitro-Fertilisation (Retortenbaby), gegen die Gefahr ein behindertes Kind zu bekommen die selbstbestimmte Entscheidung zur pränatalen Diagnostik und eugenische Abtreibung. Wiederum zeigt hier die schnellere Entwicklung in den USA, wie die Frauenforderung nach Selbstbestimmung mißbraucht und letztlich gegen Frauen gerichtet wird. Während nämlich noch von der freien, selbstbestimmten Entscheidung von Frauen für die Technologien geredet wird, zeichnen sich bereits Tendenzen ab, daraus Pflichten zur Technologie abzuleiten, und dann ist auch der Zwang nicht mehr weit. Deutlichste Beispiele für die Entwicklung sind die sogenannten "wrongful-life" Fälle. Behinderte Kinder verklagen ihre Mütter, die ihr "fehlerhaftes", "unwertes" Leben verursacht haben durch Unterlassung pränataler Untersuchungen oder durch schädliches Verhalten (Alkohol, Drogen, Sexualität) während der Schwangerschaft. Ein anderes Beispiel: mehrere US-Staaten zahlen keine Sozialhilfe mehr für Kinder mit Down-Syndrom; denn

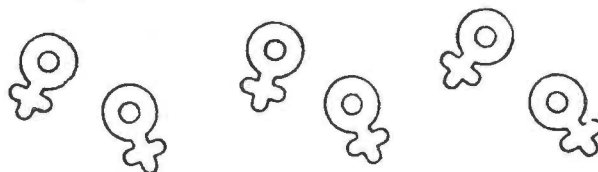
deren Existenz hätte ja verhindert werden können.

Auch in dieser Entwicklung zieht die BRD nach. So sieht das geplante Embryonenschutzgesetz Strafen auch für Mütter vor, macht sie sich der Schädigung der Gesundheit des Embryos schuldig, indem sie z.B. "ein Contergan vergleichbares Mittel trotz Kenntnis seiner Gefährlichkeit einnimmt". Sehr viel angemessener als in diesen Zusammenhängen von Selbstbestimmung zu reden, ist es für uns, klar zu benennen: Es geht um Pflichten, um die Pflicht zum Kind und die Pflicht zum gesunden Kind, für die unsere Akzeptanz jetzt noch gewonnen werden soll. Denn: je mehr vermeintlich eigenes Interesse wir entwickeln, desto weniger direkter Zwang muß eingesetzt werden.

Wir sind verfügbar. Durch die Angst, in dieser behindertenfeindlichen Welt ein behindertes Kind zu haben. Durch die Angst, in dieser frauenfeindlichen Welt ein Mädchen zu bekommen (wie Frauen in Indien, China und anderswo). Durch die Chance, in dieser lesbenfeindlichen Welt als Lesbe ein Kind, noch besser ein Mädchen, zu bekommen. Durch die Chance, als ungewollt kinderlose Frau in dieser patriarchalischen Welt, in der Frauen nur als Mütter zählen, doch noch ein Kind zu bekommen.

So werden wir zu Mittäterinnen gemacht, Mittäterinnen einer Politik, deren Ziel es ist, durch die neuen Technologien endlich die Möglichkeit eines massiven Einflusses auf QUANTITÄT UND QUALITÄT geborener Kinder auszuüben. Das ist Bevölkerungspolitik, die immer in erster Linie "Frauenpolitik" ist, Politik gerichtet gegen Frauen als Gebärerinnen oder auch Nichtgebärerinnen. Eugenische Bevölkerungspolitik spaltet immer Frauen in solche, die gebären sollen, und solche, die daran gehindert werden müssen. Heute geschieht das über Gen- und Reprotechnologien auf der einen Seite und Zwangsverhütung und Sterilisation auf der anderen Seite gegen Frauen der sogenannten dritten Welt und gegen arme, schwarze, ausländische und behinderte Frauen in den Industrieländern. Und immer wieder wird Frauen vorgemacht, es ginge um ihre Rechte, um ihre Selbstbestimmung. Wir wissen es besser. Oder, wir sollten es besser wissen. Wenn wir Frauenbefreiung wollen, müssen wir uns klar darüber werden, welche Freiheiten, Möglichkeiten, Entscheidungen wir damit meinen, und auch: welche nicht. Und wir müssen AUCH ENTSCHIEDEN, OB SELBSTBESTIMMUNG in diesem Zusammenhang überhaupt noch ein 'Frauenbefreiung meinender' Begriff sein kann, oder ob dieses Wort zuviel benutzt, vernutzt und auch mißbraucht wurde, um für uns überhaupt noch einen Wert zu haben.

Erwähnt sei noch, daß es Kriterien gibt, die ihm aus seiner historischen Entwicklung heraus von vorneherein jedes 'frauenbefreiende Potential' absprechen. So ist für M. Mies und S. Zimmermann "Selbstbestimmung" immer nur ein bürgerlicher Eigentumsbegriff gewesen, der Frauen (wie Männern) die individuelle Verfügbarkeit über den eigenen Körper als Besitz garantieren sollte: Vermiet- und Verkaufsrechte eingeschlossen. Dieser Interpretation des Begriffes nach wären die neuen Entwicklungen (s.o.) nur folgerichtig. Es ist sicher nicht unwichtig, wie wir das nennen, was wir wollen; aber zunächst einmal müssen wir wissen, was wir wollen.



AUFRUF zur Vorbereitung des 2. Bundesweiten Kongresses "Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik"

Frühjahr 1985:

Rund 2.000 Frauen aus dem In- und Ausland treffen sich in Bonn, um "konkrete Widerstandformen und Aktionsmöglichkeiten gegen die neuen Techniken zu erarbeiten". Gen- und Fortpflanzungstechnologien werden abgelehnt als patriarchalische Methoden, mit denen pflanzliches, tierisches und menschliches Leben kommerziell verwertet und nun "einer totalen Kontrolle unterworfen wird". Die technologischen Scheinlösungen der Herrschenden für Hunger und Zerstörung der Umwelt, für Krankheiten und alles Unangepasste und Störende werden eindeutig verurteilt.

Aus der Resolution:

Für uns Frauen, für die Natur und für die ausgebeuteten Völker bedeutet diese Entwicklung eine Kriegserklärung. Für uns Frauen bedeutet sie einen weiteren Schritt zum Ende der Selbstbestimmung über unseren Körper, unserer Gebärfähigkeit und damit unsere endgültige Abhängigkeit von der Kontrolle von medizinischen Experten. Es geht außerdem um eine Erfassung und Spaltung von Menschen in genetisch "wertvolle" und "minderwertige", um die Fortsetzung sexistischer, rassistischer und letztlich faschistischer Auslese- und Ausmerze-Politik, diesmal jedoch im Weltmaßstab, wobei die weißen Mittelklasse-Frauen zu den "erwünschten" Gebärerinnen gehören werden, die armen, farbigen Frauen zu den "unerwünschten".

Dezember 1987:

In mehreren Städten in der Bundesrepublik findet die bisher größte Durchsuchungsaktion des Bundeskriminalamtes statt, die sich vor allem gegen Frauen richtet, die sich mit Bevölkerungspolitik, mit Gen- und Fortpflanzungstechnologien und sonstigen frauenpolitischen Themen beschäftigen. Dies wird begründet mit Ermittlungen wegen Straftaten nach § 129 a, d.h. Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, und zwar der "Roten Zora" bzw. der "Revolutionären Zellen". Damit wird eine bestimmte Form der Politik, nämlich die, die mit illegalen Mitteln die herrschende Forschung und Praxis erschwert und verhindert, zum Anlaß genommen, grundsätzlich die politische Organisation von Frauenwiderstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien zu kriminalisieren.

In den Jahren nach dem Bonner Kongreß

haben sich Frauen in der ganzen Bundesrepublik zunehmend in Gruppen und auf Veranstaltungen mit den neuen Technologien kritisch auseinandergesetzt. Es fanden bundesweite Treffen der "Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien" statt mit einem Informationsaustausch über die Arbeit und Diskussionen über die Bedeutung der Technologien. Die Ablehnung der vorgeburtlichen Auslesemethoden, der humangenetischen Beratung und der Fortpflanzungsmedizin wurde auch in gemeinsamen Aktionen ausgedrückt, z.B. im Rahmen einer Aktionswoche gegen Humangenetische Beratungsstellen im Frühjahr 1987.

Frauen, wir wissen zuviel, als daß wir von unserer consequenten Ablehnung der Technologien abweichen würden. Wir erfahren täglich, was es heißt, Objekt männlichen Denkens und Handelns zu sein. Dieses Wissen und unsere Erfahrung verbinden wir und wenden uns gegen den Versuch des Staates und der frauen-, menschen- und naturverachtenden Betreiber, uns Frauen mit ihren rechtsstaatlichen Mitteln zu spalten.

Wir nehmen diesen Kriminalisierungsversuch zum Anlaß, einen 2. bundesweiten Kongreß im Juni 1988 vorzubereiten.*

Der Kongreß soll über den aktuellen Stand von Gen-, Bio- und Reproduktionstechnologien und ihre bevölkerungspolitische Funktion im eigenen Land und weltweit informieren. Er soll eine Gelegenheit für eine Bestandaufnahme aller Diskussionen und Aktivitäten zu diesem Thema seit dem Bonner Kongreß sein. Wir wollen überlegen, wie wir angesichts des Spaltungs- und Kriminalisierungsversuchs weitermachen mit unserer Frauenpolitik gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. Der Kongreß soll dokumentieren, daß wir von unserer ablehnenden inhaltlichen Position nicht abweichen und sie auch weiterhin öffentlich vertreten.

Kontaktadressen:

Genarchiv
Führichstr. 15
4300 Essen
0201/74 35 24

Frauenzentrum
Schmidtstr. 12
4630 Bochum
0234/68 31 94

* Der Kongreß findet nicht im Juni, sondern erst im Herbst (Oktober/November) 1988 statt.



Von Claire Bretécher

LITERATUR

Bevölkerungspolitik, Gentechnologie, Fortpflanzungstechnologien

- Bevölkerungspolitik allgemein
- Geschichte
- Frauen zu Gen- und Reproduktionstechnologien, Humangenetik, Behinderung
- sonstige kritische Literatur zu den Themen
- Frauenliteratur zu § 218, Gesundheit, Krankheit, Sexualität, Kinderwunsch, Gebären
- Zeitschriften
- Chancen-und-Risiken-Literatur (d.h. keine eindeutig ablehnende Haltung bzw. männliche Sicht)

Bevölkerungspolitik allgemein

- Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Bd. 14, Frauen zwischen Auslese und Ausmerze, Köln 1985 (mit Beiträgen zu Bevölkerungspolitik und Gen- und Reproduktionstechnologien) *
- Clio Nr. 4/1977, Bevölkerungspolitik und Sterilisationsmißbrauch (nur noch in Frauenarchiven erhältlich)
- Kaupen-Haas, Heidrun: Der Griff nach der Bevölkerung, Nördlingen 1986 (zur Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus und aktuell)
- Lenz, Ilse: Menschenproduktion, statt dem Klapperstorch der Staat? Polemische Anmerkungen zu einem vielgelesenen Buch (Heinson u.a., Menschenproduktion), in Peripherie 5/6, 1981
- Materialien gegen Bevölkerungspolitik, Hamburg, 1984 (nationale und intern. Bevölkerungspolitik, auch Geschichte) *
- Nispel, Andrea u. andere Autorinnen: Jedem das Seine, von der Teilung der Arbeit und der Teilung der Macht, Texte und Fotos zu einer Ausstellung: Frauen in Lateinamerika – am Beispiel Guatemala, Marburg
- Trallori, Lisbeth: Vom Lieben und vom Töten, Zur Geschichte patriarchalischer Fortpflanzungskontrolle, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1983 (z.Zt. leider vergriffen!)
- Zimmermann, Susan, Neomalthusianer auf den Kopf gestellt – Bevölkerungspolitik gegen die Frauen der 3. Welt seit 1945, Verein für Gesellschaftsgeschichte, Reihe Bev.pol. Heft 1, Wien 1984 *

Geschichte

- Autonomie Sonderheft Nr. 2, Juli 1980, Medizin im Nationalsozialismus, Referate und Dokumente vom Berliner Gesundheitstag
- Autonomie Nr. 7/ 1981 (Vergewaltigung von Frauen im NS. Zwangssterilisierung heute)
- Bock, Gisela: Zwangssterilisierung im Nationalsozialismus, Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen, 1986 (64,- DM) *
- Ebbinghaus, Angelika u.a.: Heilen und Vernichten im Muster-gau Hamburg, Hamburg 1984

- Ebbinghaus, A. u.a.: Opfer und Täterinnen, Nördlingen 1987 (Frauenbiographien des Nationalsozialismus)
- Geyer-Kordesch, Johanna / Kuhn, Anette (Hrsg.): Frauenkörper, Medizin, Sexualität, Düsseldorf 1986 (Verschiedene Aufsätze zur Bevölkerungspolitik vor dem NS und Positionen der Frauenbewegung dazu)
- Lilienthal, Günther: Der "Lebensborn e.V.", Stuttgart 1985
- Mitscherlich, Alexander / Mielke, F.: Medizin ohne Menschlichkeit, Frankfurt 1978
- Müller-Hill, Benno: Tödliche Wissenschaft, Reinbek 1984
- Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes: Verachtet – Verfolgt – Vernichtet, Hamburg 1986
- Roth, Karl-Heinz: Erfassung zur Vernichtung, Von der Sozialhygiene zum "Gesetz über Sterbehilfe", Berlin 1984
- Snitow, A. / Stansell, C. / Thompson, S. (Hrsginnen): Die Politik des Begehrens, Berlin 1985, darin: Grossmann, Attina, Die "Neue" Frau und die Rationalisierung der Gesundheit

Frauen zu Gen- und Reproduktionstechnologien, Humangenetik, Behinderung

- Arditti, Rita / Duelli-Klein, Renate / Minden, Shelley (Hrsg.): Retorten-Mütter, Reinbek 1985 *
- Beiträge zur Veranstaltung "Humangenetische Beratung und Pränatale Diagnostik als bevölkerungspolitisches Instrument gegen Frauen", 1987, Frauen gegen Bevölkerungspolitik, Schmidtstr. 12, Bochum *
- Bretechter, Claire: Monika, das Wunschkind, Reinbek 1985 (Comic)
- Bührmann, Traude: Genmanipulation und Retortenbaby: Männliche Tag-Träume, eine perfekte y-Welt zu schaffen, Berlin 1981 *
- Clio Nr. 25, 1986: Feminist. Frauengesundheitszentrum Berlin, vorgeburtliche Diagnostik (Humang. Beratung, Genthherapie, Geschlechtswahl, Übersicht der Untersuchungsmethoden) *
- Corea, Gena: MutterMaschine, Reproduktionstechnologien. Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter, Berlin 1985 (ab Juni 88 als Taschenbuch) *
- Dokumentation der Veranstaltung Gynogenetics: Frauen und die Zukunft der Reproduktionstechnologie, Auton. Frauenreferat im ASTA der TU Berlin 1984 *
- Dokumentation zum Kongreß "Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik", Köln 1986 *
- Die Wacht am Gen, Das Kunstwesen (Hrsg), Berlin 1985 (eine andere "Sicht" auf Gen- und Reprod.technologien)
- Ewinkel, Carola / Hermes, Gisela u.a.: Geschlecht: behindert, besonderes Merkmal: Frau, München 1985 (auch zur Situation behinderter Frauen allgemein, zum § 218, eugenische Indikation) *
- Fetz, Anita / Koechlin, Florianne u.a.: Gene, Frauen und Millionen, Basel, Zürich 1987 *
- Jansen, Sarah: Magie und Technik, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 12, Köln 1984
- Köpsell, Swantje: Eingriffe. Zwangssterilisierung geistig behinderter Frauen, München 1987 (auch zur Geschichte) *
- Luttermann, Inge/Westphal, Juliane: Verwandlungen im Kleinsten, Hamburg 1987 (andere "Sicht" auf Gen- u. Reprod.techniken)
- Pixa-Kettner, U. / Radtke, Nadi: Tatsächlich ist es umgekehrt. Über Sprache, HERRschaft und Normalität, Hamburg, 1984 *

- Roth, Claudia (Hrsg.): Genzeit. Die Industrialisierung von Pflanze, Tier und Mensch, Zürich 1987 *
- Zipfel, Gaby (Hrsg.): Reproduktionsmedizin. Die Enteignung der weiblichen Natur, Hamburg 1987 *

Sonstige kritische Literatur zu den Themen

- Amendt, Gerhard: Der neue Klapperstorch, Herstein 1986
- Hansen, Friedrich / Kollek, Regine, Gentechnologie. Die neue soziale Waffe, Hamburg 1985 *
- Hickel, Erika / Klees, Bernd (Hrsg.): Gentechnik oder Genmanipulation. Kritische Anmerkungen zur Zurichtung von Mensch und Natur, Braunschweig 1986
- Rifkin, Jeremy: Genesis zwei, BioTechnik – Schöpfung nach Maß, Reinbek 1986 (männliche Sicht, d.h. Frauen kommen nicht vor)
- Sierck, Udo / Radtke, Nadi: Die Wohltätermafia. Vom Erbgutgesundheitsgericht zur Humangenetischen Beratung, Hamburg 1984 *
- Weß, Ludger: Aktuelle Programme der Humangenetik, aus: Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Mitteilungen 11/12, Apr. 86

Frauenliteratur zu § 218, Gesundheit, Krankheit, Sexualität, Kinderwunsch, Gebären

- Badinter, Elisabeth, Die Mutterliebe, 1984
- Beck-Gernsheim, Vom Geburtenrückgang zur neuen Mütterlichkeit, 1984
- Hexengeflüster 2, Berlin 1986
- Ehrenreich, Barbara / English, Deidre: Hex'en, Hebammen, Krankenschwestern, München 1975
- Häussler, M. / Helferich, C. u.a.: Bauchlandungen, München 1983
- Krieger, Verena: Entscheiden. Was Frauen (und Männer) über den § 218 wissen sollten, Hamburg 1987
- Paczensky, Susanne von: Gemischte Gefühle von Frauen, die ungewollt schwanger sind, München 1987
- Paczensky, S. (Hg.): Wir sind keine Mörderinnen, Reinbek 1980 (vergriffen)
- Retzlaff, K. u.a.: Wir klagen an! Hamburg 1981
- Rich, Adrienne: Von Frauen geboren, München 1979 (vergriffen)
- Riese, Katharina: In wessen Garten wächst die Leibesfrucht, Wien 1983

Zeitschriften

- e.coli-bri, Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie, Hamburg 1987
- G.ID., Gen-ethischer Informationsdienst, Postdamerstr. 96, 1000 Berlin 30, seit 1985
- 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Hrsg.: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hamburg, ab 1986
- Clio, eine periodische Zeitschrift zur Selbsthilfe, Feministisches Frauen-Gesundheitszentrum, Berlin-West, seit 1976

Chancen-und-Risiken-Literatur

(d.h. keine eindeutig ablehnende Haltung bzw. männliche Sicht):

- Bayertz, Kurt: GenEthik, Probleme der Technisierung menschlicher Fortpflanzung, Reinbek 1987
- Hirsch, G. / Eberbach, W.: Auf dem Weg zum künstlichen Leben. Retortenkinder, Leihmütter, programmierte Gene, Basel, Boston, Stuttgart 1987
- Retortenbaby: Für und wider, Fraktion Gesundheit in der Ärztekammer Berlin, 1982
- van den Daele, Wolfgang: Mensch nach Maß? Ethische Probleme der Genmanipulation und Gentherapie, München 1985
- Reihe: Gentechnologie – Chancen und Risiken, Schweitzer Verlag, seit 1984, Dokumentation von "Fachgesprächen", Aufsätze, Stellungnahmen zu den verschiedenen Aspekten von Gentechnologie und Reproduktionsmedizin, jeweils unterschiedliche Hrsg. (Bundesministerium f. Forschung und Technologie, Friedr. Naumann-Stiftung, Däubler-Gmelin, Kollek, Tappeser, Evang. Akademie Hofgeismar...)

* grundlegende bzw. einführende Literatur

Die von Frauen geschriebene bzw. herausgegebene Literatur ist erhältlich im

Frauenbuchladen Bochum
 Schmidtstr. 12 (Ecke Diekampstr.)
 4360 Bochum
 0234 / 68 31 94
 geöffnet: Mo - Fr 10-18.30 Uhr
 Sa 10-14.00 Uhr

Fast alles kann dort bestellt werden!



Solidaritätsbekundungen aus dem In- und Ausland

Schon wenige Tage nach den Durchsuchungen trafen im Ruhrgebiet die ersten Solidaritätserklärungen von zahlreichen Gruppen und Einzelpersonen, vor allem von Frauen ein. Es wird hier eine Auswahl, unvollständig aber dennoch repräsentativ, dokumentiert.

Ein Dankeschön an alle für diese prompte und breite Unterstützung!

Frauensolidarität gegen BKA-Terror und Kriminalisierung

Die bundesweite BKA-Aktion vom 18.12.87 (Hausdurchsuchungen in 33 Wohnungen und Büros) richtete sich in erster Linie gegen Frauen und Frauenprojekte. Als Frauen der autonomen Frauenbewegung ist es uns wichtig, die Gründe dafür genau anzusehen. Die betroffenen Frauen sind aktiv in den Diskussionszusammenhängen um Gen- und Reproduktionstechnologien. Seit 1985 haben wir Frauen bundesweit wie international uns informiert, diskutiert und Zusammenhänge erarbeitet. Wir wissen, daß diese neuen Technologien auch eine neue Qualität in der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen bedeuten. Über Fortpflanzungstechniken (vom Retortenbaby bis zur Veränderung am Erbgut des Embryos) und immer perfektere Untersuchungen während der Schwangerschaft werden wir Frauen mehr und mehr kontrolliert in der Verfügung über unseren Körper immer stärker eingeschränkt.

Bereits im Nationalsozialismus bestimmte das Prinzip von Auslese und Ausmerze in der Bevölkerungspolitik, welche Frau welches Kind gebären durfte. Heute wird mit "modernen" Methoden das gleiche Ziel verfolgt.

Die vollkommene Planung und Kontrolle allen Lebens als Ziel des patriarchalen Allmachtswahns funktioniert nur über uns Frauen. Deshalb wehren wir uns.

Wir solidarisieren uns mit den betroffenen Frauen und protestieren aufs Schärfste gegen die Kriminalisierung von Auseinandersetzungen mit uns lebenswichtigen Themen.

Frauenbuchladen Bochum; VIAF e.V. Bochum; Frauenarchiv Bochum; Autonomes Frauen- und Lesbenreferat Bochum; Lesbengruppe Bochum-Mitte; "Mary-Daly"-Gruppe Bochum; "Mona" Internationale Frauenkontakt- und Beratungsstelle; Frauen helfen Frauen e.V. Wiesbaden; Freie Schule Bochum; Initiative zur Förderung ausländischer Kinder IfaK e.V. Bochum; Redaktion Buntspecht Dortmund; ASTA GH Duisburg; "Kreischsäge" Frauentischlerei Bochum; Grün-Alternative Liste Essen; Essener Kreisverband der Grünen; Frauen im Autonomen Frauen- und Lesbenreferat an der GHS Essen; Aspasia e.V. Essen; Dozenten des Westfalenkollegs Dortmund

Gefahr im Vollzuge

Solidarische Grüße an die Frauen im Knast

In der Zeit zwischen dem 18. und 20. Dezember 1987 durchsuchten insgesamt 300 Beamte vom BKA zeitgleich in der BRD 33 Privatwohnungen, Archive und Büroräume. Betroffen davon waren u.a. das feministische Gen-Archiv in Essen, die alterna-

tive Tageszeitung (taz) und etliche Personen, die sich sowohl zu Gen- und Reproduktionsforschung als auch zu Frauenhandel und Sextourismus kritisch geäußert haben.

Im Zuge dieser Durchsuchungen wurden ca. 20 Personen erkenntnisdienlich behandelt. Die Journalistin und ehemalige EMMA-Redakteurin Ingrid Strobl und die Setzerin Ursula Penselin wurden festgenommen und sitzen seitdem in U-Haft in Hamburg und München.

"Gefahr im Verzuge", "Werben für eine terroristische Vereinigung" und "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" sind die Zauberformeln, durch die diese Durchsuchungen und Festnahmen ermöglicht und legitimiert wurden.

Der Staat schafft sich ein immer größeres und immer leichter anwendbares Repertoire an Gesetzen und Handlungsmöglichkeiten, die in ihrer Zielsetzung alle betreffen, die Widerstand leisten, leisten wollen (§ 129 a StGB, neue Sicherheitsgesetze...) Dieses Vorgehen des Staates dient in diesem Fall dazu, Frauengruppen, einzelne Frauen und damit auch die gesamte Frauenbewegung, die sich zu systemkritischen Inhalten wie z.B. zu den Gen- und Reproduktionstechniken und/oder Sextourismus äußern, als terroristische Vereinigungen zu kriminalisieren.

Während organisierte Vereinigungen unbehelligt ihre kriminellen und menschenverachtenden Geschäfte z.B. im Bereich nuklearer Abfallbeseitigung, Frauenhandel, Sex-Tourismus und Gen-Manipulation betreiben können, werden genau die Personen und Gruppen, die sich gegen derartige Machenschaften auflehnen, sie öffentlich machen und sich dagegen zur Wehr setzen, eingeschüchtert und kriminalisiert.

Die Absicht ist eindeutig – jede Art von Widerstand und Gegenöffentlichkeit soll im Ansatz verhindert werden.

Den gezielten Spaltungs- und Einschüchterungsversuchen können wir nur gemeinsam begegnen. Solidarität und entschlossenes Fortführen unserer Arbeit müssen die Konsequenz sein. Schreibt an die von der BKA-Terror-Aktion betroffenen Frauen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Knastes.

Diskutiert und organisiert Veranstaltungen...

Nicht nur die Gedanken wollen frei sein.

Ingrid Strobl
c/o Dr. Gerlach
BGH
Postfach 2720
75 Karlsruhe

Ingrid Strobl
Frauenjustizvollzugsanstalt
München-Neubek

Ursula Penselin *
Untersuchungsgefängnis
Holstenwall
2000 Hamburg 36

Archiv der deutschen Frauenbewegung e.V., ARADIA Frauenbuchladen, Frauenforum e.V., Frauenhaus e.V., Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V., Krampfader, Kassler Frauenmagazin, Frauengeschichtsgruppe, § 218 Gruppe, Schwarze Winkel – Gruppe gegen sexuelle Mißhandlung von Mädchen und Frauen, Gruppe gegen Sextourismus und Frauenhandel, Frauenzentrum, autonomes Frauen und Lesbenreferat der GhK Kassel, Frauen informieren Frauen e.V.

* Anmerkung : Bitte alle Post über Karlsruhe, BGH, senden!

Frauenstärke gefährdet Männermacht

Die jüngsten Ereignisse, die Hausdurchsuchungen durch das Bundeskriminalamt u.a. auch des Gen-Archivs in Essen am 18.12. 1987, haben es (wieder) gezeigt ... :

die bestehenden Gesetze – besonders § 129 a StGB – werden nun auch dazu benutzt, Teile der autonomen Frauenbewegung zu kriminalisieren. Der § 129 a, der im Zuge der Terroristenfahndungen geschaffen wurde, dient als legales Mittel/Vorwand für das Vorgehen von BKA (Bundeskriminalamt) und Polizei, das sich dieses Mal willkürlich gegen Frauen und Frauenprojekte richtet, die kritisch zum Thema Gen- und Reproduktionstechnologie arbeiten.

Die Arbeit dieser Frauen(-gruppen) besteht im Wesentlichen darin, über diese Technologie aufzuklären, Arbeitszusammenhänge zu schaffen und öffentlichkeitswirksam zu sein. In diesem Bereich engagieren sich vor allem Frauen.

Bevölkerungspolitik und Reproduktionskontrolle sind traditionell auch Themen der autonomen Frauenbewegung. Das Aufgreifen dieser Themen erhält in Anbetracht der Forschungen und Entwicklungen im Bereich der Gentechnologie eine immer größere Bedeutung.

Für die Entwicklung der Gen- und Reproduktionstechnologie (Leihmütter, Retortenbabies, Samenbanken usw. ...) wird in der Öffentlichkeit breit und einseitig geworben, damit sie von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird.

Das radikale "Nein" der autonomen Frauen in dieser Frage stellt eine grundsätzliche Ablehnung dieser Form von Wissenschaft und herrschender Strukturen dar.

Die Diskriminierung, Isolierung und Kriminalisierung dieser Gruppen mit Mitteln von BKA und Polizeistaat wird benutzt, um politisch andersdenkende auszuschalten. Diese legale "Willkür" erzeugt Angst, soll Widerstand verhindern und uns lähmen. Die Nichteinschätzbarkeit und Willkür dieses staatlichen Vorgehens erzeugt Ohnmacht.

Wir Essener autonome Frauen und Frauenprojekte werden nicht in unserer ohnmächtigen Wut verharren!

Wir alle arbeiten zu politischen Themen und lassen uns nicht dahin drängen, uns einem kriminellen oder eher 'harmlosen' Teil der Frauenbewegung zuzuschreiben. Von den Hausdurchsuchungen und der Kriminalisierung einiger Frauen sind wir alle gleichermaßen betroffen.

Denn Frauengruppen haben sich letztendlich zusammengetan, um für sie wichtige Themen in Bezug auf Frau-Sein innerhalb dieser Gesellschaft aufzugreifen, kritische Positionen zu entwickeln und neue Möglichkeiten aufzuzeigen. Autonome Frauenarbeit heißt, auszugehen von der eigenen Betroffenheit, Partei zu ergreifen für uns und andere Frauen, um daraus unsere eigene Stärke zu leben und uns angemessene Lebensformen und Frauenräume zu schaffen.

Dieses aktive Handeln von uns Frauen deckt sich zweifelsohne nicht mit dem bestehenden Frauenbild unserer Herrschenden Kultur. Wir setzen unsere politische Arbeit fort und solidarisieren uns mit den betroffenen Frauen.

Frauenbewegung läßt sich nicht spalten.

- Die Spinnen e.V. (Kontakt- und Informationszentrum für Frauen)
- Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.
- Aspasia e.V. – Verein zur Förderung von Kultur, Bildung und Gesundheit
- FFGZ – Feministisches Frauen-Gesundheits-Zentrum Essen e.V.
- Medusa – Frauenrockband Essen
- Lesbentelefon Oberhausen
- Frauen aus dem autonomen Frauen- und Lesbenreferat an der GHS Essen

Auch solche Solidaritätserklärungen trafen ein:

Liebe Frauen!

ich habe Berichte über den obengenannten Vorgang sowie Ihre Presseerklärung dazu zur Kenntnis genommen und finde diese ganze Aktion völlig unverständlich, suche wie jeder andere auch nach Erklärungen. Mich beschäftigt z.B. die Frage, warum diese Aktion gerade vor Weihnachten stattfand. Eine Erklärung könnte ja vielleicht sein, daß die christliche Fraktion des BKA verhindern möchte, daß möglicherweise von Ihnen gesammelte Informationen über den Vorgang Weihnachten/Christi Geburt/Mariä Empfängnis von Ihnen auf zersetzende Art weitergegeben werden.

Ich jedenfalls danke Ihnen für unsere bisherige Zusammenarbeit und wünsche Ihnen genug Mut und Kraft, um auch unter diesen Umständen weiterzuarbeiten.

Mit solidarischen Grüßen



19.2.88

Liebe Freundinnen:

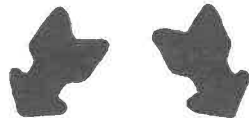
Wir haben euren Brief, über die Einbrüche in Wohnungen von deutschen Feministinnen im letzten Dezember von der Polizei, bekommen. Diese Information hat in den feministischen Gruppen in Baskenland eine große Wut und Empörung erregt. Trotzdem hat es uns nicht überrascht, denn wir sind dessen bewußt, daß die faschistischen polizeilichen Methoden überall und zu jedem Moment gebraucht werden, immer wenn sie es für nötig halten. Es ist auch klar, weil die deutsche Regierung gegen die Feministinnen vorgegangen ist. Es ist, weil der Kampf gegen die neuen Technologien in der Reproduktion direkt gegen die wirtschaftlichen Interessen und Sozialkontrolle von allen Gruppen vom Staat wirkt.

Von hier bieten wir euch unsere Unterstützung und Solidarität an und wir muntern euch auf weiterzukämpfen.

Viele Küsse

Frauenverband vom Baskenland

Wir haben Protestbriefe an Rita Süßmuth geschickt, in denen wir die Freiheit der Verhafteten erbitten. Wir schicken euch eine Kopie davon.



1080		DEL	
		FEB. 1988	
		100 212	
ORIGEN DE	33/27	19/2	2024
FRAU PROF. RITA SUSSMUTH, MINISTERIUM für Familie,			
5300 BONN (Republica Federal Alemana)			

ENERGISCHE PROTEST GEGEN FEZISTISCHES HANDELN VON DER POLIZEI
UNTERNOMMEN GEGEN FEMINISTINNEN
FREIHEIT für DIE VERHAFTETEN

FRAUENVERBAND VOM BASKENLAND
Asamblea de Mujeres de Bizkaia
Jardines 6



Bilbao (Bizkaia)

Liebe Frauen,

Wir schicken euch heute eine Erklärung der Coordinadora de Grups Feministes de Catalunya. Diese Erklärung ist schon Ende Januar verabschiedet worden. Inzwischen haben außer den ca. 30 versammelten Gruppen aus Katalonien ca. 400 Einzelpersonen und Gruppen diese Erklärung unterstützt und unterschrieben. Es sind aber noch zahlreiche Unterschriftenlisten im Umlauf und von allen möglichen Seiten wird nach weiteren Informationen bzw. nach Unterschriftenlisten gefragt.

Da sich außerdem die Coordinadora estatal de grupos feministas im Februar mit dem Thema beschäftigt hat, könnt ihr davon ausgehen, daß die Diskussion hier immer weitere Kreise zieht. Wir werden die Erklärung samt Unterschriften an Rita Süßmuth, an Ulla Penselin und an Ingrid Strobl schicken. Falls ihr meint, daß wir sie noch an andere Stellen schicken sollen, schreibt uns bitte. Ansonsten könnt ihr die Erklärung auch gerne selbst weiterverbreiten.

Wir möchten euch auch noch darauf aufmerksam machen, daß die Unterschriften von Leuten mit allen möglichen Professionen stammen, in diesem Sinne in gewisserweise "repräsentativ" sind. Ein "Nebeneffekt" dieser Solidaritätskampagne ist, daß ein großes Interesse an der Diskussion über die Gen- und Reproduktionstechnologien deutlich wird. Wir werden in dieser Richtung weiterarbeiten. Ansonsten hoffen wir, daß ihr auch in der Bundesrepublik Unterstützung erfahrt. Bitte schickt uns doch auch weiter Informationen über die Entwicklung der Diskussion und den Stand der Vorbereitungen für den Kongreß.

Mit feministischen Solidaritäts-Grüßen

Erklärung (Übersetzung)

Am 18.12.87 sind große Kontingente der Polizei gewaltsam gleichzeitig in 33 Wohnungen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland eingedrungen.

Verschiedene Männer und Frauen wurden festgenommen. Zwei Frauen befinden sich immer noch in Haft unter total isolierten Bedingungen.

Der Staatsanwalt benutzt als Hintergrund für diese Kampagne einzig und allein die Tatsache, daß diese Leute an der öffentlichen und kritischen Diskussion über die Gefahren und die historischen und sozialen Implikationen der Gen- und Reproduktionstechnologien, der prenatalen Diagnostik, der Migrationspolitik und der Bevölkerungskontrollpolitik, der Chemie- und Pharmaindustrie und die sexuelle Ausbeutung von Frauen durch den Sextourismus, teilgenommen haben.

Der Paragraph 129 a des Strafgesetzes der BRD – Unterstützung oder Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppen – hat dabei ohne konkrete Beweise oder andere schwerwiegenden Anklagen die rechtliche Basis abgegeben, um die Invasion und Erforschung des privaten und politischen Lebens der Betroffenen, in der Mehrzahl feministische Frauen, zu legitimieren.

Die Forscher des Bundeskriminalamts, sind dabei nicht nur in

das Gen-Archiv Essen eingedrungen, sondern sie haben auch umfangreiches Material beschlagnahmt. Dieses Archiv wurde 1980 gegründet und widmet sich seitdem der kritischen Forschung, Information und Publikation über die staatlich und multinational geförderte Entwicklung der Gen- und Reproduktionstechnologien. Unter anderem wurden beschlagnahmt: Pläne über Seminare und Veranstaltungen, Material audiovisual, Briefe und Adressenlisten. Das macht deutlich, daß es nicht nur um möglichst umfangreiche Daten über die Theorie und Praxis der kritischen Gruppen geht, sondern daß man auch befürchten muß, daß diese dafür benutzt werden sollen für polizeiliche Konstruktionen im Sinne des Paragraphen 129 a. Die Geschichte dieses Paragraphen macht deutlich, daß man damit versucht, fundamental kritische Diskussionen über die Fortsetzung totalitärer politischer Tendenzen zu kriminalisieren und zu verhindern. Zum erstenmal greift man große Teile der feministischen Bewegung in diesem Sinne an.

Die Coordination der feministischen Gruppen Kataloniens will, nachdem sie diese Tatsachen analysiert hat, ihre Besorgnis und ihren Protest bekannt geben.

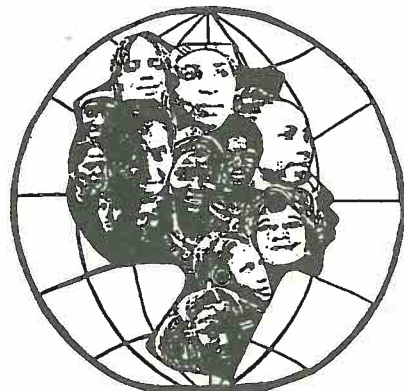
Leider haben wir die Risiken der neuen produktiven und genetischen Technologien noch nicht grundsätzlich diskutiert und können uns deshalb in diesem Sinne nicht äußern, aber wir sehen die Notwendigkeit, uns mit den Opfern dieser destruktiven Strategie der Mächtigen in der deutschen Gesellschaft zu solidarisieren.

Diese Verfolgung und Unterdrückung erinnert uns an eine traurige Epoche in der Geschichte der deutschen Staaten und des spanischen Staats, die wir nicht noch einmal erleben und in gleicher oder ähnlicher Weise beginnen wollen.

Aus allen diesen Gründen erklären wir:

- Wir werden alle Informationen, die uns in diesem Zusammenhang erreichen, weiterverbreiten.
- Wir werden versuchen, unser Wissen über die Debatten, die man in Deutschland zu verhindern versucht, zu vertiefen.
- Wir fordern, daß die polizeiliche Verfolgung und Kriminalisierung von Frauen aufhört, die dafür arbeiten, daß sie (und auch wir) die Möglichkeit haben, uns kritisch mit der historischen und aktuellen Entwicklung der Gesellschaft auseinanderzusetzen.
- Wir unterstützen diejenigen, die für die Befreiung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin kämpfen.
- Wir lassen uns durch die technische und logistische Perfektionierung einer ungerechten und willkürlichen Form der Nachforschung und Verfolgung, sei es national oder international, nicht verängstigen.

30.1.88



*Madame Rosario,
hier ist ihr Embryo.*



*Mein
Emb...*



Auszüge aus einem Rundschreiben von GENA COREA ("Mutter Maschine") in den USA mit der Bitte um internationale Unterstützung

34 Lloyd Street
Winchester, Ma. 01890
USA January 1988

"German police raid activists" by Gena Corea.

The German equivalent of the FBI (the "Bundeskriminalamt") staged 33 simultaneous raids, many of them against feminists, throughout the Federal Republic of Germany December 18 at 4:30 p.m. Hundreds of heavily armed police (200 in Essen alone) burst into the workplaces of activists. Fifteen to thirty in a group, they swept into homes in Cologne, Dortmund und Düsseldorf. In Essen, Duisburg, Bochum, and Hamburg, the raids were directed overwhelmingly against feminist critics of genetic and reproductive technology, according to Prozessgruppe Hamburg, a watchdog group.

The targeted critics have written and spoken on such issues as in vitro fertilization, amniocentesis, sex predetermination and genetic engineering. They have actively opposed surrogate motherhood. Many worked together in the massive coalition to stop American Noel Keane's attempt to open a branch of his surrogate business, United Family International, in Frankfurt. (Keane's New York firm arranged the Mary Beth Whitehead surrogate contract.) Their campaign to stop the sale of American women to European men for breeding purposes ended successful January 6 when a West German court ordered Keane's business closed, three months after it had opened.

The groups in Germany have given strong support to Mary Beth Whitehead another so-called surrogates seeking to keep their children. They have supported the efforts of a U.S. group, the National Coalition Against Surrogacy (NCAS), to ban surrogacy in this country. In turn, the NCAS provided support for the German campaign.

Grounds for the police raids? In many cases, the women were not given any. But the next day, newspapers reported that the police conducted the searches to ascertain whether any of the

individuals were members of a terrorist organization. They were specifically looking for a group called Revolutionäre Zellen (Revolutionary Cells) and its feminist wing, Rote Zora (Red Zora).

The police were operating under the law's Paragraph 129 a, "Support or Membership in a Terrorist Organization."

(...)

Two well-known and widely respected women were arrested and are now in prison: Ulla Penselin, active in two groups in Hamburg, Women Against Genetic Engineering and another group critiquing population control policies; and Ingrid Strobl, a journalist for eight years with the national feminist magazine, EMMA. Strobl is accused of participating in a violent action protesting the exploitation of Third World women in the sex tourism industry. Both women have been charged under the terrorist act, Paragraph 129 a.

(...)

Women from the archive "conduct research on the issues of reproductive and genetic engineering and write for the new magazine E-coli-bri: Material Against Population Control and Genetic Technology. They are regularly invited to speak at trade unions, churches, and educational institutions.

(...)

Trade unions, political parties, students and teachers also use the archive.

(...)

In the nationwide raids, officials from the Bundeskriminalamt and local police confiscated materials from the archives and from private apartments and homes. They seized drafts of the women's speeches, material prepared for seminars, names and addresses of those attending seminars, published work, videos, tapes of radio programs, scientific articles, postcards, brochures, and private address books.

(...)

German feminists have developed a strong critique of the use of reproductive and genetic technology as a weapon of social control and of its role in the world marketing strategies of the multinational corporations.

Since 1985, the discussion and critique of reproductive and genetic engineering has moved well beyond the feminist movement into society at large. Trade unions, church groups and political parties have become engaged in an critical discussion of these issues.

Last November, a group of Protestant women issued strong statements against reproductive and genetic engineering for the Kirchentag (National Association of Protestant Churches). They have organized many seminars and conferences on this issue.

Catholic women's groups have organized at least three different seminars and workshops. They also issued two resolutions – one in 1986 and another in 1987 – criticizing the technologies.

The Hausfrauen Bund (the Housewives' League) met to discuss this issue in Bonn January 19.

On another level, in 1985 and 1986, the militant group Rote Zora attacked the facilities of the Gene Center in Heidelberg, the Max-Planck Institute of Reproductive Research in Cologne, and the Human Genetics Institute of the University of Munster.

The police raids appear to be an attempt to stop the widespread anti-genetic technology movement in Germany by linking legal organizations with more militant ones,

(...)

We think it is an effort to criminalize and intimidate the whole protest movement of women against reproductive and genetic

engineering and to frighten others away from participating in order to prevent the movement from spreading even more widely."

(...)

According to Prozessgruppe Hamburg, the international Human Genetics Congress in Berlin in 1986 (for which eight Berlin women's groups organized a simultaneous five-day "Anti-Genetics Congress") took place under police watch. And when women's groups met to work on the issues of reproductive and genetic engineering in Marburg, the Bundeskriminalamt warned the Human Genetics Institute and the facilities conducting genetic technology research of the meeting.

In a statement issued after the raids, feminist critics of reproductive and genetic engineering wrote: "These police raids and searches serve to frighten, shut up or criminalize those who work critically against reproductive and genetic engineering. A nationwide discussion is turned into a nationwide criminal network!"

(...)

We are also planning another conference against reproductive and genetic engineering just to demonstrate that we are continuing our work. This is very important.

Reproductive and Genetic Engineering, Vol. 1, No. 1, pp. 000-000, 1988
Printed in the USA.

0895-5565/88\$3.00 + .00
Copyright © 1988 Pergamon Journals Ltd.

Police Raid on Gene Archive – News from West Germany

"THE GENE ARCHIVE"

Synopsis – In the evening of 18 December 1987, a search-and-arrest operation was carried out by the Federal Prosecutor's Office (the Bundesanwaltschaft, the highest prosecuting authority in the Federal Republic) in West Germany. It was primarily directed against women who critically examine questions of genetic and reproduction technology, and who have set up information and communication networks. Among the places raided was the Gene Archive in Essen. The armed police raids were carried out by 200 officers of the Federal Criminal Investigation Office (the Bundeskriminalamt, the central police authority at the Federal level). Information materials and personal property were seized. Several women were taken into custody.

In the evening of December 18, 1987, a search-and-arrest operation took place in the Federal Republic instigated by the Federal Prosecutor's Office (Bundesanwaltschaft – BAW – the highest prosecuting authority in the Federal Republic). It was carried out by around 200 officers of the Federal Criminal Investigation Office (Bundeskriminalamt – BKA – the central police authority at federal level, roughly equivalent to the FBI), with the support of the local police. Thirty-three objectives were affected by the measure (homes, work premises, a medical practice) in three federal provinces. It was primarily directed against women who had critically examined questions of genetic and reproduction technology and who had set up communication and work linkups within this framework. A second target was people who are concerned with refugees and those seeking asylum.

The searches were carried out almost simultaneously, without search warrants and using enormous numbers of police. Streets

were sealed off; officers forced their way into premises with firearms at the ready, in part of the absence of those concerned or witnesses. Those not involved had to identify themselves or were arrested; adjacent rooms, offices, and homes were also searched. Twelve persons were taken into temporary custody and were processed by the police records department, some of them having to strip naked. Frequently, the party concerned was not informed of the reason for the search; others were told there was a suspicion of "membership of a terrorist organization" (Article 129 a of the Penal Code). Scientific material was seized, for example, relating to human genetics, prenatal diagnosis, research work into genetic technology, etc. also radio and video recordings, postcards, address lists of seminars, personal address books, notes, alarm clocks, and other objects. "Extreme condemnation" (of genetic technology) was cited as the criterion of the seizure of documents.

A woman from Hamburg, Ulla P., was flown to Karlsruhe on the same day and appeared before the examining magistrate at the Federal Supreme Court (Bundesgerichtshof – highest criminal court in the Federal Republic), who issued an arrest warrant. She was accused of "bare" membership of the "terrorist organisation 'Red Zora'" (which means that she was not accused of any crime – on "Red Zora" see below). Since then, she has been in the remand prison in Hamburg under tightened conditions of imprisonment (isolation, lawyer's visit with dividing glass wall, solitary outdoor exercise, restricted number of books, exclusion from communal activities).

On December 20, another woman, the former EMMA journalist Ingrid S., was arrested and an arrest warrant issued against her on the grounds of "Membership...", this time of "revolutionary cells" and suspicion of participation in the attack on the Lufthansa headquarters on October 28, 1986. This attack was directed against the active participation of Lufthansa in the forcible deportation of women applying for asylum and in cooperation with prostitution tourism. According to the BAW, she bought an alarm clock in 1986 identical to the one used in the attack.

On December 19, the alleged grounds for the searches were given in the regional and national media. It was stated that they were within the framework of investigations against 23 suspected members of "terrorist organizations, 'revolutionary cells' and the 'feminist wing Red Zora'" and had served "to put into safekeeping evidence of past and future crimes." Although the seized material could not have been examined at the time the newspapers went to press, they reported on the "successful action" and "deeper insight achieved into the organisation and methods of these groups." This obviously meant that statements had been issued in advance by the BAW or the BKA. In the following days it was repeatedly hinted by spokespersons of the BAW or of the Office for the Protection of the Constitution that "extensive evidentiary documents had been seized" and the "structures of the Red Zora paralysed."

Overall, the action was obviously aimed at giving the legal structures and discussion-contexts on the subjects of genetic and reproduction technologies the odour of criminal/terrorist activities (i.e., directed against the population) in the media. The aim is to separate the growing, if in part unfocused, rejection of these technologies from those movements – who have formulated radical criticism of the development of the technologies and have for years been engaged in publicizing this.

These tactics of the BKA and the BAW can only be understood in connection with the special characteristics in the Federal Republic of resistance to genetic and reproduction technologies

and the various forces taking part in it. Since spring 1985, when the first women's congress against genetic technology took place in Bonn, the discussion on the purposes and aims of genetic and reproduction technology, human genetics, and surrogate motherhood has been assuming greater and greater proportions and not only within the women's movement. There is a wealth of publications dealing critically with this subject and in particular pointing out that the most personal sphere of women – capacity for childbirth – is to be taken from them. Several working parties of women's groups on genetic technology and population policy have followed. The positions worked out have been published at women's weeks and other events. In April 1987, a nationwide week of action was carried out against human genetic counseling.

As in other cities in the Federal Republic, in the Ruhr region too, where the main thrust of the police actions of December 18, 1987 lay, events and actions on the subject of genetic technology and population policy have taken place in recent years. The Gene Archive in Essen is an association of various women who for several years have been collecting general, scientific, legal, and political publications of all kinds on these subjects and making them available to the interested men and women. According to their own conception of themselves, this work should serve to demystify the technologies involved and make them understandable and simplified. The social acceptance of genetic and reproduction technologies and attempts to specify positively useful areas of application are, in their opinion, actually a contribution to promoting their acceptance. Fundamental criticism of the content and methods of biological and medical research – the main natural sciences of these technologies – is not being voiced here. The only critically progressive position is the demand for the control of institutions and practices. The development and expansion of their fundamental criticism contains two main aspects:

1. Inherent criticism of the possibilities and the "truth content" of biological and medical research projects
2. Analysis of the social effects and sociopolitical aims of their application

Women from the Gene Archive have, in the past, been invited as consultants by university, trade union, and church institutions and by adult education schools and other educational establishments to give information on these subjects.

The "revolutionary cells" and the Red Zora have existed since the middle 1970s. According to the BAW, these groups have carried out around 250 attacks. In "only" two cases was the BAW able to achieve criminal convictions. The "Red Zora" published information on these attacks on institutions of genetic technology, human genetics, population policy, and also on support actions for women's struggles in Third World countries. In these accounts, it presented an uncompromising standpoint against bio- and genetic technology, human genetics, and population policy and revealed through the publication of documents from the above-mentioned institutions the fundamentally anti-human and antiwoman character of the new technologies. The BKA has so far had no success in penetrating the structures of the Red Zora, which maintains it is a group operating on a legal basis. The BKA is now belatedly trying to challenge this by means of searches and arrests to construct grounds from an uncompromising publicly expressed rejection of the new technologies and their application, along with actions to undermine their development by any available means.

Meanwhile, practitioners and advocates of genetic and reproduction technologies and population policies are staging a pub-

lic mock discussion on the so-called "chances and risks" of the new technologies through "information campaigns" in order to defuse the growing mistrust shown against them by all sections of the population. The new technologies and their alleged uses for mankind (e.g., prevention of illness and disability and childlessness, development of apparently vital medicines, increases in productivity in industry and agriculture in order to combat hunger in the world, and much more besides) are presented in all the media. The risks are also mentioned but appear inconsiderable or acceptable in view of the alleged usefulness and the fundamental ignorance of the population regarding economic, social, and political matters.

All statements and criticism regarding genetic and reproduction technologies are to be integrated into this mock democratic debate, in which the causes of illnesses, disabilities, childlessness, hunger, etc. are not and may not be discussed. These police raids can be seen as an attempt to silence criticism – of whatever type or method – which reaches the heart of the matter, that is, directed against population policies and human genetics as instrument of oppression, selection, and guarantee of domination and against genetic and biotechnologies as the foundation and precondition for an increase in profits in industry and agriculture. The strategy can be seen to make these criticisms and those groups that support and promote them illegal, criminal, isolated, and eventually, smashed.

FEMINIST INTERNATIONAL NETWORK OF RESISTANCE TO REPRODUCTIVE AND GENETIC ENGINEERING (FINRRAGE)

Koordination Bundesrepublik Deutschland
Ute Winkler
Frauengesundheitszentrum
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt 90

An
das Ministerium für Familie, Gesundheit, Jugend und Frauen
das Innenministerium
das Ministerium für Forschung und Technologie
die Presse

ERKLÄRUNG

Am 18.12.1987 wurden die Räume des Gen-Archivs in Essen von etwa fünfzehn bewaffneten Polizisten durchsucht. Die Frauen, die das Gen-Archiv betreiben, wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Zu diesem Zweck wurden einige gezwungen, sich nackt auszuziehen. Ihre Wohnungen wurden durchsucht, und eine Menge des Materials, das im Gen-Archiv gesammelt worden war, wurde mitgenommen.

Die Durchsuchungsaktion wurde im Auftrag des Generalbundesanwalts des Bundeskriminalamts ohne vorliegenden Durchsuchungsbeschluß und genauere Angaben über einen Tatverdacht mit der Begründung durchgeführt: es werde "wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" ermittelt. Das Gen-Archiv sammelt und archiviert seit 1980 Presseveröffentlichungen und wissenschaftliche Arbeiten zu den Entwicklungen auf dem Gebiet der Gentechnik und der Reproduktions-

technik. Es hat dieses Material zahlreichen Institutionen wie Schulen und Universitäten sowie kirchlichen, gewerkschaftlichen und feministischen Gruppen zur Verfügung gestellt. Ziel dieses Projekts ist die Förderung der Aufklärung und kritischen Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Folgen dieser Technologieentwicklung.

Seit dem Kongreß "Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik" 1985 in Bonn hat die kritische Auseinandersetzung um diese Technologien, vor allem die ihnen inhärenten Gefahren einer neuen Eugenik und der weiteren Kommerzialisierung der weiblichen Gebärfähigkeit in der Frauenöffentlichkeit ständig zugenommen. Nicht nur Feministinnen, auch kirchliche, gewerkschaftliche und andere Frauengruppen sind zunehmend alarmiert über die Bedrohung durch diese Technologien, insbesondere über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der pränatalen Diagnostik, der Embryonenforschung und generell der Human-, Tier- und Pflanzengenetik.

Das Gen-Archiv hat durch die Bereitstellung von Informationsmaterial, durch Vorträge und die Organisation von Tagungen wesentlich dazu beigetragen, daß Frauen in der BRD sich kritisch mit diesen Techniken und ihren Folgen auseinandersetzen konnten. Wir sind zutiefst bestürzt und beunruhigt, daß gerade solche Frauen, die nichts anderes getan haben, als ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen, in die Nähe des Terrorismus gerückt werden. Der Verdacht drängt sich auf, daß auf diese Weise die ganze Bewegung der Frauen, die Kritik an dieser Technologieentwicklung übt, eingeschüchtert und kriminalisiert werden soll.

Es ist schon merkwürdig, daß der Staat ohnmächtig zusieht, wie Geschäftemacher wie der Amerikaner Noel Keane Leihmutteragenturen in der BRD errichten, durch die Frauen zu Brutmaschinen degradiert werden, und daß er auch nicht einschreitet, wenn ehrgeizige Forscher Embryonenforschung betreiben, einschließlich der Verbindung menschlichen Samens mit tierischen Eizellen, daß er aber seine geballte Ordnungsmacht auf den Plan ruft, um den demokratischen Widerstand der Frauen gegen diese ihre Integrität und Würde verletzenden Entwicklungen zu kriminalisieren. Müssen wir davon ausgehen, daß die Diskussion über die Folgen der Gen- und Reproduktionstechnik in Zukunft nur noch von den Betreibern und interessierten Forschern selbst geführt wird und daß die kritische Öffentlichkeit mit Hilfe von Nacht-und-Nebelaktionen des BKA zum Schweigen gebracht werden soll?

Im Namen des internationalen Netzwerkes FINRRAGE protestieren wir aufs schärfste gegen diese Durchsuchungsaktion. Wir fordern Sie auf, sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen solche, das Vertrauen in die Demokratie gefährdenden Aktionen einzusetzen.

Wir fordern Sie auch auf, sich dafür einzusetzen, daß das Gen-Archiv seine beschlagnahmten Materialien unverzüglich zurückbekommt, damit es seine Arbeit fortsetzen kann.

Frankfurt, den 22.12.1987

Ute Winkler
Koordinatorin, FINRRAGE, BRD

FINRRAGE Australia
P.O. Box 62
Brunswick, Victoria 3056
Australien
23. Dezember 1987

Frau Ministerin
Dr. Rita Süßmuth
Ministerium für Familie, Gesundheit,
Frauen und Jugend
BONN - Bundeshaus
West-Germany

Sehr geehrte Frau Dr. Süßmuth,

Mit Bestürzung haben wir von den Durchsuchungen von Institutionen und Personen in Deutschland, die sich mit Gen- und Reproduktionstechnologie befassen, gehört. Insbesondere sind wir beunruhigt und entsetzt, daß darunter so viele Frauen sind. Seit dem Kongreß der Frauengruppe der Grünen und der Sozialwissenschaftlichen Forschung und Praxis für Frauen in Köln gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik in Bonn in 1985 sind es vor allem Frauen, die sich in der Informationsbeschaffung und kritischen Diskussion zu diesen neuen Technologien öffentlich zu Wort gemeldet haben. Ihre wohlformulierte Art, Bedenken, daß diese neuen Technologien menschen- und im besonderen frauenfeindlich und eugenisch sind, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist international gesehen einmalig und anerkannt.

Als Vertreterinnen des Feministischen Internationalen Netzwerkes gegen Gen- und Reproduktionstechnologie (FINRRAGE) sowie als verantwortungsbewußte Wissenschaftlerinnen möchten wir sie *eindringlich* bitten, sich dafür einzusetzen, daß solche Eingriffe in die Integrität von Forschungs- und Informationsbeschaffungsarbeit wie es zum Beispiel das Genarchiv in Essen tut, *nicht* wieder vorkommen. Wir glauben, daß kritische Informationsarbeit zu diesem komplexen Thema, wie es das Genarchiv und andere Gruppen in Deutschland leisten, dringend notwendig ist, um das Publikum über die Gefahren für das (menschliche) Leben heute – aber noch viel mehr in der Zukunft – aufzuklären. Die Integrität von Frauen, die sich mit Mut und großem persönlichen Einsatz gegen diese neueste Form des Wissenschaftswahnsinns (unterstützt von profitgierigen Unternehmen) wendet, muß gewährleistet sein. Wir wenden uns auch gegen die Beschlagnahmung von Material, das speziell für wissenschaftliche Dokumentationen absolut notwendig ist und dessen Entfernung für die betroffenen Individuen den Verlust von langwieriger und mühseliger Arbeit bedeutet. Wir sind *schokkiert*, daß dies in einem demokratischen Rechtsstaat wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, möglich ist.

Da Sie uns durch Ihre kritische Stellungnahme zu diesen neuen Technologien bekannt sind, hoffen wir, daß Sie mit der notwendigen Autorität dafür sorgen werden, daß es in Deutschland weiterhin möglich sein wird, kritische Forschung und Aufklärungsarbeit zum Thema Gen- und Reproduktionstechnologie, insbes. auch der Frage der zunehmenden Kontrolle von Frauen mittels vorgeburtlicher Untersuchungen und humangenetischer Beratungsdienste, zu betreiben. Wir bitten Sie, sich *energisch* dafür einzusetzen, daß solche undemokratischen Verletzungen der beruflichen und persönlichen Integrität von Staatsbürgerinnen und Institutionen nicht wieder vorkommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Renate Klein und Dr. Robyn Rowland, Deakin University,
Laraine Fonseca, Koordinatorin FINRRAGE Australia

YORK WOMEN'S REPRODUCTIVE RIGHTS CAMPAIGN

11 Holgate Rd
York
England, UK
12 February 1988

Gen-ARchiv
Führichstr. 15
4300 Essen 1
FRG

Dear Sisters,

We were grieved to hear of the police action by the Bundeskriminalamt on December 18th, 1987, against Gen-Archiv and others who are writing and speaking against reproductive technology and genetic engineering. The unjust and violent reaction by the Bundesanwaltschaft against you is an attack on all of us in the world who are studying and responding to the new technologies. We send our sisterly support to you, and to your associates in other organizations and campaigns. We shall make every effort to stay informed as to your situation, and to send our protests to government officials at the Ministerium für Familie, Gesundheit, Frauen und Jugend.

Let us take this opportunity to thank the women of the FRG for your courage and great foresight. We are especially grateful to women in your country who have helped all of us in our own analysis of international and national dimensions of the new reproductive/genetic technologies. We are thankful for the links we enjoy with feminists all over the world, including you. We support your efforts and appreciate the work involved in collecting general, scientific, legal and political publications of all kinds on the subjects of reproductive/genetic engineering and population control, and making them available to interested people and groups.

In solidarity,
The York Women's Reproductive Rights Campaign, UK

11 Holgate Rd
York
England, UK
12 February 1988

Frau Prof. Rita Süßmuth
Ministerium für Familie, Gesundheit, Frauen und Jugend
5300 Bonn, FRG

Dear Frau Professor Süßmuth,

We have recently heard of the police action by the Bundeskriminalamt on December 18th, 1987, against the Gene Archive in Essen and others who are writing and speaking against reproductive technology and genetic engineering. As an organization who is also concerned with these developments and their social implications, we vehemently protest this action against conscientious individuals and groups in the FDR who are exercising their legal rights in a democracy. We are worried at reports that women were arrested and stripped as part of the December 18th raids.

We are especially concerned that feminists and others participating in important campaigns around important issues are being unjustly accused of 'terrorism'. (This was the alleged grounds for the searches given in the regional and national media): We are appalled at such harassment and the discrediting of those involved.

The development and use of new reproductive and genetic technologies, surrogacy, and their related practices is of great importance to all of society. Feminists, women's health groups, environmentalists, peace activists, and many ordinary people like us are responding in many ways to what has been happening. Our group, for example, also opposed the North American Noel Keane's attempt to open a branch of his surrogacy business, United Family International, in Frankfurt. We express our solidarity with people in other countries, including the FDR, who similarly oppose the proliferation of gene and reproductive engineering. Indeed, we believe that you should be listening to what your citizens have to say about these developments, not silencing them.

We must stress that we are appalled at the government's actions on December 18th, and we ask that reparation be made to the individuals and groups who were so unjustly treated.

Yours sincerely,
York WRRC, UK

Institute on Women and Technology

P.O. Box 338
North Amherst, Massachusetts 01059
(413) 367-9725

36TH DISTRICT
SENATOR CONNIE BINSFELD
P.O. BOX 30036
LANSING, MICHIGAN 48908
(817) 373 7413

APPROPRIATIONS COMMITTEE
CHAIR
PUBLIC HEALTH SUBCOMMITTEE
TRANSPORTATION SUBCOMMITTEE
MEMBER
ULTIMATE GOVERNMENT SUBCOMMITTEE
CAPITAL OUTLAY SUBCOMMITTEE
RETIREMENT SUBCOMMITTEE
STANDING COMMITTEES
VET CHAIR
NATURAL RESOURCES AND ENVIRONMENTAL
AFFAIRS
STATE AFFAIRS, TOURISM AND
TRANSPORTATION

February 3, 1988

Frau Prof. Rita Süssmuth
Ministerium für Familie, Gesundheit, Frauen und Jugend
5300 Bonn, Federal Republic of Germany

Dear Frau Prof. Rita Süssmuth:

We of the Institute on Women and Technology write to express our shock and outrage at the actions taken by German police in late December 1987 against German women who are critics of genetic and reproductive technology and who have actively opposed surrogate motherhood. We find the German government's equation of these women's radical protest with terrorism, fascist thinking. We find the subsequent police raids on these women's homes and workplaces, their arrests, their being forced to undress and the police recording of all "non-changeable marks" on their bodies, fascist action.

Much work in genetic engineering has eugenics' potential and smacks of recent German history in which human beings were exterminated because of their race and genetic heredity. These women who were searched, stripped, and arrested should be commended for their moral and political courage, not subjected to the intrusive and invasive tactics of a police state.

The Institute on Women and Technology joins with others worldwide in protesting this outrageous violation of democratic principles and individual civil rights.

Sincerely,

H. Patricia Hynes
H. Patricia Hynes
Director

February 17, 1988

Frau Professor Rita Süssmuth
Ministerium für Familie, Gesundheit, Frauen und Jugend
5300 Bonn, Bundes Republic Deutschland

Liebe Frau Süssmuth:

I have just received word of the recent incident involving women who oppose reproductive and genetic engineering.

It is my understanding a number of women were arrested in their homes and offices, and subjected to humiliating strip searches. I have also been told that in most instances, no formal charges were brought against these women, and they were given no explanation as to why they were being arrested.

If this is indeed the case, I would like to voice my opposition to these actions. The Federal Republic of Germany certainly has a responsibility to protect its citizens from terrorism, but this responsibility should not extend to silencing all persons who verbally protest highly controversial issues.

If the information I have received is complete and correct, I hope the persons responsible for the police actions will seriously reconsider the necessity of these actions.

Thank you for taking the time to consider my views.

Sincerely,

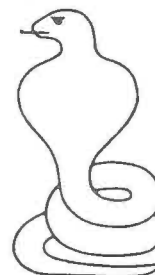
Connie Binsfeld
(Mrs.) Connie Binsfeld
State Senator

CB:VS

cc: Gen-Archiv
Gena Corea

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

Herwarthstraße 22 · 5000 Köln 1 · Telefon (02 21) 52 58 54



Köln, den 23.12.1987

Durchsuchung des Gen-Archivs

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns schärfstens gegen die Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsaktion sowie die vorübergehenden Festnahmen im Essener Gen-Archiv am 18.12.1987. Hier wird nicht nur in eklatanter Weise gegen jedes Minimum an Rechtsstaatlichkeit verstoßen (Nicht-Mitteilen des Durchsuchungsgrundes, offensichtliches Fehlen konkreter Verdachtsmomente, Zutrittsverweigerung für Rechtsanwältl/innen); auch die Tatsache, daß diese Aktion – unter dem Vorwand von Ermittlungen gegen die "Rote Zora" – sich vor allem gegen Frauen richtet, die sich kritisch mit dem Problem der Gen- und Reproduktionstechnologien auseinandersetzen, macht die Tragweite dieser Nacht- und Nebelaktionen deutlich.

Zu einem Zeitpunkt, wo am Beispiel des "Transnuklear"-Skandals ein Ausmaß an krimineller Energie zum Vorschein kommt, das die ganze Brüchigkeit landläufigen Sicherheitsgeredes drastisch offenlegt, führt das BKA zusammen mit der Essener Polizei eine Aktion gegen Kritikerinnen der Gen- und Reproduktionstechnologien durch.

Diese Technologien richten sich in ihren Auswirkungen nicht zuletzt gegen Frauen, indem sie die Verfügbarkeit über den weiblichen Körper medizintechnischer Kontrolle unterwerfen. Der Verdacht liegt nahe, daß kritische Positionen zu gentechnologischen Experimenten, die über die Äußerungen offiziell eingesetzter Ethikkommissionen hinausgehen, aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen und kriminalisiert werden sollen.

Wir fordern Sie zu einer Stellungnahme zu den oben bezeichneten Vorgängen auf.

Mit freundlichen Grüßen
-für den Vorstand-

Gerda Zill

19.2.88

Sie holen einzelne und wollen alle haben !!!

Kurz vor Weihnachten wurden Ulla Penselin und Ingrid Strobl verhaftet. Das Genarchiv in Essen wurde durchsucht und alle Materialien beschlagnahmt. Auch taz, Konfront-Druckerei, zahlreiche Frauen-WGs etc., wurden durchsucht.

Durch die Taktik des Staates, die GegnerInnen und deren Arbeit zur Gen- und Reproduktionstechnologie zu kriminalisieren, wird von den Gefahren und Zielen der gentechnologischen Forschung und deren Anwendung abgelenkt.

Das eugenische Denken findet heute in der Gentechnologie seine Fortsetzung. Behindertes Leben soll abgetrieben und verhindert werden. Behinderte werden als Versuchskaninchen benutzt. Möglicherweise behinderte Embryos werden als Ersatzteillager für Organspenden verwertet.

Die Repression gegenüber Behinderten richtet sich vor allem gegen behinderte Frauen.

Sie sollen keine Kinder kriegen, weil das als Vervielfachung des "Elends" vorausgesetzt wird, und Behinderte in der Regel als lästige KostenverursacherInnen gelten.

Wir wollen uns nicht in das Schema von lebenswertem und lebensunwertem Leben pressen lassen. Wir wollen keine Rechtfertigungsposition einnehmen müssen dafür, daß wir leben. Wir lassen das unmenschliche Verwertungsprinzip von Menschen nicht zu!

Wir wollen unsere Kritik und unseren Widerstand öffentlich darstellen.

**SCHLUSS MIT DER REPRESSION DES BKA !
SOFORTIGE FREILASSUNG VON INGRID UND ULLA !
SCHLIESSUNG DER HUMANGENETISCHEN
BERATUNGSSTELLEN!**

Stellungnahme von: AUTONOM LEBEN
BERATUNGSSTELLE FÜR BEHINDERTE
Marburg

Gentechnologie ist sexistische, rassistische und letztlich faschistische Auslesepolitik weltweit!!!

Wir Frauen der Vorbereitungsgruppe zur 4. Berliner Lesbenwoche sind bestürzt über die Verhaftungen von Ingrid Strobl und Ulla Penselin. Wir wollen diese, für uns unbegründeten Inhaftierungen dieser Frauen nicht widerspruchslos hinnehmen!

Wir klagen die Repressionen des BKA (Bundeskriminalamt) gegen das feministische Gen-Archiv in Essen an und solidarisieren uns mit den Frauen.

Am 18.12.87 durchsuchte das BKA mit 300 (!) Beamten ca. 33 Privatwohnungen, Büroräume und Archive in der BRD. Die Aktionen richteten sich besonders gegen Frauen, die im Gen-Archiv Essen arbeiten bzw. mit diesen Frauen zusammenarbeiten, die sich öffentlich kritisch zum Sextourismus und Frauenhandel *geäußert* haben und gegen Menschen, die sich mit Asylpolitik und Flüchtlingsfragen beschäftigen.

20 Personen, überwiegend Frauen, wurden erkennungsdienstlich 'behandelt', Ingrid S. und Ulla P. blieben seitdem inhaftiert, ohne daß ihnen eine konkrete Tat vorgeworfen werden konnte. Einziger Anklagepunkt bei beiden ist der Verdacht auf Mitgliedschaft in einer 'terroristischen Vereinigung' (gemeint sind die "Revolutionären Zellen" und die "Rote Zora").

Anschläge der "Roten Zora" richteten sich gegen Einrichtungen der Gen-Technologie, Humangenetik, Bevölkerungspolitik und waren auch Unterstützungsaktionen für Frauenkämpfe in Drittländern. Besondere Aufmerksamkeit schenkten sie dabei frauenverachtenden Institutionen wie Schering, Pornoläden, Frauenhändler und Gen-Institute. Es handelte sich dabei um *S a c h a n s c h l ä g e*, Menschen sind noch *nie* zu Schaden gekommen!

Hier wird der Versuch unternommen, Frauen, die zu gleichen Themenkomplexen arbeiten oder ähnliche Zielvorstellungen und Einschätzungen haben, wie sie in Erklärungen der 'RZ'/'Rote Zora' genannt werden, miteinander gleichzustellen. Dies erfolgt unter Zuhilfenahme des Paragraphen 129a ('Bildung einer terroristischen Vereinigung') bzw. mit der damit zusammenhängenden Erweiterung der Begriffe "Werbung" und "Unterstützung". Für eine Verurteilung genügt inzwischen eine behauptete Werbung (Veröffentlichung von Erklärungen, Unterschriftensammlungen) und Unterstützung. Diese Erweiterung des Straftatbestandes zielt dahin, militante Massenaktionen zu bekämpfen, durch die Verhinderung der Diskussion über mögliche Widerstandsformen zu isolieren und Massenbewegungen in "friedliche" und "militante" zu spalten.

Warum ist es gerade das Gen-Archiv in Essen?

Dieses Archiv ist der gesamten Gen-Technologie schon seit langem ein Dorn im Auge. Immer wieder wurde und wird Kritik an der ökonomischen Funktion der Gen-Technologie öffentlich gemacht, Namen und Fakten aus den Bereichen Gen- und Menschenproduktionstechnologie sowie Bevölkerungspolitik zusammengestellt, beteiligte Wissenschaftler und ihre Forschungsvorhaben kenntlich gemacht. Dieser Teil der Frauenbewegung hat es geschafft, die Frauen- und Menschenfeindlichkeit der Gentechnologie und Bevölkerungspolitik zunehmend bewußt zu machen.

Vor diesem Hintergrund richteten sich die Verhaftungen und Durchsuchungen vom 18.12.87 gegen Gruppen, die sich für einen kompromißlosen Kampf gegen Gen-Technologie und Bevölkerungspolitik entschieden haben. Damit soll ein Teil der radikalen KritikerInnen isoliert und kriminalisiert werden.

Daß die Gen-Forschung von uns lesbischen Frauen aufmerksamer verfolgt werden muß, läßt sich an einigen Beispielen aufzeigen:

- Frauen soll ihr ureigener Bereich - Gebärfähigkeit - entzogen werden;
- an toten und lebendigen Embryonen wird herumgeforscht (z.B. werden in Indien reihenweise Fruchtwasseruntersuchungen vorgenommen, um das Geschlecht zu bestimmen und gegebenenfalls die unerwünschten weiblichen Feten abzutreiben);
- mißgebildete und nicht lebensfähige Neugeborene sollen in Zukunft als Ersatzteillager für Organverpflanzungen benutzt werden;
- es soll 'Elite'-Menschen geben, die in der Retorte statt im Mutterleib aufwachsen.

Außerdem: Die Aussonderungskriterien für unerwünschte, unangepaßte und leistungsschwache Menschen der medizinischen Gen-Verbrecher bedrohen auch unsere Existenz als Lesben! Durch unsere vom Mann unabhängige Liebes- und Lebensweise untergraben wir ihre Macht. Mit unserem Infragestellen des Patriarchats und des Imperialismus, mit unserem Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen und Lesben, mit unserer Suche nach Autonomie und unabhängigen Lebensformen geraten wir in das Blickfeld des BKA und müssen mit Repressalien und gegen uns gerichtete Aktionen rechnen. Und das alles, obwohl uns von Grundgesetz eine freie Meinungsäußerung zugesichert ist.

Die Frauen- und Lesbenbewegung wird davon bedroht, kriminalisiert zu werden, da sich zum ersten Mal eine BKA-Aktion gegen den Teil der Frauenbewegung richtet, die versucht, politische Ansätze gegen das Patriarchat umzusetzen und sich erfolgreich national und international organisiert.

Es ist klar, was das BKA mit seiner Politik bezweckt. Es will die Frauen- und Lesbenbewegung in zwei Lager, militante und friedliche, spalten. Dies bedeutet eine *Schwächung* und mögliche Auflösung unserer notwendigen feministisch-politischen Bewegung, die offensichtlich so angsteinflößend ist, daß seit einiger Zeit die Humangenetikkongresse unter Bewachung durch den Staatsschutz stattfinden.

Wir lassen nicht zu, daß die politische Organisation und Frauenwiderstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologie kriminalisiert wird. Wir bekennen uns als geistige Mittäterinnen und fordern **a u s d r ü c k l i c h**

**die sofortige Freilassung von
Ulla Penselin und Ingrid Strobl
sowie die Einstellung
aller Ermittlungsverfahren!**

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!!!

Vorbereitungsgruppe zur 4. Berliner Lesbenwoche 1.-8.10.88
c/o Araquin, Bülowstr. 54, 1000 Berlin 30

Informationen für diesen Text entnahmen wir zum Teil einem Infoblatt der Prozeßgruppe Hamburg.

W E N N . . .

- D A N N . . .

- VIELE GRÜßE
AN UNSERE EINGE-
SPERRTEN FREUNDINNEN
VON DER LILA ZORA-
UND IHREN ZAHL-
REICHEN BANDEN

Gen-Archiv
Führichstr. 15
4300 Essen 1

Hamburger Frauenzeitung

Hamburg, den 13.1.88

Liebe Gen-Archiv-Frauen!

Aus der Redaktion der HFZ verurteilen wir die Durchsuchung Eures Archivs durch das BKA im Dez. letzten Jahres entschieden!
Wir dürfen nicht zulassen, daß diejenigen, die versuchen, eine Gegen-Öffentlichkeit zu schaffen und ihre Kritik am Ausbau der Gen-technologie formulieren, kriminalisiert werden.
Macht weiter - für Eure Arbeit wünschen wir Euch Mut und Kraft!

Mit solidarischen Grüßen
die Redaktörsen

Hamburger Frauenzeitung
c/o KALA, Armgartstr. 14, 2000 Hamburg 76
Konto: M. de Ridder, Sonderkonto f. Nr. 4567 10-208, Peirou mb

Pressemittteilung

Betrifft: Fahndungsaktionen gegen Kritikerinnen der Gen- und Reproduktionstechnologie

Mit großem Befremden haben wir der taz vom 21.12.87 entnommen, daß von den Durchsuchungsmaßnahmen der Generalbundesanwaltschaft am Freitag der vergangenen Woche in großem Umfang Frauen betroffen waren, die sich kritisch mit den Fragen der Gen- und Reproduktionstechnologie beschäftigen, u.a. das Gen-Archiv in Essen.

Die Maßnahmen des BKA und der Generalbundesanwaltschaft können zur Einschüchterung einer kritischen Öffentlichkeit führen. Der entschlossene Widerstand gegen eine hemmungslose Forschungstätigkeit auf Kosten einzelner Menschen, insbesondere zahlreicher Frauen, wird kriminalisiert. Geschützt wird damit eine in der Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannte, politisch unkontrollierte, in ihren Auswirkungen unwägbare Forschung.

Wir halten es für außerordentlich wichtig, daß gerade jetzt in den Medien und von Seiten der mit diesen Fragen befaßten Institutionen - den Einschüchterungsversuchen zum Trotz - kritischen Stimmen zur Gen- und Reproduktionstechnologie Gehör verschafft wird.

Die Resonanz über eine technologische Entwicklung - die gerade im Reproduktionsbereich auf Kosten vieler einzelner Frauen geht und die die Einstellung zur Reproduktion nachhaltig in einem menschenfeindlichen Sinne zu beeinflussen vermag - ist in den letzten Jahren nicht nur in der Frauenbewegung gewachsen.

Auch die feministische Rechtszeitschrift STREIT hat sich verschiedentlich an dieser Diskussion beteiligt, mit Beiträgen, in denen auf die Gefahren hingewiesen und die Entwicklung künstlicher Reproduktionstechnologien abgelehnt wird.

Wenn nun gegen Frauen des Gen-Archivs und andere Frauen, die sich frauenverachtenden und gewaltsamen Fortpflanzungstechniken entgegenstellen, wegen dieses Engagements ermittelt wird, so trifft das auch uns - und wir fürchten, das ist auch intendiert: getroffen werden sollen anscheinend alle diejenigen, die dieser Form des wissenschaftlichen Fortschritts im Wege stehen. Gegen diese Politik verwahren wir uns.

Für die Redaktion der feministischen Rechtszeitschrift STREIT
Sibylla Flüge, Holzhausenstr. 4, 6000 Frankfurt, Tel.: 069 - 59 99 99



F E M I N I S T I S C H E R J U R I S T I N N E N T A G

-2-

Regionalgruppe NRW
c/o Rechtsanwältinnen Bode und
Kassing
Herner Str. 1
4630 Bochum 1

An den
Innenminister des Landes NRW
4000 Düsseldorf 1

Bochum, den 22. 12. 1987

Polizeiaktion am 18. 12. 1987 - O f f e n e r B r i e f

Sehr geehrter Herr Innenminister,

der Presse haben wir entnommen, daß am Freitag, dem 18. 12. 1987, in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens Wohnungen und Arbeitsplätze von Frauen aus der Frauenbewegung durchsucht wurden.

In erster Linie sind davon solche Frauen betroffen, die sich intensiv mit neuen Gen- und Reproduktionstechnologien beschäftigen, hierzu arbeiten und öffentlich in Veranstaltungen, Seminaren und Publikationen eindeutig ablehnend Stellung bezogen haben.

Sie sahen sich aufgrund dieses Arbeitszusammenhangs bei den Durchsuchungen damit konfrontiert, als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a) StGB verfolgt zu werden.

Auch die Teilnehmerinnen des Feministischen Juristinnentages haben im Mai 1986 in München eine Erklärung abgegeben, mit der die neuen Fortpflanzungstechniken - in deren Zentrum die In-vitro-Befruchtung steht - als ein neues Mittel der Frauenerdrückung abgelehnt wird.

In der Erklärung haben wir die Befürchtung geäußert, daß diese Technik die Grundlage für genetische Auslese, Manipulation und damit Menschenzüchtung bietet, die in Tradition zum nationalsozialistischen Rassismus steht.

Wir haben uns gegen den verstärkten moralischen und gesellschaftlichen Druck ausgesprochen, der gegen Frauen ausgeübt wird, um die Akzeptanz für diese neuen Technologien herzustellen.

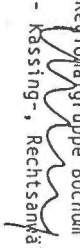
Die Vorgehensweise der Bundesanwaltschaft, trotz offenbar sorgfältiger Vorplanungen den Betroffenen keinen richterlichen Durchsuchungsbefehl vorzulegen, halten wir für rechtswidrig.

Der Durchsuchungsbefehl muß genaue Angaben zum Tatvorwurf und zu Art und denkbarem Inhalt der vorzufindenden Beweismittel enthalten.

Daß nach unseren Informationen bei der Polizeiaktion nur der Pauschalvorwurf des § 129 a) StGB erhoben wurde und den Betroffenen lediglich noch dazu in Gestalt eines Formblattes - dieser Umstand mitgeteilt wurde, zeigt, daß die Vorschrift des § 129 a) StGB offenbar als Freibrief zur Sichtung der sozialen Zusammenhänge der kritisch denkenden Gegnerinnen der Gen- und Reproduktionstechnologien benutzt wird.

Entschieden protestieren wir gegen diesen Polizeiüberfall!
Wir fordern die Landesregierung auf, sich zu den Vorgängen zu erklären!

Hochachtungsvoll

für den feministischen Juristinnentag
Regionalgruppe Bochum

- Kassina -, Rechtsanwältin

Freie Universität Berlin
(ASIA), Kabinett 21, 1000 Berlin 33

Frauenreferat

Gen-Archiv

Führichstr. 15
4300 Essen 1

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Telefon-Durchwahl (030)-80822-40-
(91) 40 12

Datum
8.1. 1988

Liebe Frauen,

bestürzt haben wir in den letzten zwei Wochen die Presse verfolgt, aus der hervorging, wie weitreichend die Hausdurchsuchungen, Festnahmen... vom BKA durchgeführt wurden. Trotzdem, danke für eure Presseerklärung. Da unser Frauen-ASTA-Magazin gerade gedruckt wird, kann es in diesem nicht mehr veröffentlicht werden.

Aus diesen Gründen soll die Presseerklärung in der ASTA-Zeitung erscheinen. Sie geht Ende Januar in den Druck.

Inwieweit wir andere Aktionen, in Form von Protestbriefen, Veranstaltungen planen muß noch diskutiert werden.

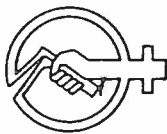
In Überlegung steht bereits eine Fachtagung am Otto-Suhr-Institut zu den Themen: "Gentechnologie, Reproduktionstechnologie und dem § 218.

Inwieweit diese Fachtagung durchgeführt wird, hängt von der Zusammenarbeit verschiedener Frauen (-Gruppen...) und nicht zuletzt vom Fachbereichsrat ab.

Wenn nähes dazu feststeht, werdet ihr unterrichtet.

Für diese Vorbereitung wäre es uns natürlich auch zum Vorteil Informationen über das Gen-Archiv in Essen zu erfahren.

Bitte unterrichtet uns auch über weitere Maßnahmen durch das BKA.
Mit feministischen Grüßen



Feministisches
Frauen
Gesundheits
Zentrum e.V.

CLIO- eine periodische Zeitschrift zur Selbsthilfe

Genarchiv

Führichstr. 15

43 Essen 1

FFGZ, Bambergstr. 51,
1000 Berlin 30 030 - 213 9597

Berlin, den 12.1.88

An die Frauen vom Genarchiv!

Wir erklären uns hiermit solidarisch mit Euch und allen anderen Projekten, die unter dem Verdacht, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, vom Bundeskriminalamt durchsucht worden sind. Wir verwehren uns entschieden dagegen, daß Frauen, die sich kritisch mit Gen- und Reproduktionstechnologie auseinandersetzen, kriminalisiert werden. Besonders absurd ist die Durchsuchung des Essener Genarchivs, da es sich um eine öffentlich zugängliche Einrichtung handelt.

Offensichtlich sollen Frauen, die versuchen anderen Gegeninformationen zur Jubelpresse zum Thema Gen- und Reproduktionstechnologien zur Verfügung stellen, durch solche Maßnahmen eingeschüchtert werden. Auch das FFGZ hat ein öffentlich zugängliches Archiv, das kritische Beiträge zu diesen brisanten Themen enthält und wir hoffen, daß wir weiterhin von Frauen als Informationsquelle in Anspruch genommen werden.



Regula Bott

Mitglied des Deutschen Bundestages

8300 Bonn 1 19. Januar 19
Bundestag
Fernruf 16 5143
Die Wahl dieses Abgeordneten ist verbindlich den
gewählten Mandatsträger.
Kontrolliert ein Abgeordneter nicht zur Wahl, bitte
Nr. 18 (Bundestag-Verordnung) einsehen.

-2-

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie Ihr alle wißt, wurden im Zuge von Durchsuchungen und Beschlagnahmenaktionen Ingrid Strobl und Ursula Penselin verhaftet. Das ist für die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG Anlaß gewesen, sich in ihrer heutigen Sitzung mit diesem Thema zu befassen. Es wurde ein offener Brief beschlossen, den wir u.a. an die Innenminister Zimmermann, Dr. Schnoor (NRW), lange (Hamburg) und Hasselmann (Niedersachsen) sowie die Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses des Dt. Bundestages verschickt haben.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Ihr durch ähnliche Briefaktionen an die Herren Innenminister Eure Solidarität und Unterstützung mit und der betroffenen Frauen und letztlich mit allen gentechnologisch kritischen Gruppen dokumentieren könntet. Doch nicht nur ideale, sondern auch materielle Hilfe ist dringend erforderlich, um die zu erwartenden Prozeßkosten aufzufangen. Bitte schreibt den Frauen und spendet:

Ingrid Strobl
c/o Dr. Gerlach; BGH
Postfach 2720
7500 Karlsruhe

Ursula Penselin
Untersuchungsfängnis
Holstenwall
2000 Hamburg 36

oder:
Frauenjustizvollzugsanstalt
München-Neubek
UnterstützerInnen-Konto
Peter Neff
BLZ: 370 100 50
Nr. 23481-506
Postcheckamt Köln

UnterstützerInnen-Konto J. Bayer
Hamburger Sparkasse (H&Spa)
Konto-Nr. 120 648 4931
Stichwort: 18.12.87

Herzliche Grüße

Regula Bott

Gerade die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben wieder deutlich gemacht, daß die Bundesregierung es vorzieht, sich mit Ärzten, Wissenschaftlern und Industrievertretern hinter verschlossenen Türen zu einigen über die Legitimierung ihrer heute schon kriminellen Praxis - in der Embryonenforschung, bei Zwangssterilisationen, bei Leihmuttergeschäften, bei Forschungsarbeiten mit potentiellen B-Maffen-Erregern oder bei dem Bestreben, in Zukunft gentechnische Produktionsanlagen im nicht-öffentlichen Verfahren zu genehmigen.

Mit dieser Politik versucht die Bundesregierung eine offene Auseinandersetzung über die Gefahren der Gen- und Fortpflanzungstechniken und die dann erst mögliche, demokratische Entscheidung, ob sie weiterentwickelt werden sollen oder nicht, im Keim zu ersticken.

Die wichtigste Gefahr für eine breite, offen geführte Diskussion über die Gefahren solcher lebensbedrohenden Techniken bietet die Aufklärungsarbeit und der legitime Widerstand kritischer Personen und Gruppen. Diese Auseinandersetzung muß jetzt geführt werden - nicht erst wenn die ersten Gen-Labors oder Gen-Skandale hochgegangen sind.

Wir erklären unsere Solidarität mit den betroffenen Frauen und rufen dazu auf, sie durch Briefe und Spenden zu unterstützen.

Wir fordern einen Bericht der Bundesregierung über das Vorgehen des Bundeskriminalamtes.

Wir fordern die sofortige Freilassung der beiden inhaftierten Frauen.

PS: Leider hat sich ein sinnentstellender Fehler auf der Seite 2 des offenen Briefes eingeschlichen. Im dritten Absatz, 1. Zeile muß es heißen: "Die wichtigste Gewähr (nicht Gefahr)..."



Dr. Europäisches Parlament
EUROPA-PARLAMENTET
Europäische Gemeinschaften
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΩΝΙΑΙΟ
European Communities
EUROPEAN PARLIAMENT
Communauté Européenne
PARLEMENT EUROPEEN
Comunità Europee
PARLAMENTO EUROPEO
Europäische Gemeinschaften
EUROPEES PARLEMENT

Liebe Ingrid Strobl!

Mit Bestürzung erfahren wir von Deiner Verhaftung, den abstrusen Beschuldigungen und den Haftbedingungen, denen Du jetzt ausgesetzt bist. Schon lange kennen und schätzen wir Dich als engagierte Journalistin.

Es ist offensichtlich, daß mit der Verhaftung von Dir und Ulla Penselin, mit den vorübergehenden Festnahmen von 23 Personen, mit den Durchsuchungen und Beschlagnahmungen ein weiterer Versuch unternommen wurde, Oppositionsansätze in der Bundesrepublik zu kriminalisieren und kritische Stimmen einzuschüchtern. Aber wir werden uns nicht einschüchtern lassen: Die Kritik an den Gen- und Fortpflanzungstechnologien, wozu wir im März 1986 eine feministische Anhörung im Europäischen Parlament in Brüssel veranstalteten, wird ebenso wie die Kritik der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und des westeuropäischen Prostitutionstourismus ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik bleiben.

Mit einem von den Mitgliedern und Mitarbeiter/innen unterzeichneten Brief an den Ermittlungsrichter und den Bundesjustizminister protestieren wir gegen die Inhaftierung von Dir und Ulla Penselin und fordern Eure unverzügliche freilassung.

Wir hoffen sehr, daß zahlreicher Protest Eure baldige Freiheit zurückgewinnen hilft!

Wir grüßen Dich in Solidarität!

Für das Grün-Alternative Bündnis in der Regenbogenfraktion des Europäischen Parlamentes

Wolfgang Fellkämper



Dr. Europäisches Parlament
EUROPA-PARLAMENTET
Europäische Gemeinschaften
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΩΝΙΑΙΟ
European Communities
EUROPEAN PARLIAMENT
Communauté Européenne
PARLEMENT EUROPEEN
Comunità Europee
PARLAMENTO EUROPEO
Europäische Gemeinschaften
EUROPEES PARLEMENT

GRAEL
Liebe Ulla Penselin!

Mit Bestürzung erfahren wir von Deiner Verhaftung, den faden-scheinigen Beschuldigungen und den Haftbedingungen, denen Du jetzt ausgesetzt bist.

Es ist offensichtlich, daß mit der Verhaftung von Dir und Ingrid Strobl, mit den vorübergehenden Festnahmen von 23 Personen, mit den Durchsuchungen und Beschlagnahmungen ein weiterer Versuch unternommen wurde, Oppositionsansätze in der Bundesrepublik zu kriminalisieren und kritische Stimmen einzuschüchtern. Aber wir werden uns nicht einschüchtern lassen: Die Kritik an den Gen- und Fortpflanzungstechnologien, wozu wir im März 1986 eine feministische Anhörung im Europäischen Parlament in Brüssel veranstalteten, wird ebenso wie die Kritik der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und des westeuropäischen Prostitutionstourismus ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik bleiben.

Mit einem von den Mitgliedern und Mitarbeiter/innen unterzeichneten Brief an den Ermittlungsrichter und den Bundesjustizminister protestieren wir gegen die Inhaftierung von Dir und Ingrid Strobl und fordern Eure unverzügliche freilassung. Wir hoffen sehr, daß zahlreicher Protest Eure baldige Freiheit zurückgewinnen hilft!

Wir grüßen Dich in Solidarität!

Für das Grün-Alternative Bündnis in der Regenbogenfraktion des Europäischen Parlamentes

Wolfgang Fellkämper
Wolfgang Fellkämper (Vorsitzender)

Genetisches Netzwerk e.V.
Potsdamer Straße 96
D-1000 Berlin 30
030 / 261 85 00

Genetisches Netzwerk e.V. - Potsdamer Straße 96 - D-1000 Berlin 30

An den Bundesminister des Innern
Friedrich Zimmermann

5300 Bonn

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Minister Zimmermann!

Am 18. 12. 1987 fanden im Bundesgebiet 33 Durchsuchungen durch das BKA statt, die sich im wesentlichen gegen Frauen und Frauengruppen richteten, die sich kritisch mit den Gen- und Fortpflanzungstechniken auseinandersetzen. Hierbei wurden die Schriftstellerin Ingrid Strobl und die Journalistin Ursula Penseln verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, gegen den Paragraphen 129a StGB verstoßen zu haben.

Erinnert sei, daß kürzlich alle politischen Parteien eine vergleichbare Aktion, nämlich die Beschlagnahme der Ostberliner Universitätsbibliothek, als staatlichen Übergriff auf die Meinungsfreiheit verurteilt haben, aber zur Festnahme von Ingrid Strobl und Ursula Penseln - mit Ausnahme der Grünen - schweigen.

Mit dieser Politzik wird eine offene Auseinandersetzung über die Gefahren der Gen- und Fortpflanzungstechniken behindert. Für eine demokratische Entscheidung über eine Weltentwicklung oder einen Stopp der Technologie ist eine breite, offen geführte Diskussion notwendig. Die Aufklärungsarbeit kritischer Menschen trägt wesentlich dazu bei. Die Auseinandersetzung muß jetzt geführt werden und darf nicht erst dann alle Bevölkerungsschichten erreichen, wenn wir - wie bei der Atomenergie - von den Folgeschäden dieser Technologie betroffen sind.

Wir sind zutiefst empört, daß Frauen, die sich um ethische Fragen im Zusammenhang mit den Gen- und Fortpflanzungstechniken beschäftigen, in völlig unverständlicher Weise kriminalisiert werden. Gerade in Deutschland sollten die Ziele der Gen- und Reproduktionstechnologien vor dem Hintergrund der Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus diskutiert werden, der Eugenik und Euthanasie zum politischen Programm erhob.

Die Unterdrückung kritischer Positionen, deren Anliegen es ist, menschliches Leben nicht zum Gegenstand industrieller, technischer Verwertung zu machen, sollte gerade von der CDU/CSU, die für sich christliche Wertvorstellungen in Anspruch nimmt, nicht geduldet werden. Wir fordern Sie als Innenminister auf, dafür Sorge zu tragen, daß Frau Strobl und Frau Penseln sofort freigelassen und die Gründe des BKA für die Durchsuchungen öffentlich dargelegt werden.

Berlin, den 11. Februar 1988

Michelle Harrison, M.D.
763 MASSACHUSETTS AVENUE
CAMBRIDGE, MASSACHUSETTS 02139
TELEPHONE 617 491-5800

January 29, 1988

Frau Prof. Rita Sussmuth
Ministerium für Familie
Gesundheit
Frauen und Jugend
5800 Bonn
Federal Republic of Germany

Dear Frau Professor Sussmuth:

I am writing to protest the police action in regard to women who are questioning the new reproductive technologies and genetic engineering. What may look innocent and helpful on the surface, can also hold grave danger to our sense of humanity and the continuation of our species. We should applaud, not criminalize those women whose efforts have gone into studying and reporting on genetic engineering and new reproductive technologies.

MH/sy

Sincerely,
Michelle Harrison, M.D.

Hochachtungsvoll

Linda Bukard
für den Vorstand



Marburg, 14.12.87

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 18.12.87 wurden vom Bundeskriminalamt (BKA) im gesamten Bundesgebiet Wohnungen, Büros, Redaktionsräume der taz in Bochum, ein Fotolabor der taz in Hamburg und das Essener Gen-Archiv mit dazugehöriger Arztpraxis durchsucht. Die vom Bundeskriminalamt angeordneten Maßnahmen stützen sich auf § 129 a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung). Die Durchsuchungen richteten sich vor allem gegen Frauen, die sich mit Gen- und Reproduktionstechnologien kritisch auseinandersetzen.

Das Essener Gen-Archiv dient als wichtige Informationsquelle, da hier Veröffentlichungen aller Art zum Thema Gen- und Reproduktionstechnologien gesammelt werden, die der gesamten Öffentlichkeit frei zugänglich sind.

Wir fragen uns, wie eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema möglich sein soll, wenn der Staat durch solches Vorgehen KritikerInnen einer neuen Technologie in ein kriminelles Umfeld rückt.

Da die Möglichkeiten von Gen- und Reproduktionstechnologien immer mehr ausgeweitet werden, wächst der staatliche Legitimationszwang. Folge davon scheint zu sein, daß nun jeglicher Widerstand im Frühstadium unterbunden werden soll. Unsere Antwort kann nur Solidarität mit den Betroffenen und zunehmender Widerstand gegen solches staatliches Vorgehen sein.

AStA-Referat Frauen gegen Gen- und
Reproduktionstechnologien/Marburg

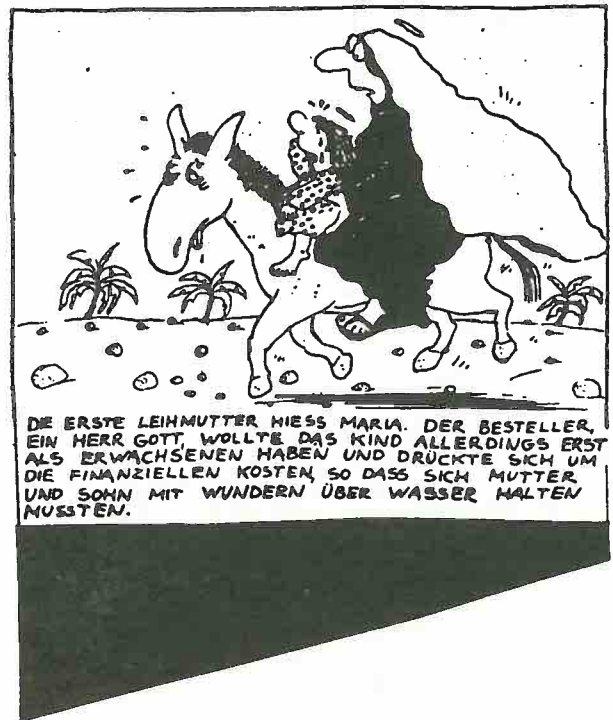
Pressemitteilung

Betr. Hausdurchsuchungen des BKA in Essen 21.12.87

Die Fragwürdigkeit des § 129 a "Unterstützung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" erweist sich deutlich bei seiner Anwendung in Essen und anderen Ruhrgebietsstädten. Offensichtlich ist dieser Gummiparagraph ein Mittel, um ohne konkreten Tatverdacht Privatwohnungen ebenso wie Arbeitsstätten zu durchsuchen, um irgendwelches ominöses Material zu beschlagnahmen. Beim Essener Genarchiv wurden so wichtige und belastende Materialien wie Mitschnitte von Fernsehsendungen beschlagnahmt. Das zahlreiche zum Teil wissenschaftliche Material, das insbesondere beim Genarchiv mitgenommen wurde, verhindert die Weiterarbeit dieses Frauenprojekts gegen die Einführung und Praktizierung der Gentechnologie.

Die Kriminalisierung der Durchsuchten bei Nachbarn und die Vorverurteilung ohne konkrete Tatanschuldigung sind Merkwürdigkeiten, wie sie ähnlich bei der Durchsuchung der Umweltbibliothek in Ostberlin (Zionskirche) und den Maßnahmen der DDR-Staatsorgane gegen unabhängige Friedens- und Umweltgruppen zu Tage getreten sind. Wie demokratisch sind die Verhältnisse hier noch, wenn das BKA die Narrenfreiheit besitzt, derart massiv in die Privatsphäre zahlreicher Personen einzugreifen? Die Aktion war wohl eher nach der Methode angelegt, das in einem großen Netz vielleicht mal ein kleiner Fisch hängen bleibt. Bei dieser Methode bleiben rechtsstaatliche Normen jedoch auf der Strecke.

Vergessene Heldinnen



GRÜN - ALTERNATIVE



LISTE ESSEN

Niederstraße 9 - 11

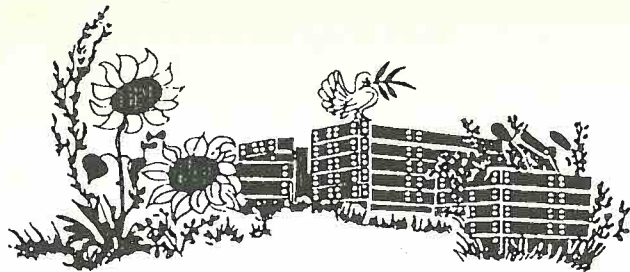
4300 Essen 1

Tel.: 0201/32 66 19

Die GAL protestiert energisch gegen diese Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien. Die Vorfälle machen deutlich, daß der § 129 a, ein Gesetz der Ära Zimmermann, abgeschafft werden muß.

Außerdem wird die Unschuldsannahme, die bis zum Beweis einer Straftat zu gelten hat, nicht beachtet. Wenn da munter getitelt wird: (WAZ) "Rote Zora in Essen", dann ist dies derzeit überhaupt nicht beweisbar. Aber die Abstempelung und Vorverurteilung erfolgt und ist im nachhinein auch nicht aus der Welt zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Drell
(GAL Essen)



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn 1 · 20.1.1988
Bundeshaus

Pressemitteilung Nr. 58/88

KEINE KRIMINALISIERUNG VON TECHNOLOGIE-KRITISCHEN FRAUEN!

OFFENER BRIEF DER FRAKTION DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

Die Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Offenen Brief verabschiedet und an Bundesinnenminister Zimmermann sowie an die Innenminister der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg und an den Rechtsausschuß und Innenausschuß des Deutschen Bundestages geschickt. Gleichzeitig wurden Solidaritätsschreiben und Spenden an die betroffenen Frauen weitergeleitet.

Am 18.12.1987 haben Beamte der Polizei und des Bundeskriminalamtes Wohnungen und Büros in Hamburg, Hannover und in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens durchsucht und zwei Frauen festgenommen. Die Aktionen richteten sich im wesentlichen gegen Frauen, bzw. Frauengruppen, die sich kritisch mit der Gentechnologie und den Fortpflanzungstechniken beschäftigen. Ihnen wurde der Pauschalvorwurf gemacht, gegen den § 129a StGB verstoßen zu haben, bzw. es wurden mit äußerst dubiosen "Beweisen" Kontakte zur 'Roten Zora' oder die Beteiligung an deren illegalen Aktivitäten als Vorwurf genannt.

Wir sind empört über das offen rechtswidrige Vorgehen der Bundesanwaltschaft und über den Versuch, technologie-kritische Frauen und Gruppen zu terroristischen Vereinigungen abzustempeln und in ihrer Arbeit zu behindern.

Die betroffenen Gruppen haben Informationsmaterial, wissenschaftliche Berichte und Veröffentlichungen jeder Art zur Gen- und Fortpflanzungstechnologie gesammelt, eigene Papiere erarbeitet und verbreitet. Die nun z.T. beschlagnahmten Materialien stehen allen Personen und Gruppen zur Verfügung, die sich informieren wollen über diese Techniken, die Kritik daran und die Argumente für einen breiten Widerstand dagegen. Darüber hinaus haben viele der nun schikanierten und vorverurteilten Frauen als sachkundige Referentinnen ein breites Spektrum von interessierten Personen aus Kirchen, Parteien und Bildungseinrichtungen informiert. Mit dieser Arbeit haben sie zum Entstehen einer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Techniken wesentlich beigetragen.

Finden solche polizeilichen Aktionen, wie vor kurzem bei der Umweltbibliothek in Ostberlin statt, so werden sie von allen politischen Parteien als Beschränkung der Menschenrechte und als staatlicher Übergriff auf die Meinungsfreiheit lautstark verurteilt. Wenn dagegen hierzulande das Etikett "terroristische Vereinigung" benutzt wird, um in gleicher Weise die Verfolgung von kritischen Personen in der Öffentlichkeit zu betreiben und zu legitimieren, so wird das von den staatstragenden Parteien stillschweigend akzeptiert.

